

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 174 (2008)

Heft: 04

Anhang: Military Power Revue der Schweizer Armee : Nr. 1-2008

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MILITARY POWER REVUE

DER SCHWEIZER ARMEE
DE L'ARMEE SUISSE

Sicherheitspolitik

Recalibrating America's Global Security Role

Patrick M. Cronin, Katrin Heuel

Strategie/Doktrin

Quelles réponses aux défis stratégiques contemporains (II) – redécouvrir la contre-guerilla

Bernard Wicht

Armee

Armeeaufträge aus militärethischer Sicht

Dieter Baumann

Armee – Luftwaffe

Die Rolle der Luftstreitkräfte im neuen sicherheits-politischen Umfeld

Jürg Studer

Geschichte

«Weserübung» Norwegen 1940: eine Joint Operation

Jean-Paul Theler

Buchbesprechung

Kommandounternehmen: Spezialeinheiten im weltweiten Einsatz

Roland Nef	3
Jürg Kürsener	4
Patrick M.Cronin, Katrín Heuel	5
Bernard Wicht	12
Dieter Baumann	19
Jürg Studer	31
Jean-Paul Theler	40
Laurent Michaud	51

Vorwort

Editorial

Sicherheitspolitik

Recalibrating America's Global Security Role

Strategie/Doktrin

Quelles réponses aux défis stratégiques contemporains (II) – redécouvrir la contre-guérilla

Armee

Armeeaufträge aus militärehistorischer Sicht

Armee – Luftwaffe

Die Rolle der Luftstreitkräfte im neuen sicherheitspolitischen Umfeld

Geschichte

Weserübung, Norwegen 1940 – eine Joint Operation

Buchbesprechung

Kommandounternehmen: Spezialeinheiten im weltweiten Einsatz

Die hier dargelegten Analysen, Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind ausschliesslich die Ansichten der Autoren. Sie stellen nicht notwendigerweise den Standpunkt des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport oder einer anderen Organisation dar.

Die Artikel der *Military Power Revue* können unter Angabe der Quelle frei kopiert und wiedergegeben werden.

Die *Military Power Revue* ist eine gemeinsame Beilage zur *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift ASMZ*, April 2008, und zum *Schweizer Soldat*, April 2008.

Verlage: *ASMZ*, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift c/o Verlag Equi-Media AG, Brunnenstrasse 7, 8604 Volketswil, Chefredaktor Dr. Roland Beck, Oberst iGst; *Schweizer Soldat* c/o St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen, Chefredaktor Oberst Peter Forster

unter Leitung von

Jürg Kürsener, Oberst i Gst aD, Chefredaktor *Military Power Revue*, sowie der Chefredaktoren der *ASMZ* und des *Schweizer Soldat*, im Auftrage des Chefs der Armee, Bundeshaus Ost, 3003 Bern

Adresse Chefredaktion MPR:

Kasernenstrasse 7, 3003 Bern, oder Sonnenbergstrasse 14, 4573 Lohn-Ammannsegg
Telefon G: 031 323 16 02, Telefon P: 032 677 18 63
E-Mail: juerg.kuersener@vtg.admin.ch

Redaktionskommission:

Oberst i Gst aD Jürg Kürsener	Chefredaktor <i>Military Power Revue</i>
Oberst i Gst Alain Vuitel	Chef Militärdoktrin der Armee und Redaktor für die Stufe Armee
Oberst i Gst Eduard Hirt	Chef Heeresdoktrin und Redaktor Bereich Heer
Oberst i Gst Wolfgang Hoz	Chef Doktrin Luftwaffe
Colonel EMG Yvon Langel	Chef Planung und Projekte Heer
Oberst i Gst Peter Suter	Chef Planung – Projekte – Versuche, Luftwaffe

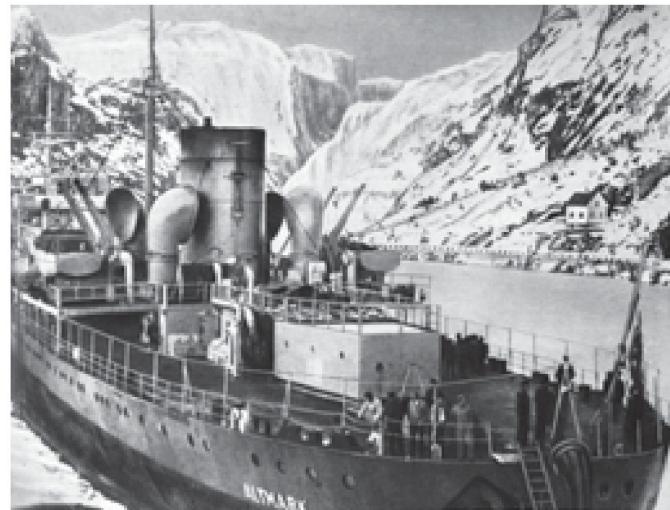
Der sowjetische Angriff auf Finnland Ende November 1939 liess die Frage der norwegischen Neutralität erneut virulent werden. Nachdem der Völkerbund den Angriff verurteilt hatte, erhofften sich Franzosen und Engländer, dass ihnen die Regierungen Norwegens und Schwedens ihr Territorium für einen Truppenmarsch zur Verfügung stellen würden, insbesondere unter Benützung des Hafens von Narvik, der einen idealen Landeplatz zur Truppenverschiebung Richtung Finnland darstellte. Eine solche Operation würde nicht nur Finnland entlasten, sondern auch die Transitlinien des für Deutschland bestimmten schwedischen Eisenerzes unterbrechen. Norwegen und Schweden, die für diesen Fall einen deutschen Einmarsch in Skandinavien befürchteten, verweigerten den Alliierten allerdings den Durchmarsch. Ungeachtet dieser eindeutigen Absage stellten die Westmächte ein Expeditionskorps auf. Die Operation sollte am 13. März 1940 anlaufen. Durch Finnlands Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der UdSSR am 12. März verlor der französisch-britische Einmarsch indessen seine Rechtfertigung und musste abgebrochen werden. Auf Drängen des britischen Kabinetts wurde Anfang April unter dem Decknamen «WILFRED»⁴ ein neuer Plan ausgearbeitet, welcher die Verminung der norwegischen Hoheitsgewässer vorsah, wodurch die Durchfahrt deutscher Erzfrachter verhindert werden sollte (vorgesehene Verminungssektoren: Vestford nördlich von Bodø und zwischen Alesund und Bergen). Für den Fall einer deutschen Reaktion sah eine Ergänzung zum Plan mit der Tarnbezeichnung «R4» die Landung von Truppen in den Häfen Narvik, Trondheim, Bergen und Stavanger vor. Nach mehrmaligen Verzögerungen liefen die Minenlegerschiffe in der Nacht vom 7. auf den 8. April 1940 aus. Die allfällige Landung der Truppen war zwischen dem 9. und 10. April vorgesehen.

Auf deutscher Seite löste der sowjetische Angriff auf Finnland keine offizielle Reaktion aus. Da Hitler die Möglichkeit einer Invasion durch die Alliierten dennoch in Betracht zog, befahl er dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) am 14. De-

Auf deutscher Seite löste der sowjetische Angriff auf Finnland keine offizielle Reaktion aus.

zember, eine Studie für einen allfälligen Einmarsch in Norwegen zu erstellen. Diese wurde mit zunehmenden Spannungen nach und nach ausgeweitet. Resultat der Planungen war ein eigentlicher Feldzugsplan, die sogenannte «WESERÜBUNG».

Das deutsche Versorgungsschiff Altmark wurde am 16. Februar 1940 vom britischen Zerstörer Cossack aus geentert.
Quelle: Edi Bauer, «La dernière guerre», Grange Batelière, Paris 1973, S. 203



Weil für die Durchführung vorgesetzte Flugplätze benötigt wurden, sah sich die Wehrmachtführung veranlasst, auch Dänemark in den Operationsplan mit einzubeziehen. Der Entscheid zur Ausführung der Operation wurde von Hitler am 2. April gefällt und am Morgen des 3. Aprils liefen die ersten Kriegsschiffe aus. Die deutsche Operation brachte selbstredend unverzüglich die Alliierten auf den Plan. Am 8. April begannen die Briten mit den Minenoperationen, allerdings vergeblich, denn bereits tags darauf begannen die Deutschen mit den Landungen in Norwegen und Dänemark.

Operationsplanung⁵

- Am 14. Dezember 1939 beauftragte Hitler das OKW mit der Erstellung einer Vorstudie für einen Einmarsch in Norwegen. Diese trug den Namen «STUDIE NORD» und wurde Ende Dezember abgeschlossen. Am 10. Januar 1940 wurde sie zur eingehenden Analyse an die Oberbefehlshaber der verschiedenen Wehrmachtsteile weitergeleitet.
- Die Oberkommandos des Heeres und der Luftwaffe, die durch die von Hitler angeordnete Planung der Operation im Westen vollständig absorbiert waren, erstellten in der Folge nur gerade eine kurze Studie.
- Die Kriegsmarine dagegen erarbeitete zwischen dem 14. und 19. Januar 1940 eine ausführlichere Version, welche Hitler am 20. Januar unterbreitet wurde. Es wurden zwei wesentliche Erfolgsfaktoren identifiziert:
 - Überraschung, um den norwegischen Widerstand und die Interventionsmöglichkeiten Großbritanniens zu minimieren;
 - Einsatz von Kriegsschiffen für den Truppentransport; dies sollte es ermöglichen, den beschränkten Aktionsradius von Transporten in der Luft auszugleichen und gleichzeitig eine Vielzahl von Landungspunkten zu besetzen.
- Am 23. Januar ordnete Hitler die Aufstellung eines Sonderstabes innerhalb des OKW an, der am 5. Februar unter Leitung des Kapitäns zur See Theodor Krancke ge-

bildet wurde und den Auftrag erhielt, eine detaillierte Operationsplanung vorzunehmen. Der Sonderstab umfasste Offiziere des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine.⁶ Die Oberkommandos der drei Wehrmachtsteile hingegen wurden nicht direkt in die Planungen einbezogen.

- Am 27. Januar erhielt die Operation den Namen «WESERÜBUNG».
- Nach dem sogenannten Altmark-Zwischenfall von Mitte Februar⁷ befahl Hitler eine Beschleunigung der Planung und übertrug sie am 21. Februar an ein Korpskommando,⁸ die Gruppe XXI unter Leitung von General Niklaus von Falkenhorst.
- Am 26. Februar 1940 erteilte das OKW General von Falkenhorst die entsprechenden Weisungen, worauf sein Stab am selben Tag mit der Planung begann. Verbindungsoffiziere zur Luftwaffe und Kriegsmarine wurden integriert, unter ihnen auch Kapitän zur See Krancke.
- Am 1. März erteilte Hitler die operativen Weisungen. Darin war insbesondere vorgesehen, die Mittel von Kriegsmarine und Luftwaffe der Gruppe XXI zu unterstellen, um die Einheitlichkeit der Führung zu gewährleisten. Allerdings wurde diese Anordnung wegen Widerstandes vor allem von der Seite der Luftwaffe (Göring) nicht umgesetzt.

⁴ Für eine detaillierte Beschreibung der von britischer Seite vorgesehenen Operationen in Norwegen siehe: Derry, T.K., The Campaign in Norway. London 1952, (History of the Second World War, United Kingdom Military Series; Bd. 50, Campaigns 2).

⁵ Für eine detaillierte Beschreibung der Planung siehe: Ziemke, Earl F., The German Decision To Invade Norway and Denmark. In: Kent Roberts Greenfield (Hrsg.), Command Decisions. Washington, D.C. 2000.

⁶ Dieser Sonderstab hatte in etwa die Funktion einer «Joint Operational Planning Group» (JOPG).

⁷ Am 16. Februar 1940 enterte der britische Zerstörer Cossack in norwegischen Gewässern (Jössing Fjord) das Versorgungsschiff Altmark der deutschen Kriegsmarine und befreite dabei 300 britische Kriegsgefangene.

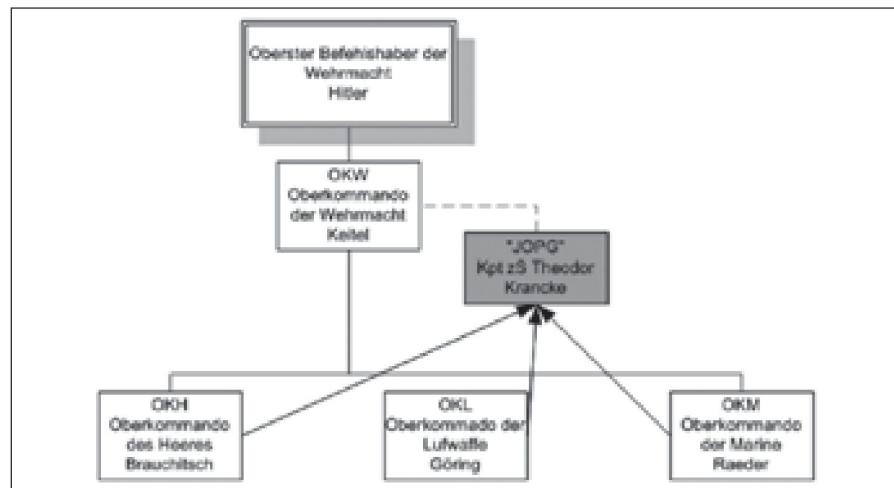
⁸ Entspricht dem Stab eines Armeekorps ohne unterstellt Formationen. Die Truppen wurden nach einem Prozess zur Kräftegenerierung und je nach auszuführendem Auftrag zugeteilt.

- Am 4. März erliess Hitler eine Änderung der Unterstellungsverhältnisse. General von Falkenhorst sollte die Führung der Bodenoperationen übernehmen und dabei von den anderen Wehrmachtsteilen unterstützt werden.
- Der Operationsbefehl für das Unternehmen «WESERÜBUNG NORD» wurde von General von Falkenhorst am 5. März unterzeichnet. Am 2. April 1940 wurde er durch einen Zusatzbefehl weiter präzisiert.
- Der Befehl zum Unternehmen «WESERÜBUNG SÜD» wurde am 21. März fertiggestellt.
- Am 26. März wies Grossadmiral Raeder mit Nachdruck darauf hin, dass die Bedingungen für ein schnelles Auslösen der Operation nunmehr günstig seien:
 - Die Vorbereitungen der Kriegsmarine seien abgeschlossen;
 - Die deutschen U-Boote, die in den norwegischen Gewässern patrouillierten (Operation «HARTMUT»), seien zur Stelle, würden den Einsatzraum aber innerhalb von drei Wochen wieder verlassen müssen, um von Neuem versorgt zu werden;
 - Der nächste Vollmond sei am 7. April;
 - Die Nächte – ein wesentliches Element zur Wahrung des Überraschungsmoments – würden ab dem 15. April kürzer;

- Die Nachrichtendienste meldeten, dass die Engländer ihre Vorbereitungen für eine Landung alliierter Truppen in Norwegen unterbrochen hätten (13. März).
- Am 2. April beschloss Hitler, die Operation am 9. April 1940 um 5.15 Uhr zu beginnen.
- Am 3. April, nachts um 2 Uhr, liefen die ersten deutschen Schiffe aus.

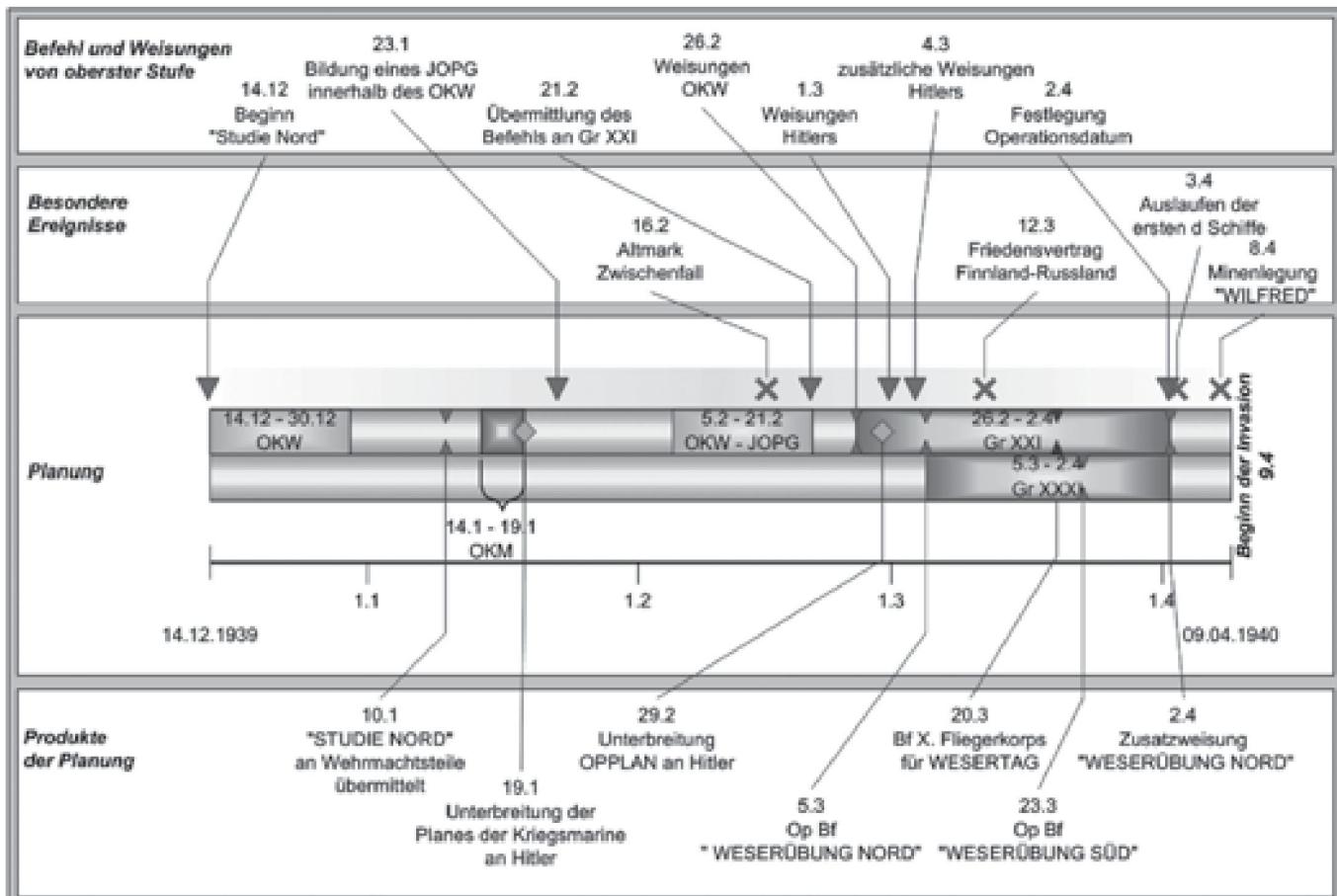
Führungsstruktur

Planungsphase

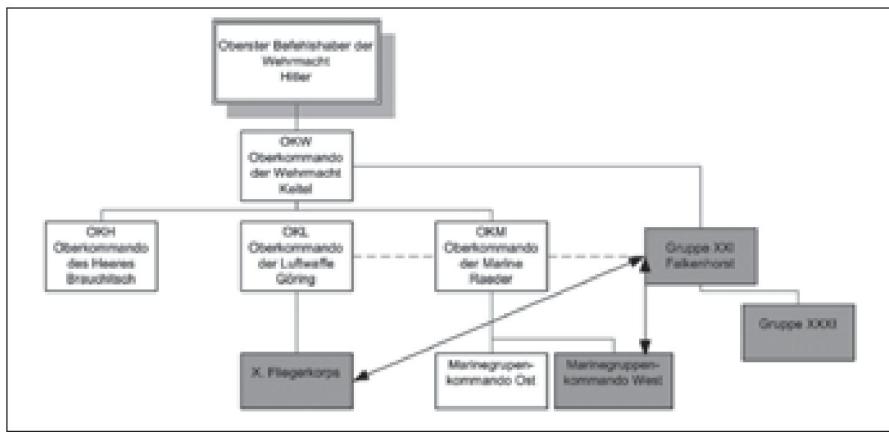


Organisation der Planung «WESERÜBUNG» vom 5. bis 21. Februar 1940.

In der ersten Phase der Planung wurde eine Joint Planungsgruppe eingesetzt. Diese bestand aus Vertretern der gesamten Wehrmacht.



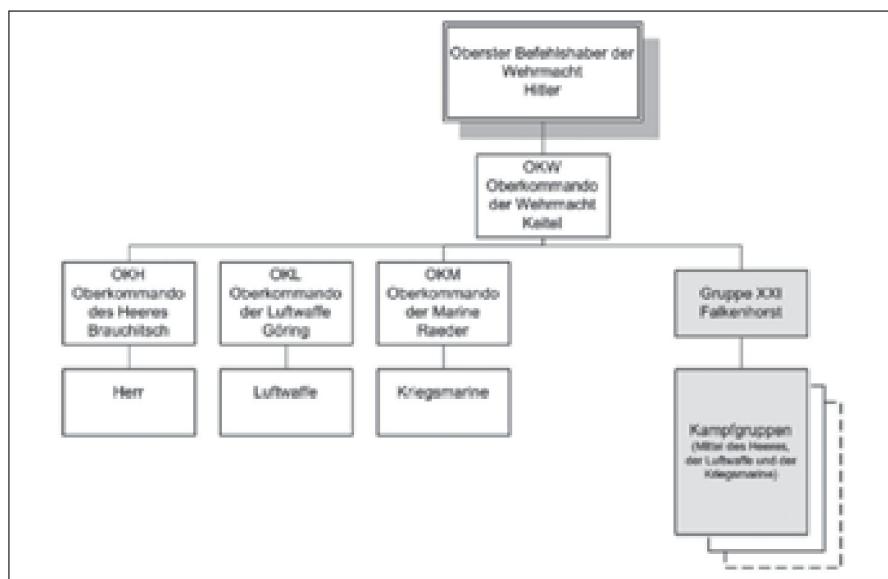
Planungsablauf



Organisation der Planung «WESERÜBUNG» ab dem 21. Februar 1940.

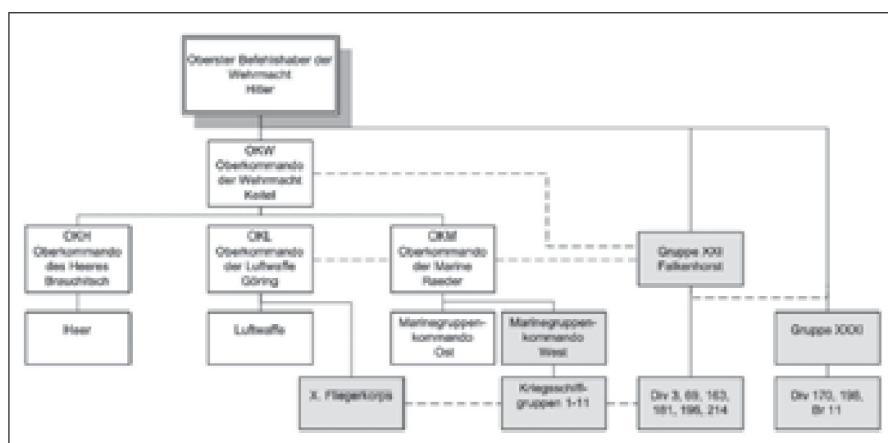
In der zweiten Phase wurde die Joint Planung dezentral durchgeführt, was einen erhöhten Koordinationsbedarf mit sich brachte. Die operative Führung und die Synchronisierung der drei Wehrmachtsteile oblagen dem OKW. Dieses Kommando kam aber relativ wenig zum Zug, da die Koordination direkt zwischen dem Stab der Gruppe XXI, dem Stab des X. Fliegerkorps und dem Marinegruppenkommando West erfolgte. Dazu wurden gezielt Verbindungsoffiziere eingesetzt.

Führungsphase



Im Befehl vom 1. März vorgesehenes Organigramm.

In den Weisungen vom 1. März wurden die Unterstellungen zwar klar geregelt; wegen sich abzeichnender Widerstände wurde in der Folge aber ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Wehrmachtsteilen hergestellt, was ab dem 4. März zu einer komplexeren Struktur führte.



Führungsstrukturen nach dem 4. März.

- Die Operation unterstand der direkten Befehlsgewalt des Führers (via OKW).
- Mit der Vorbereitung und Führung der Operation wurde General von Falkenhorst betraut, dessen Stab durch Offiziere aus der gesamten Wehrmacht ergänzt wurde. Seiner direkten Führung unterstanden die Formationen des Heeres sowie nachgeordnete Elemente der Luftwaffe (1 Aufklärungsstaffel und 2 Flak-Batterien).
- Die Luftwaffe und die Elemente der Kriegsmarine wurden dem taktischen Kommando von General von Falkenhorst zugewiesen, wobei sie ihrem ursprünglichen Kommando unterstellt blieben.

Die Verantwortlichkeiten während der Operation wurden wie folgt festgelegt:

- Die Verantwortung für die Seetransporte oblag bis zu den Landeplätzen der Kriegsmarine.
- Die Verantwortung für die Luftransporte oblag bis zu den Landungs-/Absetzstellen der Luftwaffe.
- Die Führungsverantwortung für die Einnahme von Brückenköpfen und für alle Massnahmen am Boden oblag dem Heer. Luftwaffe und Kriegsmarine sollten auf Verlangen Unterstützung bieten, es sei denn, dass dies aus technischen Gründen nicht möglich wäre.
- Nach der Landung waren die Kampfgruppenkommandanten befugt, zur Bekämpfung einer allfälligen alliierten Landung direkt Befehle an die sich jeweils in ihren Verantwortungsbereichen befindlichen drei Wehrmachtsteile zu richten.

Kräfte

Deutschland

Für das Unternehmen «WESERÜBUNG NORD» sah Deutschland den Einsatz von fünf Infanteriedivisionen und einer Gebirgsdivision vor. Davon war nur die 3. Gebirgsdivision kampferprob, die anderen waren neu zusammengestellte Große Verbände. Für das Unternehmen «WESERÜBUNG SÜD» wurden zwei Infanteriedivisionen und eine motorisierte Schützenbrigade eingesetzt.

Die Kriegsmarine setzte fast die gesamte Kampfschiffssflotte und einen Grossteil der Unterseeboote ein.

Darüber hinaus standen mehr als 1000 Luftfahrzeuge zur Verfügung.

Grossbritannien

Für die Operation «WILFRED» wurden ein Kreuzer und zwölf Zerstörer eingesetzt. Für die Operation «R4» waren zusätzlich acht Kreuzer und zwei Infanteriebrigaden geplant. Mittel der Luftwaffe waren keine direkt zugesicherten.

Norwegen

Das norwegische Heer bestand aus sechs Infanteriedivisionen mit einer theoreti-

schen Mobilmachungsstärke von 106000 Mann. Die Zahl der am 8. April 1940 unter den Waffen stehenden Soldaten betrug allerdings nur 13000, da ausschliesslich die 6. Infanteriedivision im Norden des Landes mobilisiert worden war, um einer möglichen Bedrohung durch die Sowjetunion entgegenzutreten. Auf dem übrigen Gebiet des Landes befand sich jeweils nur ein Bataillon pro Division im Dienst, und zwar primär zu Ausbildungszwecken.

Norwegen besaß keine Panzer, keine Panzerabwehrwaffen und nur 41 relativ alte Kampfflugzeuge. Der 15 Kilometer südwestlich von Stavanger liegende Hauptflugplatz verfügte über keinen Fliegerabwehrschutz. Der Grossteil der am Eingang der Fjorde stationierten Küstenbatterien war mit längst veralteten Geschützen ausgerüstet. Die norwegische Marine war vorwiegend mit alten und relativ leichten Schiffen ausgestattet.

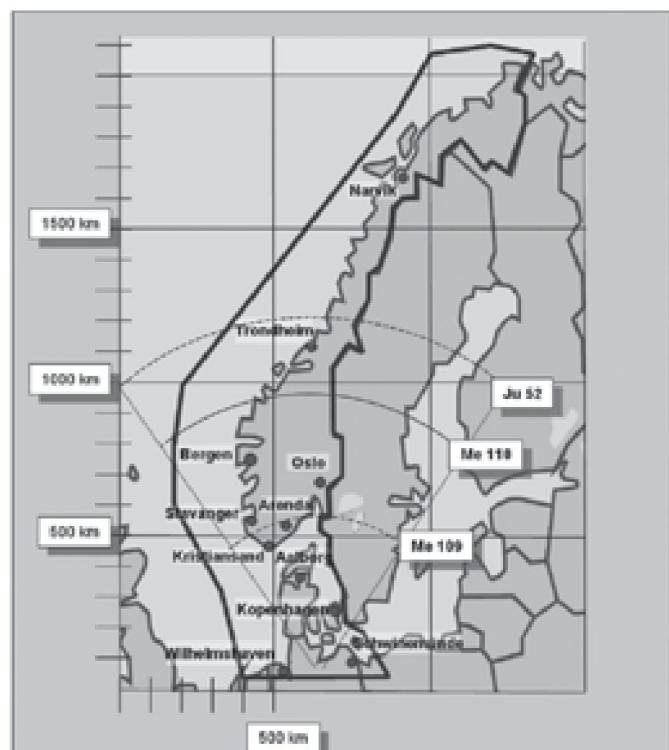
Dänemark

Aufgrund eines am 31. Mai 1939 mit dem Deutschen Reich abgeschlossenen Nichtangriffsvertrags wurden die dänischen Streitkräfte nur teilweise mobilisiert und es wurden keine Befestigungen erstellt. Das Heer bestand aus zwei Divisionen. Im April 1940 umfassten die dänischen Streitkräfte etwa 15 000 Mann.

Die operationelle Fähigkeit der Luftwaffe war ausgesprochen gering. Die Marine war mit Ausnahme der Unterseeboote mit relativ alten Schiffen ausgerüstet.

Deutscher Operationsplan

Der hier dargestellte Operationsplan übersetzt die Elemente der verschiedenen Befehle und Weisungen, die im Rahmen der Operationsplanung erlassen wurden, in eine zeitgemäße Terminologie.⁹ Die enthaltenen Informationen wurden aus dem Blickwinkel der operativen Stufe, d. h. der Gruppe XXI, synthetisiert und zum Teil extrapoliert. Dabei wurde versucht, möglichst nahe an der zeitgenössischen Sicht zu bleiben, wobei es allerdings nicht ausgeschlossen ist, dass der eine oder andere Punkt durch unsere nachträglichen Kenntnisse der Ereignisse beeinflusst wurde.



Operationsraum und Aktionsradius der deutschen Luftwaffe.

Bedrohung

Beurteilung

- Norwegen, obwohl es eher mit dem britischen Lager sympathisiert, wird neutral bleiben. Das Land wird vermutlich nichts unternehmen, was eine ausländische Intervention provozieren könnte.
 - Grossbritannien beabsichtigt nicht, die Souveränität Norwegens auf Dauer zu respektieren, und Norwegen ist nicht in der Lage, seine Neutralität zu verteidigen.
 - Schweden und die Sowjetunion sind keine Bedrohung. Die beiden Länder erwarten, dass die jeweiligen Grenzen strikt respektiert werden, und fühlen sich ansonsten nicht bedroht, vorausgesetzt, dass die Präsenz der deutschen Truppen am Ende des Feldzuges nicht allzu stark wird.
 - Dänemark ist unbedeutend.
 - Die gefährlichste und zugleich wahrscheinlichste gegnerische Möglichkeit ist eine präventive Besetzung von über die norwegische Küste verteilem Schlüsselgelände durch die britischen Streitkräfte. Dies würde eine Nutzung der norwegischen Hoheitsgewässer durch die deutsche Kriegsmarine verunmöglichen und die Einrichtung britischer Stützpunkte zur Führung des Luftkrieges gegen Deutschland ermöglichen. Dadurch wäre nicht nur der Zugang zum Nordatlantik beeinträchtigt, sondern auch jener zur Ostsee bedroht.

Mögliche gegnerische Ziele (Grossbritannien)

- Einschränkung der Rohstoffversorgung Deutschlands;
 - Kontrolle der norwegischen Hoheitsgewässer;
 - Sicherstellung des britischen Seehandels in der Nordsee;
 - Präventive Besetzung von Schlüsselgelände an der norwegischen Küste;
 - Besetzung der Flugplätze im Süden Norwegens;
 - Durchführung von Luftoperationen gegen deutsches Territorium.

Gegnerische Stärken und Schwächen

Norwegen

- Die norwegische Armee verfügt nur über geringe operationelle Fähigkeiten und ist nicht in der Lage, nachhaltigen Widerstand zu leisten.
 - Die norwegische Armee muss zunächst eine Mobilmachung durchführen.

⁹ Grundlage sind Auszüge aus Originaldokumenten, veröffentlicht in: Hubatsch, Walther, Weserübung. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940. Göttingen 1960 und Ottmer, Hans-Martin, Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940. München 1994. Die wichtigsten Dokumente, die dabei berücksichtigt wurden, sind:

- Befehl des Chefs OKW über die Bearbeitung von «WESERÜBUNG» vom 27. Januar 1940;
- Weisung an die Oberbefehlshaber «WESERÜBUNG» vom 26. Februar 1940;
- Operationsbefehl für das X. Fliegerkorps vom 20. März 1940;
- Weisung «WESERÜBUNG» des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht vom 1. März 1940;
- Operationsbefehl der Gruppe XXI für die Besetzung Norwegens (Nr. 1) vom 5. März 1940;
- Lagebeurteilung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vom 9. März 1940;
- Operationsbefehl der Gruppe XXI für die Besetzung von Narvik vom 12. März 1940;
- Operationsbefehl für «WESERÜBUNG SÜD» des Höheren Kommandos XXXI vom 21. März 1940;
- Feindnachrichtenblatt des Oberkommandos der Kriegsmarine, 3. Abt. Seekriegsleitung betreffend Norwegen vom 1. April 1940;
- Operationsbefehl der Gruppe XXI für die Besetzung Norwegens nach durchgeführter Landung (Nr. 2) vom 2. April 1940;
- Besondere Anordnungen des Oberkommandos der Wehrmacht für die Gruppe XXI vom 2. April 1940.

Dänemark

- Die Bereitschaft der Streitkräfte ist gering, da Dänemark einen Nichtangriffspakt mit Deutschland unterzeichnet hatte. Die operativen Fähigkeiten der dänischen Streitkräfte sind unerheblich.

Grossbritannien

- Die britischen Seestreitkräfte sind der deutschen Marine überlegen.
- Die Briten haben keine Truppen im Operationsraum.
- Die einzige Bedrohung könnte zu Beginn von den entlang der norwegischen Küste patrouillierenden britischen Schiffen ausgehen.

Ziele der obersten Führungsstufe (Oberster Befehlshaber der Wehrmacht und OKW)**Strategische Ziele**

- Das Vorrücken Grossbritanniens nach Skandinavien und in die Ostsee verhindern.
- Zugunsten der Luftwaffe und Kriegsmarine eine breitere Ablauflinie zur Führung von Aktionen gegen Grossbritannien schaffen.
- Die Rohstoffversorgung aus Schweden sicherstellen.
- Den Meereszugang zum Atlantik offenhalten.

Angestrebter (strategischer) Endzustand

- Die norwegische und dänische Regierung stehen unter deutscher Kontrolle.
- Die deutsche Präsenz in Norwegen und Dänemark wird akzeptiert.
- Das Schlüsselgelände (Häfen und Flugplätze) wird kontrolliert.
- Die anderen skandinavischen Staaten haben sich aus dem Konflikt herausgehalten.
- Die Kriegsmarine verfügt über freien Zugang zum Atlantik.

Leitlinien

- Die Operation muss im Falle von Anzeichen einer Aktion der Alliierten rasch anlaufen können.
- Die Operation muss überraschend und überfallmäßig ausgelöst werden.
- Die erste Besetzung muss sich auf die Schlüsselstellen konzentrieren, damit die Kontrolle des Territoriums ermöglicht und eine feindliche Gegenoffensive verhindert werden können.
- Das Überschreiten der dänischen Grenze und die Landung in Norwegen müssen simultan erfolgen.
- Die Geheimhaltung hat oberste Priorität, da der Erfolg der Operation mit der Überraschung steht und fällt.

**Vom OKW an die Wehrmachtsteile erteilte Aufträge
Gruppe XXI «WESERÜBUNG NORD»**

(69., 163., 181., 196, 214. Infanteriedivision und 3. Gebirgsdivision)

- Koordiniert das Handeln aller für die Operation «WESERÜBUNG» eingesetzten Kräfte.
- Besetzt die wichtigsten Küstenorte Norwegens überraschend auf dem Seeweg und aus der Luft.

Gruppe XXXI «WESERÜBUNG SÜD»

(170. und 198. Infanteriedivision und 11. Schützenbrigade)

- Besetzt überraschend Jütland und Fünen und anschliessend Seeland.
- Sichert das Schlüsselgelände und stösst rasch möglichst nach Skagen und an die Ostküste Fünen.

Marinegruppe West

- Bereitet den Transport der Landungstruppen und der Verstärkungen vor und führt diesen durch.
- Unterstützt die Landung.
- Gewährleistet die Versorgung auf dem Seeweg.
- Stellt die Küstenverteidigung sicher.

X. Fliegerkorps

- Unterstützt die Operationen zu Land und zu Wasser, indem es
 - Stärke demonstriert;
 - Fallschirmjägerformationen einsetzt; und
 - die Luftlandetruppen des Heeres transportiert.
- Kontrolliert den Luftraum in den Landungsgebieten.
- Hält sich bereit, Widerstandsnester am Boden zu vernichten.
- Hält sich bereit, britische Luft-/Seeaktionen zu bekämpfen.
- Nutzt schnellstmöglich die Flugplätze in Dänemark und Norwegen (ab dem zweiten Operationstag von dänischen Stützpunkten aus).

Ausführung**Planungsannahmen**

- Die britischen Truppen haben in Norwegen noch keine grossangelegte Operation unternommen.
- Die Landung und das Besetzen von Schlüsselgelände bedingen unter Umständen die Anwendung von Gewalt, der Widerstand der norwegischen Armee wird indessen minim sein.
- Die dänische Armee wird nur schwachen Widerstand leisten.

Militärische Ziele

- Eine Ausgangsbasis für Luft- und Seeoperationen gegen das Vereinigte Königreich einrichten.
- Das wirtschaftliche Potenzial Norwegens erhalten, um es zu gunsten der deutschen Kriegswirtschaft auszubeuten.

Eigene Schlüsselbereiche

- Überraschendes Erscheinen der Verbündeten bis zum Operationsbeginn.
- Kommunikationswege auf dem Seeweg zwischen den rückwärtigen Basen und den Landungsorten vor, während und am Ende der Operation.
- Landungsorte
 - Oslo: Hauptstadt und Hafen mit grosser Aufnahmekapazität.
 - Arendal und Kristiansand: Häfen des Südsektors, von wo aus der Zugang in den Skagerrak kontrolliert werden kann.
 - Stavanger: Nähe zum Flughafen Sola, welcher für die Durchführung von Luftoperationen benötigt wird.
 - Bergen: Möglicher Ausgangspunkt für eine alliierte Landung zur Führung eines Gegenangriffs.
 - Trondheim: Wichtiger Umschlagbahnhof und Schlüssel zur Kontrolle von Zentralnorwegen; möglicher Stützpunkt für deutsche Unterseeboote.
 - Narvik: Haupthafen Nordnorwegens und Umschlagbahnhof zur Durchfahrt von schwedischem Erz.

Eigene Stärken und Schwächen**Schwächen**

- Die deutsche Kriegsmarine verfügt auf den Anmarschwegen nicht über die Vormachtstellung zur See und besitzt keine Flugzeugträger.
- Der Handelsmarine fehlt es an Mitteln: Manche Transportschiffe müssen mehrere Rotationen fahren.
- Der Aktionsradius der Luftfahrzeuge erlaubt keine Abdeckung des gesamten Operationsraumes von den Basen in Deutschland aus.

Stärken

- Überraschung, Raschheit der Ausführung.
- Streitkräfte, welche der norwegischen Armee überlegen sind.

Eigene Erfolgsfaktoren

- Überraschung.
- Landung vor der Auslösung einer alliierten Operation.
- Flexibilität und unabhängiges Handeln an jeder Landungsstelle.
- Teilstreitkräfteübergreifende Koordination an jeder Landungsstelle.

Operationsphasen

Im Folgenden werden die Phasen der WESERÜBUNG NORD und SÜD gemeinsam dargestellt; wo es ausschliesslich um die WESERÜBUNG SÜD geht, wird dies durch *kursive* Schrift angezeigt.

Phase 0:

- Bereitstellen von (als Handelsschiffen getarnten) Versorgungsschiffen in den norwegischen Häfen¹⁰ beziehungsweise Auslaufen aller Seemittel im Hinblick auf eine koordinierte Ankunft und ein simultanes Auslösen von Phase I.
- Einrichten eines Dispositivs zum Unterwasserschutz.

Phase I:

- Neutralisieren von Verteidigungseinrichtungen, welche die Landung der Truppen beeinträchtigen könnten, durch
 - Luftangriffe;
 - Beschuss durch die Marineartillerie;
 - Luftlandetruppen;
 - Aktionen von in umliegenden Sektoren angelandeten Truppen.
- *Gleichzeitiges und überraschendes Überschreiten der dänischen Grenze und schnellstmöglicher Stoss Richtung Norden, inklusive Besetzung des Flugstützpunktes von Aalborg.*
- Beginn der Propagandaarbeit bei der Zivilbevölkerung (ab Landungsbeginn der ersten Kräfte).

Phase II:

- *Sichern der in Dänemark eroberten Gebiete und Nutzung derselben als rückwärtige Basen für die Operation in Norwegen (ab dem 10. April).*
- Neutralisieren der norwegischen Streitkräfte an den Landungsstellen und Sichern der Brückenköpfe.
- Unterstützen der Operation von den in Dänemark besetzten Flugplätzen aus.

Phase III:

- Einnehmen der Hauptmobilmachungsplätze der norwegischen Armee.
- Ausdehnen der besetzten Gebiete:
 - auf die wichtigen Küstenorte und die umliegenden Inseln;
 - auf die anderen Mobilmachungsplätze und die Flugplätze;
 - auf die Kommunikationsachsen in Richtung Norden.
- Verschieben der Verstärkungen auf dem Seeweg bis nach Oslo, dann auf dem Landweg.

¹⁰Im Gegensatz zu dem, was oft behauptet wird, handelt es sich hierbei nicht um eine Art von Trojanischem Pferd, sondern nur um eine koordinierte Ankunft mit leichtem Vorsprung für die Unterstützungsschiffe (30' vor Beginn des Angriffs).

Phase IV:

- Führen von Offensivaktionen gegen die übrigen norwegischen Kräfte (sobald die Landungsplätze so sicher sind, dass ein britischer Landungsversuch abgewehrt werden kann).

Phase V:

- Zurückslagen allfälliger alliierter Landungen unter Inkaufnahme möglichst geringer Verluste
 - falls die Mittel es erlauben: in erster Priorität Bekämpfen der Kriegsschiffe;
 - falls die britische Marineartillerie überlegen ist: Vernichten der gelandeten Truppen durch offensive Aktionen;
 - falls die britischen Streitkräfte insgesamt überlegen sind: Vermeiden einer direkten Konfrontation, bis ein Gegenangriff möglich wird (unter Bezug von Verstärkung).

Aufträge an die Kampfgruppen

«WESERÜBUNG SÜD»

Marinegruppe West (Kriegsschiffgruppen 7–11)

- Transportiert in einer ersten Welle 1400 Soldaten der Gruppe XXXI.
- Stellt den Fliegerabwehrschutz und die Feuerunterstützung bis zum Ende der Landung sicher.

X. Fliegerkorps

- Nimmt den Flugplatz Aalborg mit Fallschirmjägerformationen.
- Nutzt ab dem zweiten Operationstag den Flugplatz Aalborg.
- Demonstriert Stärke.
- Hält sich bereit, Widerstandsnester am Boden zu zerschlagen.

Gruppe XXXI

198. Infanteriedivision

- Nimmt Seeland.

170. Infanteriedivision

- Stösst im östlichen Angriffsstreifen so rasch als möglich Richtung Nordjütland.

11. Schützenbrigade

- Stösst im westlichen Angriffsstreifen so rasch als möglich Richtung Nordjütland und besetzt am ersten Tag den Flugplatz Aalborg.

«WESERÜBUNG NORD»

Marinegruppe West

Überwasserschiffe

- Transportiert die vorgesehenen Truppen auf dem Seeweg (Kriegs- und andere Schiffe).
- Stellt den Fliegerabwehrschutz und die Feuerunterstützung bis zum Ende der Landung sicher.

Unterseeboote (Operation «HARTMUT»)

- Stellen unabhängig die Sicherung der Umgebung der Landeställe sowie die Zufahrtsachsen sicher.

X. Fliegerkorps (zur Zusammenarbeit zugewiesen)

- Nimmt die Flugplätze Oslo (Fornebu) und Stavanger (Sola) mit Fallschirmjägerformationen.
- Demonstriert Stärke.
- Stellt den Lufttransport von Mitteln des Heeres (Truppen, Munition, Treibstoff usw.) nach Oslo, Stavanger und Bergen sicher.
- Schützt die Transporte und Landungsstellen gegen Aktionen gegnerischer Flugzeuge.
- Gewährleistet die Erdunterstützung gegen gegnerische Widerstandszentren, Fliegerabwehrstellungen und Küstenbatterien.

- Nutzt die eroberten dänischen und norwegischen Flugplätze und hält sich bereit, die britische Luftwaffe zu bekämpfen.
- Stellt den Fliegerabwehrschutz nach der Landung in Oslo, Stavanger, Bergen, Trondheim und Narvik sicher.
- Gewährleistet die Luftraumüberwachung entlang den Kommunikationswegen zur See.
- Hält sich bereit, britische Luft- und Seeaktionen zu bekämpfen.

Gruppe XXXI

Operationen in Südnorwegen

163. Infanteriedivision

- Nimmt die Stadt Oslo.
- Nimmt die Befestigungsanlagen längs des Oslo-Fjords.
- Nimmt die Hauptstandorte in der Umgebung von Oslo und längs des Oslo-Fjords (insbesondere die Mobilmachungplätze).

196. Infanteriedivision

- Schafft im Nordost-Sektor von Oslo günstige Bedingungen für ein Vorrücken auf dem Schienenweg Richtung Trondheim.
- Nach Verstärkung durch die 181. Division: Hält sich bereit für den Kampf im Sektor von Trondheim.

181. Infanteriedivision

- Hält die norwegischen Streitkräfte im Osten und Südosten Oslos nieder.
- Übernimmt die Sicherung des südöstlichen Sektors von Norwegen und hält sich bereit, eine allfällige Intervention schwedischer Streitkräfte abzuwehren.

Operationen an der Westküste Norwegens

69. Infanteriedivision

- Sichert die Westküste im Sektor Bergen (zwischen Stavanger und dem Nordfjord).

Reserve

214. Infanteriedivision

- Landet um den 17. April in Oslo.
- Hält sich bereit, je nach Lageentwicklung eingesetzt zu werden;
- in erster Linie, um den Schutz der Südküste Norwegens zu übernehmen.

Operationen an der Nordwestküste Norwegens

196. Infanteriedivision (aus ihrem Sektor – Nordost Oslo – heraus)

- Sichert die Küste zwischen Mosjoen und dem Stor-Fjord Aalesung (S und N von Trondheim).
- Beobachtet in Richtung Osten (Schweden).

Operation in Nordnorwegen

3. Gebirgsdivision

- Sichert den Sektor Narvik und die Bahnlinie Richtung Schweden.
- Sichert bis zur Ankunft der 196. Division den Sektor Trondheim.
- Sichert in einer späteren Phase die Küste zwischen Tromsö und Bardufoss (S und N von Narvik) in Richtung Meer und Richtung Schweden.

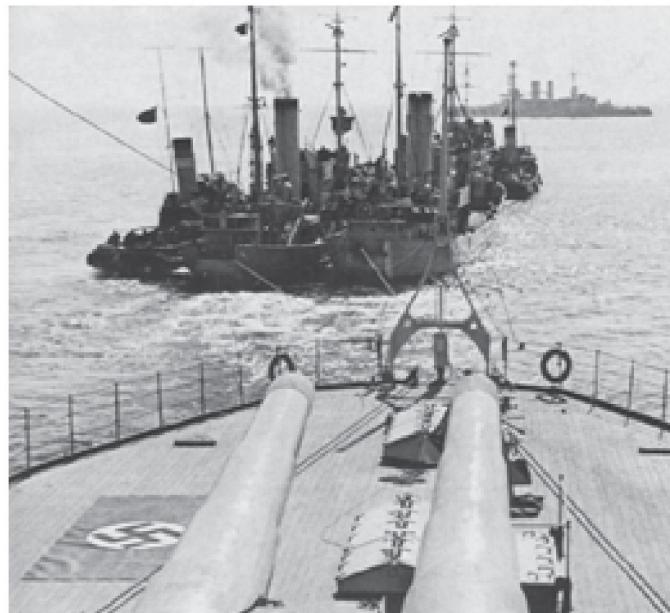
Tatsächlicher Operationsverlauf¹¹

In diesem Teil soll der tatsächliche Operationsverlauf dargestellt und dadurch die praktische Umsetzung des Operationsplanes illustriert werden. Diese Betrachtungen sollen sich auf die Anfangsphase des Feldzuges konzentrieren, die späteren Entwicklungen werden nur summarisch behandelt.

Aufmarsch, 3. bis 8. April 1940

Deutschland

Der Truppentransport zu den Einschiffstellen erforderte eine minutiöse Planung. Von ihren dezentralisierten Stationierungsorten aus wurden die Truppen zu den Einschiffhäfen verschoben: Swinemünde, Cuxhaven, Bremerhaven und Wilhelmshaven.



Deutsches Truppengeleit auf dem Marsch.

Quelle: «Der Zweite Weltkrieg, Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH, Gütersloh, 1976, S. 159

Zwischen dem 3. und 7. April liefen die 22 Versorgungsschiffe der ersten Welle gestaffelt von Hamburg und Stettin aus, um ihre Ziele gleichzeitig am Morgen des 9. zu erreichen. Am 8. April verliess die zweite Welle von Versorgungsschiffen (11 Schiffe) Gotenhafen und Königsberg. Zwischen dem 7. und dem Morgen des 8. April stachen die Kriegsschiffe in Wesermünde, Cuxhaven, Wilhelmshaven und Swinemünde in See. Am Morgen des 8. April waren 107 deutsche Schiffe auf dem Weg zu den Landungsstellen.

Grossbritannien

Auf britischer Seite wurde die Operation «WILFRED» am 5. April ohne Kenntnis der deutschen Pläne gestartet. 14 Schiffe verließen Großbritannien, um Minenfelder im Westfjord in der Umgebung von Ofotfjord und Narvik, in den Hoheitsgewässern zwischen Trondheim und Bergen, sowie ein fingiertes Minenfeld in der Nähe von Trondheim anzulegen. Gleichzeitig liess die britische Regierung den Regierungen Norwegens und Schwedens eine Warnung zukommen.

¹¹ Caspar, G.-A., Vor 40 Jahren – Unternehmen Weserübung: Der deutsche Angriff auf Norwegen und Dänemark – Die erste triphibische Operation der Geschichte. In: Information für die Truppe 4 (1980), S. 103–118.

Die Operation «WILFRED» war seit ihrer Konzipierung laufend verändert worden. Der ursprüngliche Plan hatte eine Landung von Truppen unmittelbar nach der Minenlegung vorgesehen: Im Moment der Umsetzung wurde dies nur für den Fall einer sich abzeichnenden Verletzung der norwegischen Neutralität durch die deutsche Wehrmacht erwogen. Der Ausführungsplan der terrestrischen Operation («R4») sah die Landung von Truppen an bestimmten Schlüsselstellen vor (Stavanger, Bergen, Trondheim und Narvik), wozu insgesamt sechs Bataillone zur Verfügung standen. Diese hielten sich bereit, auf Kreuzern einzuschiffen, d.h., sie mussten in Wartestellung verbleiben, bis ein deutsches Vorgehen gegen Norwegen eine Intervention rechtfertigte.¹²

Während sich die deutschen Schiffe auf die Landung vorbereiteten, näherten sich 14 britische Schiffe (die für die Operation «WILFRED» vorgesehenen Kräfte) den norwegischen Küsten.

Am 7. April um 8.00 Uhr wurden die deutschen Kriegsschiffkonvois von den britischen Aufklärungsflugzeugen am Westausgang des Skagerraks gesichtet. Gleichentags meldeten die entlang der norwegischen Küste patrouillierenden U-Boote (total 19), dass ungewöhnlich viele Schiffe unter neutraler Flagge Richtung Norden fuhren. Am Abend des 7. Aprils verließ die Home Fleet Scapa Flow, verstärkt von den für «R4» vorgesehenen Schiffen, die keine Truppen an Bord hatten. Die britische Marine nahm an, dass die deutschen Kriegsschiffe versuchen würden, den Atlantik zu erreichen. Es folgten verschiedene Seemanöver mit einigen Gefechten, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Den deutschen Konvois gelang es schliesslich dennoch, ihre Ziele zu erreichen.

Norwegen

Die norwegische Regierung besaß sehr wohl Kenntnisse über die Absichten der beiden Kriegsparteien. Entschlossen, ihre Neutralität zu wahren, enthielt sie sich Handlungen, welche die Gefahr in sich bargen, eine Intervention des einen oder anderen Kriegsführenden zu provozieren.

Aufgrund der durch die norwegische Admiralität gesammelten Informationen, wonach sich deutsche Kriegsschiffe auf die Küste zu bewegten, beschloss die Regierung, die Bereitschaft der Küstenbatterien zu erhöhen. Die Mobilmachung des Heeres dagegen wurde verschoben und schliesslich erst am 9. April gegen zwei Uhr morgens befohlen – zu spät, als dass diese Massnahme noch irgendeinen Einfluss auf den Operationsverlauf hätte haben können.



Quellen: Aktionskennstelle Süd-BA-MA, RH 24-21/22 K (=Karten) = Anlage 84 zum KTB, Gruppe X00, Bd 2 - BA-MA, RH 24-21/24; Hubatsch (1960), S. 90, 92.

Verlauf des Unternehmens «WESERÜBUNG SÜD» am 9. und 10. April.¹³

Dänemark

Informationen über deutsche Truppenkonzentrationen nahe der Grenze veranlassten die dänischen Behörden am 8. April zur Anordnung einer Teilmobilmachung.

Wesertag – 9. April 1940

Der koordinierte deutsche See- und Luftangriff wurde, wie geplant, am 9. April um 5.15 Uhr ausgelöst.

Dänemark («WESERÜBUNG SÜD»)

Motorisierte Verbände drangen von Süden her nach Jütland vor. Gleichzeitig wurde der Flugplatz Alborg im Norden der Halbinsel von Fallschirmjägerformationen besetzt, welche zudem die wichtigsten Brücken nahmen. Die Landungen von See her erfolgten an den Haupthäfen, insbesondere in Kopenhagen. Die Einnahme des Territoriums stiess nur auf unbedeutenden Widerstand. Um 7.30 Uhr ordnete der dänische König eine Waffenruhe an. Die

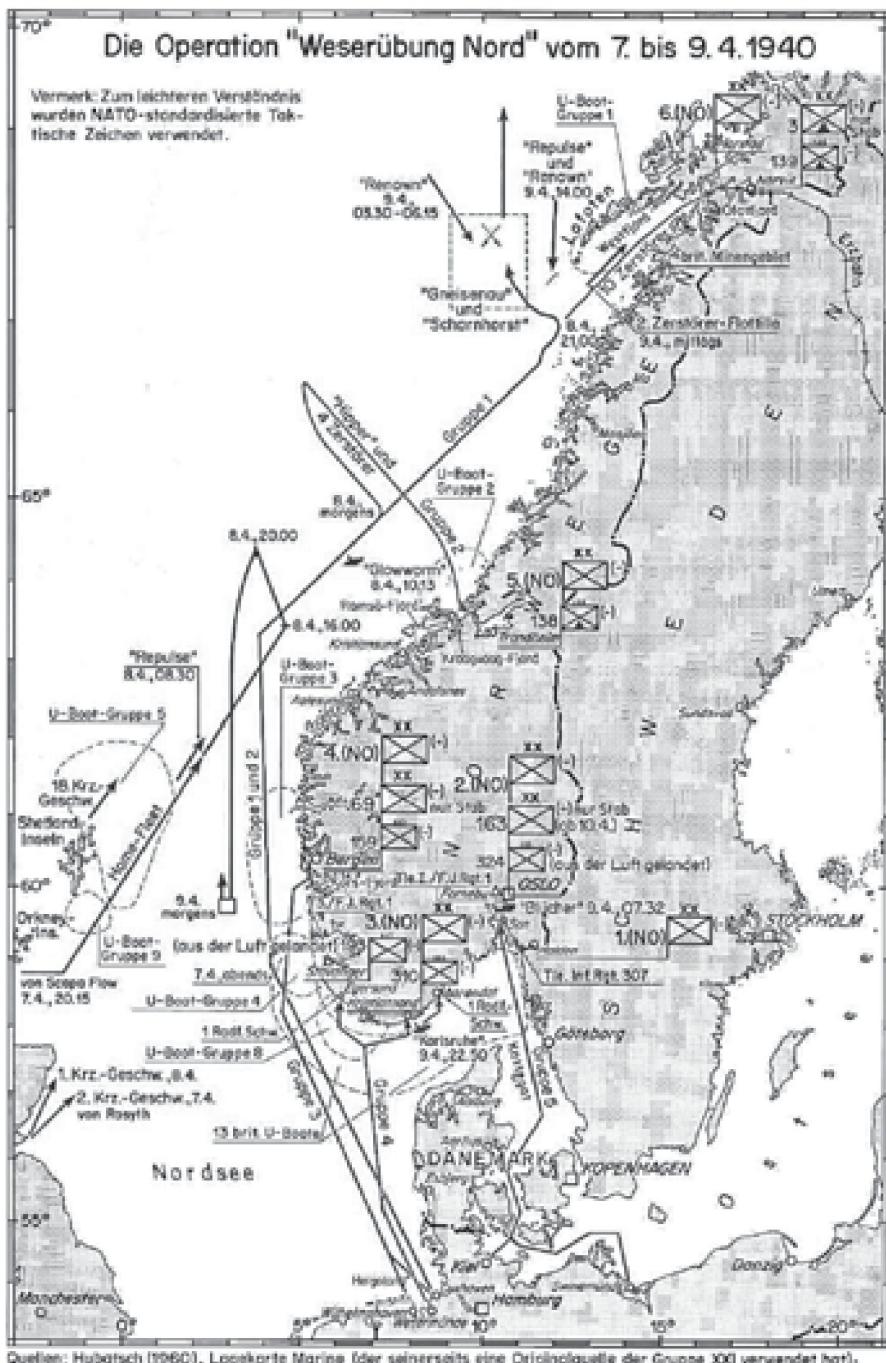
Kapitulation wurde am 10. April offiziell bestätigt, nachdem die ersten von dänischem Boden aus geführten Luftoperationen bereits tags zuvor begonnen worden waren.

Norwegen («WESERÜBUNG NORD»)

Um 5.00 Uhr fuhren die ersten Versorgungsschiffe in die norwegischen Häfen ein.

¹² Die britische Admiralität verfügte über Informationen, wonach sich deutsche Schiffe mit einer beträchtlichen Zahl von Truppen an Bord in Richtung Norwegen bewegten. Diese Meldungen wurden jedoch angezweifelt, weil gemäss britischer Doktrin eine Landung von Truppen nur möglich war, wenn die Landungsstelle vorgängig von der See her kontrolliert wurde.

¹³ Quelle: Thies, Klaus-Jürgen, Der Zweite Weltkrieg im Kartenbild, Bd. 2: Weserübung, Die Besetzung Dänemarks und die Eroberung Norwegens 9.4.–10.6.1940. Osnabrück 1991.



Verlauf des Unternehmens «WESERÜBUNG NORD» vom 7. bis 9. April.¹³

Die deutschen Streitkräfte führten eine verbundene Operation aller drei Wehrmachtsteile auf verschiedenen Landungsstellen in Norwegen durch. Diese Landungsstellen werden im Folgenden der Reihe nach behandelt, wobei die Bezeichnungen für die Kriegsschiffgruppen übernommen werden.

Die Kriegsschiffgruppe 1 kam gegen 5.30 Uhr auf Sichtweite von Narvik. Nachdem zwei norwegische Küstenverteidigungsschiffe versenkt worden waren, landeten die deutschen Truppen der 3. Gebirgsdivision im Hafen. Die völlig überraschten Norweger kapitulierten widerstandslos. Um 18.10 Uhr war Narvik fest in deutscher Hand. Aus Witterungsgründen

und wegen Scharmützeln mit der norwegischen Marine erreichte allerdings nur eines der fünf vorgesehenen Versorgungsschiffe den Hafen unversehrt, sodass es den in Narvik gelandeten Truppen an Ausrüstung und Nachschubgütern fehlte.

Die Kriegsschiffgruppe 2 fuhr um 3.00 Uhr in den Trondheim-Fjord ein, wobei die Küstenbatterien erfolglos versuchten, die deutschen Schiffe unter Beschuss zu nehmen. Obwohl Alarm ausgelöst wurde, landeten die deutschen Truppen der 3. Gebirgsdivision, ohne auf Widerstand zu stoßen, und bei Anbruch der Nacht wurde die Stadt für eingenommen erklärt.

Die Kriegsschiffgruppe 3 landete trotz einiger durch den Beschuss vonseiten der

Küstenbatterien verursachten Schäden mit ihren Truppen der 69. Infanteriedivision im Hafen von Bergen. Um 6.20 Uhr war die Stadt in deutscher Hand.

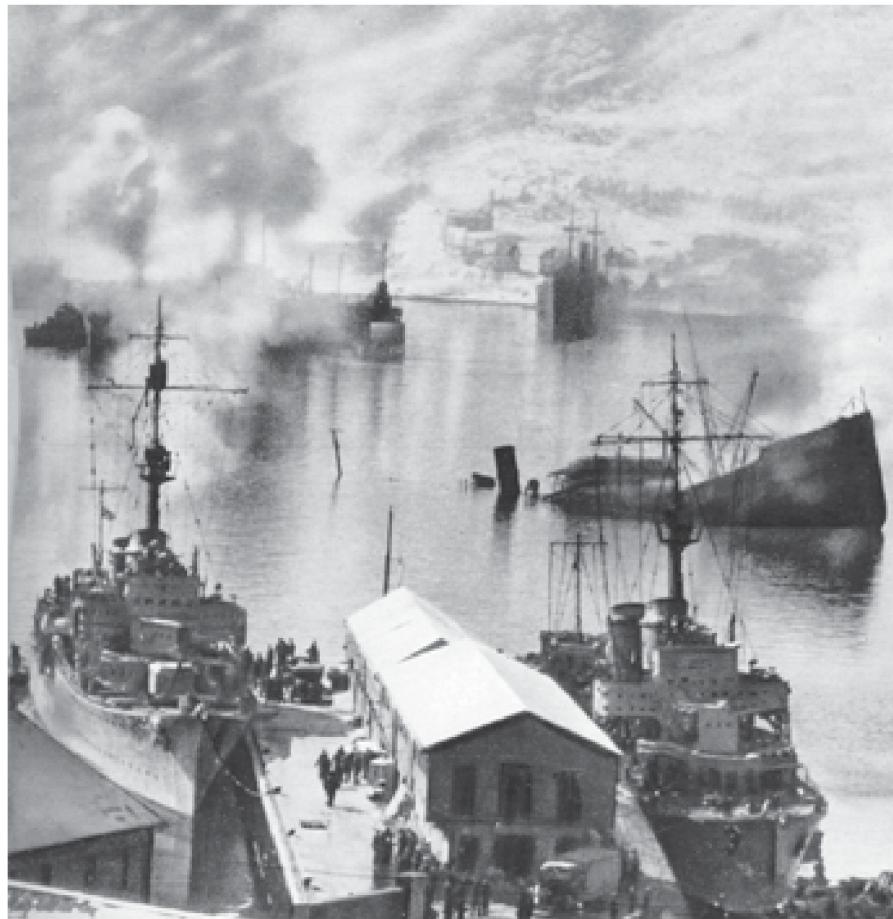
Die Kriegsschiffgruppe 4 nahm Arendal mit einem einzigen Schiff. In Kristiansand hingegen wurden die wegen schlechter Sicht verspäteten deutschen Schiffe von der Küstenverteidigung unter Feuer genommen. Um die norwegischen Batterien auszuschalten, wurde Unterstützung aus der Luft angefordert. Um 11.00 Uhr erreichten die deutschen Schiffe den Hafen, und am frühen Nachmittag fiel die Stadt in die Hand der Truppen der deutschen 163. Infanteriedivision.

Die Kriegsschiffgruppe 5 (die wichtigste) passierte den Eingang des Oslo-Fjords um Mitternacht. Um 4.40 Uhr erreichte sie die Meerenge von Drobak 15 Kilometer südlich von Oslo. Die Meerenge wurde durch ein Verteidigungssystem geschützt, das einen Schweren Kreuzer (die *Blücher*) versenkte und den Flottenverband zum Rückzug zwang. Um das weitere Vorrücken sicherzustellen, wurde ein Entlastungsangriff durch weiter südlich gelandete Truppen nötig. Erst am 10. April um 11.45 Uhr wurde Oslo auf dem Seeweg erreicht und die Truppen der 163. Infanteriedivision konnten an Land gehen, nachdem deutsche Luftlandetruppen die Hauptstadt bereits am Vortag erreicht hatten. Trotz einer schlechtwetterbedingten Verzögerung konnten sie den Flugplatz von Fornebu am 9. April um 8.10 Uhr ohne grosse Gegenwehr unter ihre Kontrolle bringen. Anschließend marschierten sie in Oslo ein, das sich am Mittag des 9. April in deutscher Hand befand. Dank dieser Verzögerung gelang es der norwegischen Regierung, in den Norden zu fliehen, von wo aus sie zum



Die Deutschen landen in Norwegen.

Quelle: Edi Bauer, «La dernière guerre», Grange Batelière, Paris, 1973, S. 188



Der norwegische Hafen von Narvik am 13. April 1940.

Quelle: Edi Bauer, «La dernière guerre» Grange Batelière, Paris, 1973, S. 209



Das deutsche Vorrücken per Bahn erlaubte es, von Oslo aus rasch die entlegenen strategischen Punkte Norwegens zu erreichen.

Quelle: Edi Bauer, «La dernière guerre» Grange Batelière, Paris, 1973, S. 193

Mit dem Ziel, die Deutschen zurückzuschlagen, starteten die Alliierten eine Operation im Raum Trondheim. Zwischen dem 14. und 17. April landeten Truppen nördlich und südlich des Hafens, um die Stadt in die Zange zu nehmen. Sie mussten den Sektor aber bereits in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai wieder räumen, nachdem die Deutschen – unterstützt von dauern- den Angriffen aus der Luft – auf dem Land von Süden her anrückten. Mit dem Abzug der Alliierten stand der Wehrmacht der Landweg Richtung Norden offen.

Am 14. April wurden starke alliierte Kräfte 60 Kilometer vor Narvik an Land gesetzt, die zwei Wochen später in die Stadt eindrangen. Nachdem das Deutsche Reich am 10. Mai seinen Feldzug gegen Frankreich ausgelöst hatte, sank die Bedeutung des Kriegsschauplatzes Norwegen für die Alliierten stark. Mitte Mai wurde ein Regiment der 2. Gebirgsdivision als Verstärkung



Deutsche Fallschirmjäger werden bei Narvik abgesetzt.

Quelle: «Der Zweite Weltkrieg, Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH», Gütersloh, 1976, S. 170

bewaffneten Widerstand aufrief. Die Besetzung der Mobilmachungsplätze durch deutsche Streitkräfte machte diese Drohung indessen weitgehend wirkungslos.

Der Flugplatz von Sola wurde von Fallschirmjägern genommen. Anschliessend besetzten luftransportierte Truppen der 69. Infanteriedivision den Hafen von Stavanger, sodass der Bereich gesichert und der Flugplatz den deutschen Streitkräften zugänglich gemacht werden konnte. Die ersten Kampfflugzeuge setzten noch am 9. April auf.

Die Kriegsschiffgruppe 6 mit den Truppen der 69. Infanteriedivision konnte Egersund ohne Zwischenfälle besetzen.

Am frühen Nachmittag des 9. April hatten die deutschen Streitkräfte jeden im Operationsplan vorgesehenen Landungspunkt unter ihrer Kontrolle.

Gemäss Plan, aber entgegen dem Rat von Grossadmiral Raeder, mussten die deutschen Kriegsschiffe nun in den Fjorden verbleiben, um das Heer mit Artillerie zu unterstützen, und zwar solange, bis dieses versorgt sein würde.

Fortsetzung des Feldzuges

Zwischen dem 10. und 13. April versenkte die britische Marine in der Gegend von Narvik 10 deutsche Zerstörer (die Hälfte der Zerstörer der Kriegsmarine).

Ungewöhnlich war, dass die Segefechte in einem Fjord stattfanden. Die Stadt selbst befand sich unter deutscher Kontrolle, während die Royal Navy die Fjorde und die Hafenzugänge kontrollierte.

Im Grossen und Ganzen gesehen, hatte sich die deutsche Wehrmacht erfolgreich am Boden festsetzen können und die deutsche Luftwaffe beherrschte (von den eroberten Flugplätzen aus) den Luftraum. Die Royal Navy hingegen kontrollierte nach wie vor das Meer entlang der Westküste Norwegens. Die ganze deutsche Versorgung (Personal, Material, Treibstoff und Munition) wurde deshalb via Südnorwegen auf dem Seeweg herangeschafft, weiter nach Norden aber auf dem Land- und Luftweg transportiert. Anzumerken ist, dass die deutschen U-Boot-Gruppen weniger Erfolg hatten als erwartet. Dies vor allem wegen wiederholter Fehler bei der Zündung der Torpedos.

Die deutsche Kontrolle der Nordregionen war relativ schwach. Die kontrollierte Zone im Süden dagegen wurde rasch ausgeweitet, was ein Vorstoßen der Truppen Richtung Norden ermöglichte. Das Ziel bestand hierbei in der Herstellung einer Verbindung zu den Brückenköpfen Bergen, Trondheim und Narvik. Die ersten Verstärkungen auf dem Landweg erreichten Trondheim am 29. April und Narvik am 13. Juni.

Buchbesprechung

für die deutschen Truppen mit Fallschirmen abgesetzt. Die britische Armee wurde zwischen dem 4. und 8. Juni aus Narvik abgezogen. Der Norwegen-Feldzug war beendet. Zwei Tage später, am 10. Juni 1940, kapitulierte Norwegen.

Schlussbemerkungen

Das Unternehmen «WESERÜBUNG» gilt als erste richtige Joint Operation. Allein schon deshalb ist sie eine Studie wert. Obwohl die von den Alliierten für Skandinavien geplanten Operationen bei der Wahl der potenziellen Landeorte, beim Einsatz von Kriegsschiffen als Transportmittel und bei der Wahl des Zeitfensters augenfällige Ähnlichkeiten mit den deutschen Planungen aufweisen, erwiesen sich letztere insgesamt gesehen doch als entschieden kühner. Das deutsche Konzept stand im Gegensatz zur zeitgenössischen Lehre des klassischen Seekrieges, welche zur erfolgreichen Durchführung einer Landung die vorgängige Kontrolle der See forderte. Der deutsche Plan setzte demgegenüber primär auf das Moment der Überraschung und kompensierte damit die fehlende Überlegenheit zur See.

In der Operation «WESERÜBUNG» wurden Elemente des Heeres, der Luftwaffe und der Marine in engem Zusammenwirken auf verschiedene geografische Ziele angesetzt. Die im Operationsplan festgelegten Primärziele wurden allesamt am ersten Operationstag erreicht.

Zweifellos wurde die Lage im Sektor Narvik kritisch. Der Feldzug hätte unter Umständen anders verlaufen können, wären die alliierten Truppen nicht infolge des deutschen Angriffs auf Frankreich abgezogen worden. Der Verlust zahlreicher Kriegsschiffe schwächte die Kampfkraft der deutschen Kriegsmarine empfindlich, was sich im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges für deren Seekriegsführung ausgesprochen negativ auswirkte.

Das Unternehmen «WESERÜBUNG» wies zahlreiche Merkmale moderner Operationsführung auf:

- eine Operation, die von einem Stab des Heeres zusammen mit Vertretern der verschiedenen Teilstreitkräfte geplant wurde (in einer ersten Phase mit einem Joint Stab);
- eine klare Befehlhierarchie und eine Trennung zwischen strategischer, operativer und taktischer Ebene;
- Absicht zur Schaffung eines einheitlichen Kommandos zur Führung der teilstreitkräfteübergreifenden Operation (was aber wegen des Widerstandes einzelner Oberbefehlshaber von Wehrmachtsteilen nicht umgesetzt werden konnte);

Kaj-Gunnar Sievert
**Kommandounternehmen:
 Spezialeinheiten im weltweiten
 Einsatz.**
 Verlag E.S. Mittler & Sohn, Hamburg
 2004.
 ISBN 10: 3813208222,
 ISBN 13: 9783813208221

d'un pilote américain durant les frappes aériennes de l'OTAN sur la Bosnie, en passant par le Moyen-Orient et les Malouines.

Écrit par un spécialiste, lui-même ancien commandant de la cp éclr pch 17, cet ouvrage décrit ainsi avec un grand nombre de détails les décisions, les plans, les préparatifs et l'exécution de chaque opération. Fondées sur une importante documentation, mais aussi éclairées par les contacts personnels de l'auteur, ces études de cas comportent également une analyse qui explique le résultat de l'action et qui évalue le comportement des parties impliquées.

Certaines opérations sont célèbres, comme la libération des otages israéliens à Entebbe en 1976, et ont déjà fait l'objet de nombreux écrits ; d'autres sont moins connues, comme le premier raid manqué sur l'usine d'eau lourde en Norvège, en 1942. Mais toutes sont décrites **avec la même rigueur et avec la même précision**, qui font de ce livre une référence pour tous ceux qui s'intéressent aux unités spéciales, à cette composante aujourd'hui normale des armées modernes.

Colonel EMG Laurent Michaud*

Les forces spéciales sont souvent présentées sous leurs aspects spectaculaires, à travers leurs actions les plus audacieuses. Pourtant, derrière le mythe se cachent des hommes spécialement sélectionnés, équipés et entraînés pour accomplir des actions à haut risque, mais dont le succès ou l'échec ne doivent rien ou presque au hasard.

C'est le monde réel des opérations spéciales que dévoile le major Kaj-Gunnar Sievert dans son dernier livre, à travers 11 études de cas allant de 1941 à 1995, des raids sur la côte française occupée de la Seconde guerre mondiale à la récupération

*Laurent Michaud, Colonel EMG, Berufsoffizier, Kdt Gren Schulen, 6810 Isone.

- unabhängige Kampfgruppen, die teilstreitkräfteübergreifend handeln (Truppen aus Marine, Luftwaffe und Heer);
- eine grosse Autonomie, welche den verschiedenen Kampfgruppen eingeräumt wurde und welche eine Führung mit Zielvorgaben (Auftragstaktik) ermöglichte;
- geplante psychologische Kriegsführung und Informationsoperationen zur Unterstützung des Feldzuges;
- ein die rasche Entscheidung anstrebendes operationelles Konzept (im Sinne der wirkungsorientierten Operationsführung) anstelle eines schulmässigen, entlang durchgehender Frontlinien schrittweise durch das feindliche Territorium geführten Feldzuges; d.h., das Schwergewicht lag eher beim Manöver als auf der Abnützung.

Das Unternehmen «WESERÜBUNG» war eine in Raum und Zeit klar begrenzte Operation. Ihre Unabhängigkeit von anderen Feldzügen auf operativer Ebene erleichtert eine gesamtheitliche Betrachtung. Als didaktisches Werkzeug trägt sie darüber hinaus dazu bei, das Wesen und die Merkmale einer Joint Operation sowie die für die Planung auf operativer Stufe wesentlichen Elemente zu verstehen.

Die *Military Power Revue* ist ein offenes Forum. Sie fördert das Studium und die Diskussion aktueller sicherheitsrelevanter Themen, insbesondere in Bezug auf die Anwendung militärischer Macht.

Die *Military Power Revue* unterstützt die Armee

- mit Beiträgen zur sicherheitspolitischen Debatte
- in der Förderung des nationalen und internationalen Dialoges sowie
- bei der Entwicklung von Doktrin und Konzepten

La *Military Power Revue* constitue un forum ouvert. Elle est destinée à encourager l'étude et la discussion sur des thèmes actuels de politique de sécurité, en particulier ceux liés à la mise en œuvre de la puissance militaire.

La *Military Power Revue* apporte une contribution

- au débat en matière de politique de sécurité,
- à la promotion du dialogue national et international,
- aux réflexions doctrinales





Vorwort des Chefs der Armee

«L'histoire nous montre que l'Etat, s'il veut être capable d'agir sur le destin de la Nation, s'il veut compter de par le monde, l'Etat doit disposer d'une force militaire, mais d'une force militaire utile.» Dieser Satz vom französischen General Vincent Desportes zeigt, dass die Frage der Aufstellung militärischer Kräfte den Aufträgen einer Armee angepasst sein muss. Obwohl die Aufträge unserer Armee definiert und vom Parlament bzw. Volk genehmigt worden sind, werden sie als Ganzes oder bezüglich ihrer Gewichtung aufgrund kurzlebiger Umstände wiederholt in Frage gestellt.

Den «Vaterländischen Krieg» des 20. Jahrhunderts werden wir in absehbarer Zeit nicht erleben. Heute beunruhigen uns eher strategische Kriege um Ressourcen, terroristische Anschläge, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder die Organisierte Kriminalität. Diese Bedrohungen vermögen die westlichen Industriegesellschaften immer wieder zu destabilisieren. Sie werden aber kaum in der Lage sein, die staatliche Ordnung zu gefährden. Allerdings ist ihr Einfluss auf die Struktur von Streitkräften gross. Die klassische Rolle der Armeen wird in gewissen Kreisen sogar in Frage gestellt. Andere bezweifeln, ob sie Aufgaben im Rahmen internationaler Verpflichtungen übernehmen soll. Muss eine Armee sich deswegen vollkommen leugnen und ihre Kernkompetenzen aufgeben? Muss sie deswegen die Rolle des einzelnen Soldaten in den Streitkräften überdenken? Mit diesen Fragen müssen auch wir uns auseinandersetzen, vom «miles protector» bis zum «privaten Soldaten» gibt es vielfältige Lösungen.

Als Herausgeber der *Military Power Review* (MPR) wünsche ich mir, dass solche und andere Ansätze zur Sprache kommen. Diese Zeitschrift ist eine ideale Plattform, um die nötigen Diskussionen zu führen, um Anregungen zu machen, um die Kreativität zu fördern, um über Unkonventionelles zu sprechen und auch um einen Blick über die Landesgrenzen hinaus zu wagen. Mehrsprachigkeit der *Military Power Revue* erlaubt es uns auch, eigene Ideen mit solchen aus dem Ausland anzureichern oder zu vergleichen. Sie wird dort gelesen und ausländische Autoren wollen bei uns publizieren. Ich schätze diese Möglichkeit sehr und unterstütze aus Überzeugung die MPR. Ich ermuntere unsere Leser, das Forum zu nutzen und ihre wertvollen Beiträge in der MPR zu veröffentlichen. Der Ideenaustausch und die Bereicherung durch intellektuelle Anreize ist ein unerlässliches Mittel für jede Institution – im Besonderen aber für eine Armee, die sich tendenziell immer auf die vergangenen Kriege vorbereitet.

Auch die Schweizer Armee wird von Volk und Politik hin und wieder in Frage gestellt. Nicht zuletzt haben wir es mit dem Entwicklungsschritt 08/11, aber auch mit der Abstimmung vom 24. Februar 2008 erlebt. Eine Annahme dieser Initiative hätte faktisch die Abschaffung der Luftwaffe bedeutet. Damit wären nicht nur die Lufteinsätze der Armee in Frage gestellt worden, sondern auch die Wirksamkeit der Armee als Ganzes und somit der Souveränität unseres Landes.

Die Militärtauglichkeit der Konzeption *Neue Schweizer Armee* und des Entwicklungsschrittes 08/11 ist verschiedentlich bezweifelt worden. Diese Neuerungen in der Armee und die nachfolgenden Anpassungen sind für Kader und Truppe rasch erfolgt und daher kaum verkraftbar. Daher setze ich die ersten Jahre meines Amtes unter das Motto **Konsolidierung**. Die wichtigen Änderungen, die durch das Parlament beschlossen wurden, müssen jetzt umgesetzt werden, bevor weitere Anpassungen ins Auge gefasst werden.

Ich habe fünf Punkte definiert, die diesen Umständen Rechnung tragen. Diese sind:

1. Als Chef der Armee und als Staatsbürger stehe ich vorbehaltlos zur Milizarmee. Ich vertraue dem Bürger in Uniform voll und ganz. Unser Land braucht eine starke und glaubwürdige Milizarmee. Ich will dazu beitragen, dass die Armee wieder ein selbstverständlicher Teil der Schweizer Gesellschaft wird.

2. Die neue Schweizer Armee entwickelt sich seit vier Jahren in die richtige Richtung. Weltpolitisch-strategische Entwicklungen oder auch Tagesaktuallitäten scheinen diesen Weg aber immer wieder in Frage zu stellen, führen zu Unruhe und verleiten zur Symptombekämpfung. Es geht jetzt darum, die Armee zu konsolidieren. Wo wir auf dem richtigen Weg sind, gilt es zu vertiefen und, wo nicht, zu korrigieren. Dafür brauchen wir Zeit. Ich will nötige Verbesserungen und Optimierungen entschlossen angehen. Zum Beispiel beim Kadernachwuchs, bei den Berufsmilitärs, bei der Doktrin oder bei den Auslandseinsätzen. Konsolidieren bedeutet nicht Stillstand, sondern kontinuierlich verbesserte Qualität und schlankere Prozesse.

3. Mit dem Personal, der Logistik, den Unterstellungen im Heer und der Kommunikation habe ich Handlungsfelder festgelegt, wo ich rasch Verbesserungen erzielen will. Die Massnahmen, die in diesen Feldern ergriffen werden, sollen die aktuellen Missstände beseitigen und wieder Ruhe in das System einbringen.

4. Mensch – Leistung – Weg. Das ist mein persönliches Leitmotiv für mein erstes Jahr als Chef der Armee. Zum Menschen: Ich will im Bewusstsein handeln, dass Konzepte ohne Menschen Papierträger bleiben. Ich will Ziele setzen, Spannungen aushalten, Beziehungen pflegen und Vertrauen schaffen; beim militärischen und zivilen Berufspersonal, in der Politik und bei der Miliz. Zum Begriff Leistung: Der von Parlament und Bundesrat beschlossene Entwicklungsschritt für die Jahre 2008 bis 2011 muss jetzt umgesetzt werden. Es geht um eine Anpassung der Armee an die modernen Gefahren, deren Bewältigung mehr Infanterie nötig macht. Diese Anpassungsleistung an die modernen Gefahren und an das veränderte Gefechtsfeld müssen wir erbringen, wenn wir es mit unserer Glaubwürdigkeit ernst meinen. Schliesslich zum Weg: Auftragstreue und Selbstverantwortung bilden die Leitplanken für den gemeinsamen Weg. Unsere Vision «Sicherheit und Freiheit, Schweizer Armee» bietet Freiraum für Eigeninitiative im Sinne des Ganzen, bietet den Freiraum, welchen die Auftragstaktik auch benötigt.

5. Das Ordnungsprinzip. Ordnung ist die «conditio sine qua non» für unsere Milizarmee. Ich habe mich stets bemüht, Ordnung vorzuleben und einzufordern. Diesen Beitrag zur Erziehung muss die Armee leisten, wenn sie dem Wehrmann Waffen, Geräte und Fahrzeuge und den Chefs Menschen anvertraut. Wir führen diese Armee und wir halten Ordnung. Jeder hält in seinem eigenen Bereich Ordnung. Das braucht viel Kraft. Das braucht Mut. Aber dazu gibt es keine Alternative.

Ich freue mich auf die künftigen Aufsätze in der *Military Power Revue* und auf Ihre bereichernden Beiträge. Die intellektuellen Auseinandersetzungen zur künftigen Armee sind ein nicht zu unterschätzendes Element dieses wichtigen sicherheitspolitischen Instrumentes unseres Landes.

KKdt Roland Nef, Chef der Armee

Editorial

Das Schweizervolk hat mit der deutlichen Ablehnung der Initiative Weber vom 24. Februar 2008 einmal mehr bewiesen, dass es zu seiner Armee steht. Es hat die Stossrichtung der Initiative, die bei einer Annahme zur Schwächung des wichtigsten sicherheitspolitischen Instrumentes unseres Landes – der Armee – geführt hätte, klar durchschaut. Da haben auch die noch so vehementen Dementis der Initianten nichts genützt, die schwammig und naiv, teils verlogen meinten, es würden in jedem Falle weiterhin Übungsflüge in der Schweiz möglich sein. Fragwürdig und eindeutig gegen die Armee gerichtet war insbesondere die massive Kritik an der angeblichen Luftverschmutzung durch die F/A-18, als ob die paar hundert Flüge pro Monat gegenüber den Tausenden von zivilen Überflügen über der Schweiz ins Gewicht fallen würden.

Es wäre allerdings trügerisch, sich jetzt zurücklehnen zu wollen. Die nächsten Vorfälle, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes, anderer Interessen oder aber frontal gegen die Armee gerichtet, werden folgen. In Kürze werden wir dies am rauen Gegenwind gegen die Beschaffung der als Teilersatz für die veralteten F-5E Tiger gedachten neuen Kampfflugzeuge zu spüren bekommen. Es wird wichtig sein, dass das VBS rechtzeitig die potenziellen Gegner einbindet und die Öffentlichkeit sachlich, innovativ und nachvollziehbar informiert. Es muss verständlich und emotionslos kommuniziert werden, weshalb die Luftwaffe total rund 60 Maschinen braucht, wenn über längere Zeit unser Luftraum geschützt werden soll.

Diesbezüglich ist der Artikel von Jürg Studer von besonderer Aktualität. Er geht auf die laufenden Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld ein und versucht, daraus die Anforderungen an eine zukünftige Luftwaffe abzuleiten. Die Fragen nach der zukünftigen Rolle der Luftstreitkräfte unter besonderer Berücksichtigung der Schweizer Luftwaffe sowie nach den erforderlichen Mitteln sind weiter Gegenstand seiner Ausführungen.

Die vorliegende MPR bietet vier weitere beachtenswerte Aufsätze:

Patrick Cronin, bis vor Kurzem beim renommierten International Institute for Strategic Studies (IISS) in London tätig, heute der Direktor des INSS an der National Defense University (NDU) in Washington, D.C., diskutiert in seinem lesenswerten Beitrag den zukünftigen Kurs der amerikanischen globalen Sicherheitspolitik.

Bernard Wicht hat bereits in seinem Beitrag in der Military Power Revue Nr. 1–2007 eine gründliche Analyse der neuen strategischen Herausforderungen der Gegenwart vorgeschlagen. Im vorliegenden zweiten Teil setzt er seine analytische Suche nach Ant-

worten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt unkonventioneller Kriegsformen, fort.

Dieter Baumann untersucht in seinem Beitrag die Armeeaufträge aus militärethischer Sicht. Als Berufsoffizier und Theologe ist er dazu bestens prädestiniert. Im ersten Teil legt er dar, was unter militärethischer Sicht zu verstehen ist, im zweiten und dritten Teil werden daraus abgeleitete Armeeaufträge formuliert und einige Konsequenzen für Armeen und Soldaten gezogen.

Jean-Paul Theler zeichnet für den historischen Artikel in dieser Ausgabe verantwortlich. Er untersucht eine Operation der deutschen Wehrmacht, die häufig als eine der ersten Joint Operationen bezeichnet wird. Am Beispiel der deutschen Offensive von 1940 gegen Dänemark und Norwegen unter der Bezeichnung «Weserübung» erläutert er den allgemeinen Kontext und stellt den Operationsplan primär unter Verwendung moderner Begriffe dar.

Mit dieser ersten Ausgabe der Military Power Revue 2008 begrüssen wir herzlich den neuen Chef der Armee, Korpskommandant Roland Nef, der in seiner Funktion auch der offizielle Herausgeber unserer Zeitschrift ist. Er vertritt klar die Auffassung, dass auch die intellektuelle Auseinandersetzung mit Fragen der Sicherheit und der Armee zum Pflichtenheft einer Armee gehört. Die Military Power Revue ist nicht ein Sprachrohr des VBS, wie gelegentlich kolportiert wird. Es ist ein Forum, das allen Autoren mit substantiellen Beiträgen offensteht. Die vergangenen Artikel der MPR belegen, dass deren Verfasser mehrheitlich externe sind, auch solche aus dem Ausland. Die Mehrsprachigkeit der Revue soll zudem den Dialog über unsere Grenzen hinwegtragen und die Vielfalt bereichern. Wir sind stolz, dass diese Möglichkeit rege benutzt wird.

Wir wissen es, die Armee verändert sich. Wir möchten wissen, ob und wie weit dies Anpassungen und/oder Veränderungen in der Öffentlichkeitsarbeit erfordert. Entsprechend werden die an der MPR beteiligten Partner – der Bereich Verteidigung des VBS als Herausgeber, die Verantwortlichen der ASMZ (SOG) und des Schweizer Soldat (Verlagsgenossenschaft des Schweizer Soldat) – im Verlaufe des Jahres über die zukünftige Ausrichtung und Koordination der Berichterstattung in den führenden militärischen Medien sprechen. Falls erforderlich werden wir danach die erforderlichen Anpassungen spätestens auf Beginn 2009 vornehmen.

Nun wünsche ich Ihnen eine informative Lektüre mit der neuen Military Power Revue und hoffe, dass der eine oder andere Artikel Ihr Interesse findet.

Jürg Kürsener

Recalibrating America's Global Security Role

Today's global security environment is fraught with an array of dangers including Islamist extremism, irregular warfare, nuclear proliferation, and fragile states. Military power may, in concert with other instruments of statecraft, be indispensable for grappling with these complex international challenges. But which actors and institutions have the political will and military capacity to address these risks?

Patrick M. Cronin, Katrin Heuel*

As noted German journalist Josef Joffe and other commentators have written, only the United States – loathed as it may be in some quarters today – is in a category of one when it comes to global military capabilities. British historian Sir Michael Howard reached the same conclusion, when he wrote “The rest of us still need to accept that the United States is the only nation that has both the capacity and the will to project military power when it is needed to maintain order in what is still a very turbulent world.”¹ Unfortunately, the United States has had difficulty in translating its power into influence, in part because in recent years it has often been perceived as contributing to instability more than resolving it.

The Cost of Preponderance

Although some may see America's military preponderance more as a liability than an asset, the inescapable fact is that in 2006 the United States spent 50 percent more on defense than China, Japan, India, Russia, France, Germany, Italy, and the UK combined. The total Department of Defense budget for fiscal year 2007 amounts to more than \$600 billion to date, when one adds supplemental funding related mostly to operations in Iraq and Afghanistan.² Nor is this discrepancy in levels of defense expenditure likely to change in the foreseeable future. Indeed, U.S. defense spending next year should easily surpass this year's total, given the \$483 billion budget for regular operations and a \$142 billion supplemental request for current operations.³

The United States is not merely the world's pre-eminent military spender; it is also the leading contributor when it comes to deploying “boots on the ground” in conflict and peacekeeping zones. In addition to the more than 165,000 troops deployed to Iraq, the United States also had more than 23,400 troops deployed in Afghanistan

and other hotspots in 2006 – even before the recent surge in Iraq. The next highest contributors – European countries such as the UK (with more than 14,300 troops), France (nearly 10,000), and Germany (more than 8,500) – provide troops in greater numbers to peacekeeping missions but, with the exception of the UK, far fewer to the most contested conflict zones of Iraq and Afghanistan. Moreover, many of these forces, such as those in Afghanistan, are confined to more permissive environments

It is also the leading contributor when it comes to deploying “boots on the ground” in conflict and peacekeeping zones.

rather than the centre of the fighting. Other countries, especially from South Asia, contribute large numbers of troops to United Nations peacekeeping missions (e.g., India provided more than 8,900 troops to UN missions in 2006), but few deploy the kind of front-line combat forces that seem to be in such short supply today.⁴

These numbers provide some empirical evidence to support the claims that the United States continues to be the dominant military power on the international stage. But dominance is not what it used to be; the ability of military power to address

modern security challenges is open to debate, and America has had a difficult time translating its preponderance into influence. There is a correlation between the recent diminution of U.S. influence and its declining levels of support, as indicated in numerous polling data. For instance, according to a survey released by the Ger-

The ability of military power to address modern security challenges is open to debate.

man Marshall Fund of the United States in September 2007, support for U.S. leadership in world affairs has, since 2002, decreased by 30 percent from 68 per cent down to 38 per cent in Germany, 26 percent in Italy and 22 percent in Britain.⁵ Factors attributed to causing this decline include a series of issues associated with America deviating from broadly accepted liberal Western values, including allegations of secret CIA prisons, the war in Iraq, and

¹ Michael Howard, “Keeping Order in a Global Society,” in *Liberation or Catastrophe: Reflections on the History of the Twentieth Century* (London: Hambledon Continuum, 2007), p. 197. See also Josef Joffe, *Überpower: The Imperial Temptation of America* (New York: Norton, 2007).

² Pat Towell, Stephen Daggett, and Amy Belasco, “Defense: FY2008 Authorization and Appropriations,” CRS Report for Congress, updated September 17, 2007, p. 4.

³ “Defense: FY2008 Authorization and Appropriations,” *ibid.*, p. 14.

⁴ Numbers taken from “The Military Balance 2007” (London: Routledge 2007).

⁵ German Marshall Fund of the United States, “Transatlantic Trends,” at www.transatlantic-trends.org, accessed on September 21, 2007.

Table 1: Defence spending by the US, China, India, Russia and the EU 4 (France, Germany, Italy, and UK), 1997–2007 (In US Billions)

	1997	2001	2006	2007*	Total 2001–2007
United States	272	304	535	611	3157
EU 4 (France, Germany, Italy, and UK)	115.9	98.6	153.6	165.1	918
Japan	40.9	40.3	41.1	40.7	294
China (official budget)	9.7	17	35.3	44.9	194
India	12.8	15.5	22.3	21.7	133
Russia	64	7.5	24.9	32	116

Source: “Military Balance,” 1998–2007. Numbers are rounded.

*Dr. Patrick M. Cronin is Director of Studies and Editor, *Adelphi Papers*, at the International Institute for Strategic Studies in London.

Katrin Heuel is a Research Analyst at the IISS in London. This article is based on research they are conducting for an IISS project examining America's future security role.

*The 2007 numbers represent estimates. Except for the following countries, the numbers for 2007 are taken from “Military Balance 2007.” **USA:** Gordon Adams, Iraq's Sticker Shock, *Foreign Policy*, Mar/Apr 2007, Issue No.159, p. 34; **China:** Associated Press, “China says defence budget authentic, hotline with US military likely,” June 2, 2007, at <http://www.iiss.org/whats-new/iiss-in-the-press/june-2007/china-says-budget-authentic-hotline-likely>, accessed on July 7, 2007; **India:** Associated Press, “US, India, China to dominate Asia-Pacific defense meet in Singapore,” May 31, 2007, at <http://www.iiss.org/whats-new/iiss-in-the-press/may-2007/us-india-china-to-dominate-defense-meet>, accessed on July 7, 2007.



Aircraft carriers are important assets in the United States's global security role. This F/A-18 C of Strike Fighter Squadron 37 belongs to the carrier USS Harry S. Truman currently conducting maritime security operations in the Persian Gulf.

Photo: Jürg Kürsener

concerns about human rights at the U.S. detention camp at Guantanamo Bay. Today, only slightly more a third (36 percent) of all Europeans thinks U.S. leadership in world affairs is desirable; a majority (58 percent) of Europeans regards it as undesirable.⁶ Similarly, Pew Research Center polling found that, out of 47 countries surveyed, 26 have a less favorable image of the United States today than several years ago.⁷ A third poll suggests that increasing numbers of Europeans see the United States as part of the problem of international security rather than identifying the United States as the solution to today's challenges. The June 2007 Harris Research survey for the *Financial Times* found that 32 percent of the respondents in five European countries (France, Germany, Italy, Spain, and the UK) regard the United States as a bigger threat than any other state.⁸ In contrast, only 17 percent identified Iran as the biggest threat.⁹

In short, the United States is incapable on its own of achieving its desired security results, not least because of the recent rupture to its moral legitimacy amongst some of its closest allies, especially in Europe. These developments have left America

The United States is incapable on its own of achieving its desired security results.

behind the curve when it comes to building effective military coalitions, forging an international political consensus, and deterring or confronting complex adversaries. As Michael Howard observes, "American power is indispensable for the preservation of global order, and as such it must be recognised, accommodated, and where possible supported. But if it is to be

Table 2: Contributions to Peacekeeping Missions

# Country	Total Ground Forces (Active)	TOTAL Ground Forces deployed	Total Non-UN	TOTAL UN	Percentage of troops deployed relative to country's total ground forces (rounded)
1 United States	782,607	192,920	192,870	50	25%
2 United Kingdom	104,980	14,159	13,870	289	13%
3 France	133,500	10,349	8,475	1,874	6%
4 India	1,100,000	8,921	0	8,921	8%
5 Germany	160,794	8,785	7,791	994	5%
6 Italy	112,000	7,682	6,070	1,612	7%
7 China, PR	1,600,000	1,483	0	1,483	14%
8 Russia	395,000	3,580	3,365	215	0.9%
9 Japan	148,300	0	0	0	0.8%

Source: "Military Balance 2007"

Numbers for UN and UN-deployments for 2006 as listed in Military Balance 2007.

effective, it needs to be seen and legitimized as such by the international community."¹⁰ Clearly the United States cannot be influential when so many of its allies see it as the world's principal threat to global peace.

Questions About U.S. Sustainability

Of course, even when a new U.S. administration achieves power in 2009, it will require more than repairing the damage to America's tarnished international image to create effective military and security responses to future challenges. There is, after all, good reason to ponder the sustainability of American expenditures on defense and security. The degree to which the United States has taken a kinetic or military approach to post-9/11 security has been expensive. The so-called "war on terror" cost the United States more than 600 billion dollars between 2001 and 2007.¹¹ Others have labelled Iraq a "billion dollar war" so far. Budget analyst Gordon Adams calculates that the United States will have spent \$3,204 billion on defence since 2001.¹² Although some analysts may be satisfied to argue that historically, the United States can easily afford to spend more than 3 or 4 percent of its gross domestic product on defense, they seldom factor in the onset of a retiring baby boom generation that will create a large increase in fixed pension and health budgets.

Another issue that casts doubt on the sustainability of America's current defense posture is that U.S. forces, especially its ac-

U.S. forces, especially its active and reserve ground forces, are stretched to the limit.

tive and reserve ground forces, are stretched to the limit. Even though few believe the United States has sufficient numbers of ground forces, as well as sufficient numbers

⁶ *Ibid.*

⁷ The Pew Global Project Attitudes Project, "Rising Environmental Concern in 4 – Nation Survey. Global Unease with Major World Powers," June 27, 2007, at www.pewglobal.org, p. 1. The survey covers 47 countries in Europe, Asia, and the Middle East and was conducted in April and May of the year 2007.

⁸ "Europeans See US as Threat to Peace," *Financial Times*, July 1, 2007.

⁹ *Ibid.*

¹⁰ Howard, *ibid.*, p. 198.

¹¹ Amy Belasco, "The Cost of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11," CRS Research Service, September 22, 2007, p. 4.

¹² Gordon Adams, "Iraq's Sticker Shock," *Foreign Policy*, Mar/Apr 2007, Issue No.159, p. 34.

of ground forces properly trained for complex irregular warfare, the United States cannot seem to sustain even its current numbers of troops. U.S. Army policy is to deploy troops into an operational theatre for no more than one year at a time and to allow time between deployments of at least two years for active-duty soldiers. But presently Army units are being deployed in Iraq for longer tours of duty and are being sent back after shorter periods at home than the service's policy calls for.¹³ However, to sustain the number of personnel currently deployed in Iraq, Afghanistan, and related theatres, the Army has had to deploy units for 15 months at a time and units are being returned to the combat areas so quickly that some units' time back home is no longer than their previous deployment.¹⁴

Not surprisingly, the new Chairman of the Joint Chiefs of Staff identifies fixing the ground forces as priority number one. Admiral Mike Mullen's initial guidance calls for investigating "the true health of our

New asymmetrical threats call for different kinds of warfighters, mission systems and strategies.

ground forces." He highlights the need for resetting, reconstituting and revitalizing the ground forces: "We must rapidly mitigate the toll our current pace of operations is taking on them, our equipment, and our ability to respond to other crises and contingencies. We must recognize that new



Strategic bombers such as this B-2 from 509th Bomb Wing are important instruments for the political-military leadership of the United States of America. This stealth aircraft is refuelling at Hickam AFB, Hawaii, on its way to Guam.

Photo: US DoD

asymmetrical threats call for different kinds of warfighters, mission systems and strategies."¹⁵ Because both U.S. interests and international order hinge on an effective American global security role, U.S. Armed Forces must be prepared to operate across a range of different missions, both conventional and unconventional, and ongoing conflicts are taking a toll on a finite fighting force.

America has undeniably lost influence in the past five years. Support for the United States leadership on security issues has plummeted in Europe, the Middle East and other parts of the world. Even American

America has undeniably lost influence in the past five years.

power, while still unsurpassed, is heavily leveraged, with its armed forces stretched to meet commitments to the ongoing conflicts in Iraq and Afghanistan and wondering how to sustain the heightened tempo of operations for a "long war." But if America were not able to provide a leading role in redressing future major challenges to world order, which country or set of countries or institutions would be able to take decisive action in a crisis? Unfortunately, the alternatives range from nonexistent to problematic.

Alternative Centers of Power

Europe is the most obvious alternative power center, and the current heads of

government in Berlin, Paris and London have hinted at a reinvigorated Europe with some fresh ideas and in some cases bold expressions about the role that European

Europe is the most obvious alternative power center.

nations, both individually and as part of the European Union, can play in addressing both traditional and non-traditional security challenges. With his mandate for change and proto-American tendencies, Nicolas Sarkozy appears to have French power on the Continent working in alignment with rather than in competition to American power, perhaps for the first time since the creation of the Fifth Republic.

France appears as serious as the United States in averting Iran's possible acquisition of nuclear weapons.

Indeed, France appears as serious as the United States in averting Iran's possible acquisition of nuclear weapons. French President Nicolas Sarkozy has pointed out the catastrophic choice between "an Iranian bomb or bombing Iran," and Foreign Minister Bernard Kouchner suggested that the international community should prepare for the worst – the possibility of war with Iran. At the same time, Britain remains focused on the long-haul in Afghanistan (although not necessarily in Iraq) and Germany has steadily enhanced its role

Germany has steadily enhanced its role in international security.

in international security under Chancellor Merkel to include support for peacekeeping in Africa. While a common security and defense policy, spearheaded by a rapid reaction force, remains problematic

¹³ Jim Garamone, "Change in Deployment Policy Aims to Provide Predictability," American Forces Press Service, April 11, 2007, at <http://www.defenselink.mil/news/newsarticle.aspx?n=32774>, accessed on October 2, 2007.

¹⁴ "Defense: FY2008 Authorization and Appropriations," *ibid.*, pp. 3–4.

¹⁵ Admiral M.G. Mullen, *CJCS Guidance for 2007–2008* (Washington, D.C.: The Pentagon, 1 October 2007), p. 3.



A short time after 9/11 the United States sent military forces into Afghanistan to fight at one source of terrorism. Here members of C Company, 1st/32 Battalion, 10th Mountain Division are crossing the Pech River during a mission in Afghanistan.

Photo: US DoD

for the EU, President Sarkozy has expressed a refreshing attitude to the effect that the transatlantic alliance requires overcoming past competition about a strong European pillar and instead concentrate on making the EU more compatible with the North Atlantic Treaty Organization (NATO); white papers to be completed in spring of this year may be early indicators of how far this spirit can be translated into future capability and action.

For all of the concern that Europe lacks a serious military intervention capability, Europe manages to deploy almost half of the number of forces abroad as the United States with less than half of the defense spending. Looking at the European budgets in 2006, the four European countries

Europe lacks a serious military intervention capability.

France, Germany, Italy, and the UK – who would be the most likely candidates to have the capacity to step in to share the burdens of providing international security – boast a total defence budget of \$153.6 billion. In comparison, China's official defence budget for 2006 was just \$44.9 billion, although allowing for purchasing power parity would more than double that official number. The next highest was that of Japan with \$40.7 billion.¹⁶

So, although the European powers would be well in position to assume some

Taliban in Afghanistan – is overwhelmingly unpopular. The German Marshall Fund poll showed that, in fact, some 65 percent opposed combat operations against the Taliban in Afghanistan, where NATO leads a 40,000-strong force. Only 31 percent expressed approval.

Russia under Vladimir Putin saw the revival of Moscow's major-power ambition by wielding an energy weapon – including tacit threats to neighboring European

Russia is partly responding to historical pressures.

countries dependent on Russian gas and oil – as well as shoring up a sagging military and resorting to more short-term realpolitik. Russia is partly responding to historical pressures and also still lashing out in response to a sense of marginalization since the end of the Cold War and the dissolution of the Soviet Union. Even so, Russia's willingness to resolve major international security challenges outside of its immediate sphere of influence is called into question by its ambivalence to join Europe, the United States and, to some extent, even China in cooperating on major issues, such as approving a third round of sanctions in response to Iran's disputed nuclear program.

In the long run, many see China's re-emergence as a global power as offering an alternative to diminishing American clout. Even if such a linear transition between great powers were to take place, and assum-



A M1-A1 Abrams tank of the 3rd Armoured Cavalry Regiment moves through the streets of Mosul, Iraq. As part of their global commitment, the United States invaded the country in 2003 to free its population from Saddam Hussein's regime.

Photo: US DoD

¹⁶ "The Military Balance 2007," *ibid.*



The US armed forces often suffer heavy casualties from mine blasts in Iraq. To reduce the risks during life threatening patrols, the Army is now deploying the new vehicle MRAP which offers much better protection to the crew. Photo: US DoD

ing that China increasingly comes to share Western values embodied in the Enlightenment, certainly for the foreseeable future China is not close to seeking, accepting or receiving the mantle of global leadership on security matters. Its pretensions to global military power remain mostly external interpretations of where China may be heading in the future rather than any declared aspiration on the part of the Chinese Communist Party. China's meteoric rise since Deng Xiaoping opened up China in 1978 has produced impressive economic growth, but progress has also exposed a host of domestic threats from environmental, social, and political causes.

Many see China's reemergence as a global power.

China's increasing interest in playing a global role far surpasses its political will and even its military capacity to play such a role outside of East Asia. At the same time, China's and Asia's continuing dynamism poses a challenge for how to positively integrate Eastern power into a still predominantly Western security framework.

Other emerging power centers such as India, Brazil, South Africa, Japan, Indonesia and even Iran all are flexing their muscle, but none of these states is able to secure peace in its region on its own and, in the case of Iran, peace may be the furthest objective from the minds of some of its clerical leaders.

As all of this underscores that the United States remains unique in its military prowess. Although the world is more multipolar, or perhaps nonpolar, than it is unipolar, there is still no alternative to the U.S. as the world's leading enforcer or policeman. But

it is dangerous to assume that the United States will undertake international security missions simply because others will not or

There is still no alternative to the U.S. as the world's leading enforcer or policeman.

can not do so. The next U.S. administration may seek greater strategic restraint for a variety of reasons, among others to revitalize the U.S. armed forces; to reduce defense spending at a time of rising social

costs; to encourage other powers to shoulder more burdens; to avoid "another Iraq"; or to avoid providing a counterproductive rallying point for terrorists.

The bottom line is that U.S. defense expenditures and military deployments have not effectively secured U.S., regional or international security. Without more burden-sharing and renewed U.S. influence, it is difficult to see how effective approaches to grappling with the major international security challenges of the day will be possible. And yet future security challenges make it easy to develop dire scenarios, especially when one contemplates the "black swans" of low-probability, high-impact events or developments – such as nuclear terrorism or bioterrorism.

Recalibrating America's Global Security Role

To preserve an international capability for responding to security threats, the United States will need to recalibrate its power to repair its legitimacy problem, strengthen relations with allies and coalition members, and develop comprehensive solutions to problems beyond the use of force. The war in Iraq has shown the limits

To resume global leadership it will no doubt require an astute mix of policy instruments.



Four former strategic ballistic missile submarines of the Ohio-class were recently converted to cruise-missile and Special Operation Forces carriers. They each have 154 Tomahawk cruise missiles aboard and thus offer a unique strike power to the operational U.S. commanders worldwide. Photo: US DoD



Deputy Secretary of Defense Gordon England (right) and Marine General James E. Cartwright, Vice-Chairman Joint Chiefs of Staff, watch the successful kill of a satellite from the Command Center at the Pentagon in February 2008. The Standard sea-to-air missile SM-3 was fired from the cruiser USS Lake Erie. Photo: US DoD

Maritime forces from the United States Navy and Coast Guard (such as these vessels in Bahrain), together with forces from the UK, Australia, France, Pakistan, Germany and others, control the Persian Gulf in order to protect Iraqi oil terminals from terrorist attacks.

Photo: Jürg Kürsener

of the United States' dominating military strength. Therefore, to resume global leadership it will no doubt require an astute mix of policy instruments, perhaps what Joseph Nye and Richard Armitage refer to as "smart power" – the more effective blending of military and non-military or hard and soft power.¹⁷

Part of the solution may also be found, not in isolationism and disengagement, but strategic restraint, of managing disorder rather than striving to solve so many of the world's ills – especially quickly and at the same time. Preserving deterrence and bolstering containment certainly allowed the United States to preserve over decades during the Cold War, and analogous approaches may be applicable to the conflict, terrorism and proliferation challenges marring this century's security environment. Pre-emption and regime change will be more, rather than less costly if they are attempted as anything but policies of last resort and, even then, in concert with others.

Another path toward rebuilding U.S. influence is by concentrating on common interests without assuming they provide as much cohesion as the Cold War Soviet threat. As Anne Applebaum of the *Washington Post* has noted: Although the "Transatlantic Survey" of the German Marshall Fund has shown that the faith in the United States by Europeans has weakened, "their perceptions of potential threats are growing ever more similar to ours ... we all worry about ... international terrorism, a nuclear Iran, global epidemics – in almost equal measure."¹⁸ Hence the task for the

¹⁷Richard Armitage and Joseph Nye, CSIS Commission on Smart Power, Center for Strategic and International Studies, at <http://www.csis.org/smart-power>, accessed on October 2, 2007.

¹⁸Anne Applebaum, "Why they don't like us," *Washington Post*, October 2, 2007.





Strategic mobility for U.S. armed forces is an integral part of the national military strategy, including naval and air assets. The C-17 Globemaster II strategic transport aircraft is such an asset. Here a number of C-17s are de-iced at McChord Air Force Base.

Photo: US DoD



As part of its deterrence strategy, the United States still keeps a number of nuclear ballistic missile submarines in its inventory. Here crew members of the ballistic missile submarine USS Louisiana (SSBN 743) screen the surface through their binoculars.

Photo: US DoD

United States lies in the challenge to reconstitute the faith in its leadership it has so dramatically lost over the last four years.

Third, the U.S. should work to restore good will on a variety of issues and through adroit statecraft and diplomacy. This is not to say it will be easy to replenish the good-will deficit. However, the next U.S. administration will receive credit for not having attacked Iraq, and just as President Sarkozy was able to change the French tone towards relations with the United States in very short order, so, too, the next U.S. president should be able to usher in a new spirit of cooperation with Europe and other international partners. The next administration

The U.S. should work to restore good will on a variety of issues and through adroit statecraft and diplomacy.

should be able to regenerate trust in the United States by demonstrating more sensitivity to liberal Western values, supporting established institutions and the rule of law, and actively addressing non-traditional security challenges such as global climate change, resource scarcity and global poverty.

However difficult it may be for the United States to recalibrate its global security role, the alternatives are far more costly. Perhaps the only certainty is that it will be difficult to preserve and enforce the peace in the decade ahead: whether over a new crisis in the Balkans related to Kosovo's independence; whether in the Persian Gulf related to Iran's nuclear program; whether in the Middle East over Israeli-Palestinian security; whether in South Asia related to a rejuvenated Al Qaeda sanctuary in Pakistan's Federally Administered Tribal Areas; whether it is over any or all of these issues, the need for the United States to retain influence through engagement, restraint and cooperation is vital. It is equally vital not just for the United States to work with capable partners in the international community, but to be able to count on them to share responsibilities for them, too. ●

Quelles réponses aux défis stratégiques contemporains (II)

Redécouvrir la contre-guérilla

Poursuivant l'analyse entreprise dans le premier volet (MPR 1/07), il convient de se demander maintenant quelle est la signification de ce retour, auquel on assiste aujourd'hui, de l'individu en tant qu'acteur de la stratégie: du terroriste au militant du black block en passant par le dealer et le sauvage urbain. S'agit-il là seulement d'un épiphénomène de «niveau tactique» – le *swarming* – auquel l'Etat peut répondre par quelques adaptations périphériques touchant les effectifs, la formation et l'équipement des personnels (brigades anti-émeutes, caméras de surveillance)? Ou bien ceci correspond-il à la *césure historique* que constitue la mondialisation et qui est celle d'un nouveau Moyen Age. Dans ce dernier cas, la réponse apportée doit avoir la même envergure: un *système d'arme* en adéquation avec le nouvel ordre politique se mettant en place à l'échelle globale, et non simplement quelques expédients de circonstances comme de nouveaux services de coopération inter-polices ou des unités anti-terroristes supplémentaires. C'est pourquoi nous parlons ici de *redécouvrir la contre-guérilla*, notamment en adoptant une optique «grand angle».

Bernard Wicht*

Introduction

Comme dans le premier volet de notre analyse, la perspective retenue n'est pas celle du système international et de l'interdépendance, mais celle centrée sur l'Etat lui-même et la transformation que subit son monopole de la violence légitime.

Dans une approche axée sur l'Etat, la fin de la distinction national/international (le système westphalien) et son remplacement par l'interaction local-transnational ou local-global (la mondialisation) place l'Etat moderne face à un défi central pour sa survie. A l'âge global et à l'ère numérique de l'infoguerre, Etats faillis, partition et redécoupage des frontières, quasi-Etats et «Révolutions oranges» démontrent à l'envi le caractère fortement déstabilisant de cette nouvelle interaction entre «communauté internationale» et «forces locales» (le sous-sol). Si l'Etat veut survivre, il faut donc entreprendre une réflexion première questionnant de manière fondamentale les concepts considérés jusqu'à maintenant comme acquis, notamment en matière de défense et de sécurité.

Cette réflexion doit ainsi placer cette interaction au centre de ses préoccupations et examiner les réponses à y apporter. Pour faire court, à une interaction local-global, il faut pouvoir répondre par une «autre» interaction du même type prenant appui

non pas sur l'appareil étatique (diplomatie, armée), mais bel et bien sur l'élément local par excellence – le citoyen –, ceci grâce en particulier aux nouvelles capacités dont il dispose dorénavant dans le cadre de la mondialisation (technologies de l'information et de la communication/TIC, réseaux, etc.), permettant dès lors de parler en termes stratégiques d'un véritable *renouveau de l'initiative individuelle*. Pour mieux saisir toute la portée d'un tel renouveau, on peut se rapporter à la proposition de Norbert Elias selon laquelle au cours de sa formation, *l'Etat moderne a transformé le chevalier en courtisan*, c'est-à-dire a désarmé les entrepreneurs militaires au profit de son propre monopole. Avec ce renouveau, on peut en quelque sorte avancer que dans le contexte de la mondialisation et de la déstabilisation de l'Etat qui s'ensuit, il faut renverser la proposition d'Elias et dire désormais, *l'Etat postmoderne a besoin de chevaliers pour assurer sa défense*.

Perspective: Système international

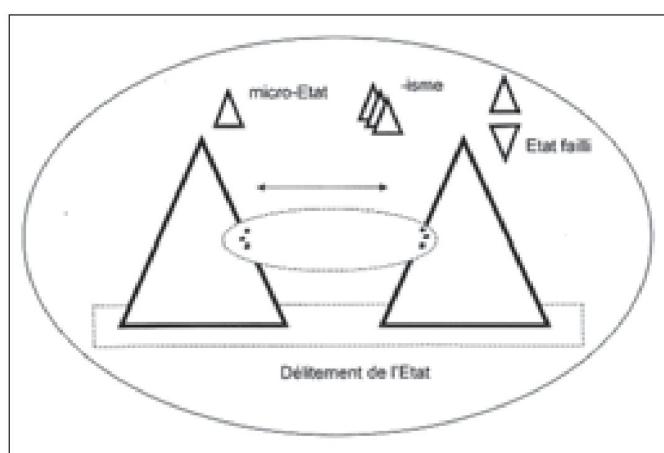
**réponse apportée
à la perception d'un
monde instable:
la sécurité par la
coopération (pro-
motion de la paix,
action multilatérale)**

«Réorganiser vraiment l'armée, ce n'est pas l'adapter à la stratégie aérienne ou atomique. Il importe bien plutôt qu'une option nouvelle de la liberté prenne force et corps.»

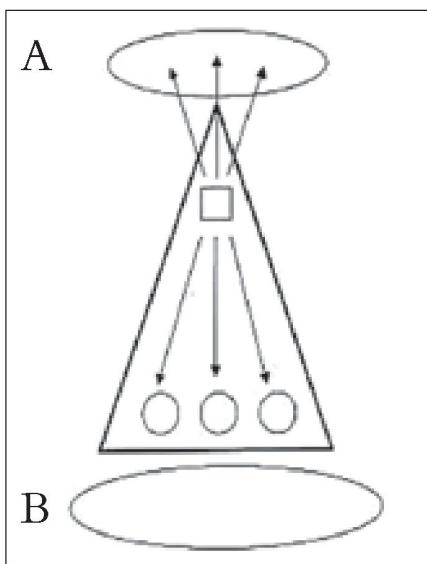
Ernst Jünger, *Der Waldgang*

Précisons toutefois que jusqu'à maintenant, ce retour de l'initiative individuelle (en particulier à travers les TIC) a été perçu par les stratégies comme faisant partie du «terrain de l'adversaire», comme l'atout déterminant de ce qu'on appelle «l'ennemi du chaos» (recouvrant les groupes terroristes, les narco-guérillas, les mafias, les mouvements altermondialistes ou encore les diverses intifadas). Mais, ainsi que le rappelait Spencer Chapman aux armées occidentales qui la redoutait parce que jugée propice à l'adversaire: *la jungle est neutre!* Et si un type d'organisation et de structure est capable d'y évoluer avantageusement, une contre-structure du même type peut le faire tout aussi bien (technique du contre-maquis: *chasser le loup afghan avec un chien d'Afghanistan*).

Ceci ne va toutefois pas de soi. Mao rappelait que, seule une armée révolutionnaire peut conduire une guerre révolutionnaire! A l'instar des contre-maquis, une contre-structure ne se commande pas par décret ministériel, elle est intimement liée au tissu socio-politique et au *Zeitgeist*: d'où l'obligation avant d'en aborder l'application concrète (la guerre non conventionnelle), de traiter des conditions-cadre historiques (un nouveau Moyen Age) et socio-politiques (les nouvelles libertés). C'est à partir de là seulement qu'il sera ensuite possible d'esquisser cette autre interaction local-global que nous avons choisi d'appeler *l'ordre oblique*.



* Privat-docent à l'Université de Lausanne où il enseigne la stratégie, et Chef des affaires internationales auprès de la Conférence des Directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), à Berne – wicht @edk.ch



Perspective:
Etat et son monopole

A communauté internationale
(Etat failli, redécoupage des frontières, «Révolutions oranges»):
● déstabilisation de l'Etat

B «sous-sol»
(réseaux, diasporas, communautés, groupes et solidarités):
● renouveau initiative individuelle
● interaction local-global

Au préalable cependant, rappelons deux règles du processus cognitif s'appliquant à chaque fois que les paradigmes bougent en profondeur au point de remettre en cause les critères d'analyse couramment admis. Or tel est bien le cas à l'heure actuelle. La première de ces deux règles indique que *sans la théorie les faits restent muets* (Joseph Schumpeter): en simplifiant quelque peu, ceci signifie que pour appréhender une situation fondamentalement inédite, il faut s'efforcer d'élaborer – même sommairement – une grille de lecture dans laquelle on pourra intégrer et penser la réalité. Evidemment une telle démarche, d'une part, est à contresens de la tendance actuelle des sciences sociales privilégiant l'incertitude relative et la pluralité des logiques et, d'autre part, comporte un certain caractère arbitraire tendant à gommer les nuances pour se concentrer sur les lignes de force. Cependant, le propre de la démarche stratégique est de disposer d'un outillage conceptuel minimum pour concevoir l'action; la pensée stratégique ne saurait fonctionner sans un cet outillage. C'est ce que nous nommons ici la «voie du stratège», celle-ci étant orientée d'abord vers la réalisation de l'action plutôt que vers la recherche méticuleuse de la vérité. Selon la seconde règle, *la reconnaissance précède la connaissance* (Thierry Gaudin): dans le cas présent, ceci

signifie qu'il importe d'abord de prendre conscience de la transformation intervenue, l'admettre voire s'y résigner avant d'en entreprendre l'étude détaillée. Car, pour percevoir les réformes nécessaires et se résoudre à les adopter, il faut en premier lieu briser la barrière mentale conduisant d'instinct à refuser le changement, à en négliger l'impact et à rechercher systématiquement les éléments de continuité plutôt que ceux marquant la rupture. Cela implique souvent une opération intellectuelle de longue haleine parce qu'une telle barrière comporte habituellement un double aspect émotionnel et culturel (traditions, valeurs, éthique, identité) que seul un examen à la fois curieux, attentif et rigoureux de la réalité permet de dépasser. Relevons combien la réflexion stratégique représente une *opération de rupture* visant non seulement à rompre ou dépasser le dispositif intellectuel de l'adversaire, mais également nos propres blocages mentaux et culturels.

Initiative individuelle et Moment machiavélien

Du point de vue du citoyen, ce renouveau de l'initiative individuelle dispose d'ores et déjà d'une longue tradition dans la pensée politique occidentale, appelée par les historiens le *Moment machiavélien*: à savoir la conception civique, humaniste et républicaine de la communauté politique fondée non pas sur la défense juridico-libérale des droits de l'individu, mais bel et bien sur la participation active des citoyens à la gestion des affaires communes (*res publica*/tyrannie; bien commun/corruption; armée de citoyens/armée prétorienne; *in armis libertas proximo piratae praedae est*). L'expression la plus aboutie de cette tradition figure, d'une part, dans l'idée de milice et, d'autre part, dans le 2^e amendement de la constitution des Etats-Unis d'Amérique: *A well regulated Militia, being necessary to the security of a free State, the right of the people to keep and bear Arms, shall not be infringed.* (cf. John G. A. POCOCK, *Le Moment machiavélien: la pensée politique florentine et la tradition républicaine atlantique*, trad. Paris, PUF, 1997.)

Un nouveau Moyen Age

Comment redéfinir le cadre de raisonnement théorique? On l'a dit, le modèle de la guerre s'est inversé avec le passage de la guerre entre Etats à la guerre à l'intérieur de l'Etat. La guerre interétatique repose sur un champ de références qu'il convient de rappeler si l'on veut saisir pleinement la nécessité de son renouvellement. Elle est intimement liée à un ordre politique articulé autour d'une institution centrale, l'*Etat-nation*, en compétition et en concurrence avec ses *alter ego* au sein d'un système international ne tolérant pas d'autres types

d'acteurs (système westphalien). Dans ce système, les révoltes militaires successives ainsi que la révolution industrielle produisent un outil militaire très calibré – armée régulière de conscription – où la masse, la puissance de feu et la centralisation deviennent les caractères dominants. La structuration hiérarchique de cet outil et sa large implantation sociale sont d'ailleurs devenues, à partir du XIX^e siècle, un des principaux facteurs de stabilisation du capitalisme: l'organisation des industries et de la société étant calquée sur le modèle de l'organisation militaire (chaque individu ayant sa place et sa fonction dans la hiérarchie de la société, ceci en vue de limiter les troubles et les désordres).¹ L'outil économique et l'outil militaire marchent de ce fait main dans la main. Le modèle westphalien dominant le reste du monde, il impose peu à peu une forme de rationalité fonctionnant du haut vers le bas où les catégories définies a priori viennent mettre en forme la réalité conformément aux valeurs occidentales. En stratégie, cette construction trouve sa formulation la plus explicite dans la définition de la guerre comme acte politique au service d'une volonté étatique. L'objectif est alors logiquement l'anéantissement des moyens militaires de l'adversaire (batailles décisives, modèle occidental de la guerre).

On va voir maintenant combien la situation stratégique contemporaine s'inscrit en contraste vis-à-vis d'un tel champ de références. Car en se déroulant à l'intérieur de l'Etat, cette guerre prend à contre-pied la guerre interétatique et le modèle occidental de la guerre. Elle correspond d'ailleurs à une césure historique majeure comparable dans ses transformations à celle que l'Europe a connue lors de la chute de l'Empire romain, césure que nous avons pris l'habitude de nommer «mondialisation». Cette transformation première de la guerre répond à la mutation de nos sociétés et du monde plus généralement. Ce n'est donc pas un simple événement «de surface» mais un mouvement de fond d'envergure civilisationnelle. Dès lors, afin de renouveler notre cadre de raisonnement en matière stratégique, cinq dimensions différentes entrent en considération: premièrement la *dimension historique*, pour prendre conscience de la césure que représente la mondialisation audelà de son caractère économique et commercial; deuxièmement la *dimension organisation*, pour expliquer le changement de paramètre avec le passage d'un modèle concentré des formes centralisées à des formes décentralisées et en réseaux fondées sur le lien entre mode de combat et mode de production des richesses; troisièmement la *dimension méthodologique*, avec la théorie du

¹Cf. notamment, Richard Sennett, *The Culture of the New Capitalism*, New Haven, Yale, University Press, 2006.

chaos pour pouvoir donner sa logique au désordre contemporain; quatrièmement la *dimension stratégique*, pour saisir à quel niveau se situe l'affrontement dialectique des volontés et; cinquièmement la *dimension opératoire*, pour mettre en lumière le mode d'anéantissement que révèle cette nouvelle guerre planétaire.

1. La mondialisation comme nouveau Moyen Age

Habituellement, la mondialisation est considérée essentiellement comme un phénomène économique et commercial de globalisation des échanges et des flux financiers. Cependant, en raison de l'effet d'érosion qu'elle provoque sur les Etats et les sociétés (phénomène de balkanisation-libanisation), on peut également l'envisager comme un nouveau Moyen Age dont il faut retenir, en l'occurrence, les trois caractéristiques suivantes:

- la reféodalisation: l'allégeance statonationale unique fait place à une pluralité d'allégeances tribales (mafias, diasporas, gangs, etc.);
- la dissociation des rapports de droit et des rapports de fait: des institutions ayant pignon sur rue se vident de leur substance (Etat, peuple, nation), tandis que des organisations informelles montent en puissance (diasporas);
- le retour d'une forme de darwinisme politique (en raison de la diversité et de la pluralité des formes d'organisation qui émergent): dès lors la règle formulée par Darwin sur la survie des espèces trouve sa pleine application, *ceux qui survivent ne sont pas les plus forts, mais ceux qui s'adaptent*.

Conséquence: on ne se bat plus pour défendre des institutions (Etat, armée), mais une civilisation (*Kultur*), une communauté, des valeurs – *la substance remplace l'instance*; il faut donc accepter les mutations, y répondre et ne pas chercher à défendre des positions submergées depuis longtemps (syndrome de la préparation de la guerre précédente).

2. On se bat comme on produit les richesses

C'est une vieille règle souvent méconnue de l'histoire militaire soulignant que le mode de combat adopté par une société est fondamentalement lié à son mode de production des richesses (société de chasseurs-cueilleurs, société nomade, société sédentaire, etc.). En l'espèce, ceci signifie pour le mode de combat à l'heure actuelle:

- non plus de manière industrielle, massive et centralisée, mais de façon décentralisée, en réseaux, en s'appuyant essentiellement sur les TIC (téléchargement vers l'amont, système wiki);
- la *loi des petits nombres* remplace la loi des grands nombres: c'est le retour de l'initiative individuelle.²

Conséquence: du point de vue de la conduite de la guerre, le système d'arme dominant n'est plus lié à la haute technologie ou à la puissance de feu: c'est le *combattant individuel*.

3. La théorie du chaos

Cette théorie indique que «le chaos n'est pas si chaotique», mais qu'il répond à une logique d'appréhension différente où il ne s'agit de vouloir *a priori* saisir l'ensemble avant d'aborder les détails (démarche du général au particulier), mais au contraire où il faut s'efforcer d'observer attentivement des événements et des phénomènes aléatoires et apparemment sans cohérence les uns avec les autres (démarche du particulier au général): c'est de là qu'un schéma d'ensemble finit par se dégager *a posteriori*.³ La notion d'*effet papillon* est étroitement associée à une telle approche: une succession d'événements en apparence anodins et sans lien spécifique peut atteindre un point critique au-delà duquel une petite perturbation (le battement d'ailes d'un papillon) peut prendre des proportions gigantesques. Dans le cas présent, on peut transposer cette notion aux différents niveaux de fragilités socio-politiques:

- effet papillon:
 - fragilité des sociétés (pauvreté, *no future*)
 - fragilité des infrastructures (panne générale, catastrophe naturelle)
 - fragilité de l'Etat (perte du monopole de la violence)
 - rupture de l'ordre social (Katrina, La Nouvelle Orléans)

Conséquence: une réponse étatique et centralisée est contre-productive, seul un système décentralisé, *bottom-up*, redondant et autonome peut faire face.

«... et si vous étiez blessé et seul et que vous appeliez le 911 et que personne ne répond...»

«Et si les secours ne venaient jamais»

«Ne demandez pas ce que le pays peut faire pour éviter cette crise, la réponse est: absolument rien!» (tiré de, *Die Hard 4*, le blockbuster hollywoodien de l'été 2007)

4. L'affrontement des volontés

C'est l'essence de la stratégie (la dialectique des volontés): aujourd'hui cet affrontement n'a plus lieu entre Etats ni entre armées régulières: il se déroule au niveau des individus (terroriste, gangster, *shadow warrior*), autrement dit l'équilibre de la terreur change d'échelle passant des Etats (équilibre nucléaire) aux individus (insécurité, violence).

Conséquence: *l'individu remplace l'Etat* en matière de défense et de sécurité (d'où

l'importance de ce qu'on appelle les forces morales: motivation, fraternité d'armes, slogan, etc.)

5. La destruction de l'intérieur

A la menace d'un anéantissement de l'extérieur (invasion, occupation militaire étrangère, etc.) succède dorénavant celle d'une destruction de l'intérieur (prise en main des populations par les mafias ou les narco-guérillas, insécurité et émeutes dégénérant en une situation de chaos généralisé).⁴

Conséquence: du point de vue tactique, le schéma de raisonnement n'est plus celui de concentration – fixation – anéantissement (schéma classique de la bataille réglée), mais bel et bien celui de *dilution – imbrication – destruction*.

Caractéristiques stratégiques de la guerre à l'intérieur de l'Etat

- objectif (*Zweck* politique): c'est la *civilisation* qui est visée plutôt que l'Etat (choc des cultures, *djihad*)
- but (*Ziel* militaire): *vider l'Etat de sa substance* (clans et tribus remplacent le peuple et la nation)
- ennemi: ce n'est plus un autre Etat, mais un *adversaire structuré en groupes et réseaux open source*
- *l'individu remplace l'Etat* en matière de défense et de sécurité (loi des petits nombres: «le salut vient des marges»)
- les *forces morales* dominent

Les nouvelles libertés

Le renouveau de l'initiative individuelle s'appuie sur trois piliers associés au développement du nouveau capitalisme et à la transformation des structures qui l'accompagne (passage de la centralisation à la décentralisation, *on fait la guerre comme on produit les richesses*): il s'agit des nouvelles libertés liées aux capacités offertes par les TIC, de l'intelligence collective émergeant de l'utilisation coopérative des TIC, et des organisations décentralisées indépendantes d'une hiérarchie centrale (structure *starfish*).

1. Les nouvelles libertés

Comme le dit Fernand Braudel, dans la civilisation matérielle les libertés sont fixées au cœur de l'économie-monde; ceci

²Cf. Mark J. Penn, *Microtrends: the Small Forces Behind Today's Big Changes*, Londres, Allen Lane, 2007.

³Cf. Leonard Smith, *Chaos: a Very Short Introduction*, Oxford, Oxford University Press, 2007 (Very Short Introductions; 9); James Gleick, *La théorie du chaos: vers une nouvelle science*, trad., Paris, Flammarion, 1991 (Champs Flammarion; 219).

⁴Cf. Fred Charles Ikélé, *Annihilation from Within: the Ultimate Threat to Nations*, New York, Columbia University Press, 2006.

veut dire qu'elles ne sont pas principalement des idéaux associés à une idéologie, à une doctrine politique ou une religion, mais qu'elles sont liées au marché et au mode de fonctionnement des échanges. Si la mondialisation est souvent synonyme de création de monopoles et d'oligopoles dominés par les grands groupes multinationaux, à l'opposé elle offre aussi à l'individu de nouvelles opportunités d'intervention en grande partie grâce aux TIC qui l'affranchissent de la nécessité de structures lourdes et complexes pour participer au commerce et aux échanges. Au même titre que le binôme caravelle-canon donne aux marchands du XVI^e siècle un outil décisif de découverte et de conquête, les TIC fournissent à l'homme du XX^e siècle un outil semblable en le dégageant des structures hiérarchiques de l'ère industrielle. Ceci se vérifie notamment avec les notions de *long tail* (passage du marché de masse au marché de niches) et de *free agent* (affirmation du microbusiness).⁵

Corollaire du développement du nouveau capitalisme, les TIC ont une indéniable dimension *Big Brother* qui trouve son expression dans les grands systèmes de surveillance globale. Mais à l'autre extrémité du spectre, elles donnent à l'individu un extraordinaire espace de création et de liberté d'action avec la possibilité de se connecter et de communiquer, de manière immédiate, à l'échelle globale: selon la formule de Thomas Friedman, «la terre est devenue plate» (sans frontières commerciales ni politiques).⁶ C'est cette liberté matérielle qui est déterminante et qui fait contrepoids à la dimension *Big Brother*. Dès lors, l'individu n'est plus dépendant d'une organisation préétablie qu'elle soit nationale ou entrepreneuriale-fordiste (organisation administrative ou militaire, entreprise). Les premiers à en prendre conscience ont été précisément les informaticiens (manifeste GNU-Linux), exigeant - comme règle du jeu de la société de l'information - la libre disposition et le partage de toutes les données installées sur le net y compris les codes des softwares (*free software = free society*). L'élément essentiel de cette exigence ne réside toutefois pas dans une simple conception du self service, mais bel et bien dans le fait qu'elle contient un principe de coopération et de travail collectif basé sur la liberté d'accès, c'est-à-dire le fondement de nouvelles formes de solidarités à l'ère numérique (*open source*: communautés spontanées de volontaires). C'est ce qu'on appelle le téléchargement vers l'amont: le consommateur devient producteur notamment en créant des documents ou en y collaborant, en téléchargeant des fichiers «sans passer par la hiérarchie des institutions traditionnelles».⁷

Il n'est pas étonnant que ce soit les groupes marginalisés qui aient saisi les premiers

l'intérêt politique de ces nouvelles libertés et qui s'en soient servi pour mener leur combat, recruter des sympathisants et créer ces cellules autonomes et décentralisées (concept de la résistance sans chef):⁸ mouvement néo-zapatiste, Al Quaïda, mouvements altermondialistes, groupuscules d'extrême droite. On débouche ainsi sur les deux autres piliers de ces nouvelles libertés: l'intelligence collective et les structures starfish.

Manifeste GNU-Linux

The GNU project supports the mission of the FSF (Free Software Foundation) to preserve, protect and promote the freedom to use, study, copy, modify, and redistribute computer software, and to defend the rights of Free Software users. We support the freedom of speech, press, and association on the Internet, the right to use encryption software for private communication, and the right to write software unimpeded by private monopolies. (www.gnu.org)

2. L'intelligence collective

En simplifiant quelque peu, le principe de fonctionnement de l'intelligence collective se résume comme suit: *individualité faible, collectif fort*.⁹ En effet, grâce au système *open source*, *wiki*, *long tail* et *free agent*, des individus partageant les mêmes idées peuvent travailler et opérer ensemble, sans se connaître, sans concertation explicite, sans organisation centralisée, en s'inspirant et en se copiant mutuellement via le net, avec des améliorations permanentes d'une action à l'autre (le fameux *swarming*).

On l'a dit, les groupes marginalisés ont été les premiers à saisir les opportunités et le potentiel mis à disposition par les TIC. Il apparaît donc utile d'en rappeler brièvement le *modus operandi*: en l'absence d'une direction centrale commune, une dynamique d'ensemble se développe grâce à ce qu'on appelle l'*émergence d'une intelligence collective*. Cette intelligence se base sur l'emploi intensif des TIC (internet, web-cam, téléphone portable) permettant le partage informel et en temps réel des informations et, surtout, des valeurs et idées qui les soutiennent. Ces technologies permettent à des groupes (cellules) qui ne se connaissent pas de s'*inspirer* mutuellement (et non de commander) des actions et des procédés des uns et des autres via la publication *open source* (blog, website, *chat*) des résultats, des objectifs visés et des tactiques employées. Dès lors, un attentat ou une émeute se déroulant à un endroit pourront être «reproduits» (et améliorés), presque au même moment dans un autre, sans pour autant que les instigateurs soient en contact formel ni qu'ils se soient coordonnés de manière spécifique. Il n'y a donc pas de structure de commandement unifiée, mais le développement d'une dynamique d'en-

semble de cellules autonomes partageant une «culture commune» (lutte contre l'Occident décadent pour les mouvements islamistes, ou encore supériorité de la race blanche pour les groupuscules d'extrême droite). Ces cellules s'échangent ainsi entre elles, de façon complètement informelle, informations, encouragement, motivation et techniques à travers le système *open source* du net. Chaque cellule contribue à la réflexion des autres en apportant ses propres expériences: avec le téléchargement vers l'amont, tous les internautes qui le souhaitent peuvent contribuer à la solution d'un des problèmes présentés par l'un des interlocuteurs (système *wiki*). Une telle opération est particulièrement intéressante dans le cas de la formation d'une dynamique d'ensemble parce qu'elle explique comment des individualités a priori relativement faibles peuvent constituer un collectif fort «sans chef»: d'où la justification de parler d'intelligence collective.¹⁰ Ce sont, d'une part, la culture commune et, d'autre part, le moyen technologique de partager informellement les idées qui constituent les ressorts de cette dynamique d'ensemble, de ce *swarming*; certains parlent à cet égard de *franchising* – passage d'Al Quaïda à l'alquaïdisme. Autrement dit, en lieu et place d'une idéologie internationale promettant des «lendemains qui chantent», les groupes marginalisés se nourrissent aujourd'hui du *world wide web* produisant une sorte de «culture mondiale de la transgression».

Mais, répétons-le, *la jungle est neutre* et ce que des groupes peuvent réaliser par ce biais «contre» l'Etat, d'autres peuvent tout aussi bien le faire inversement «en soutien»

⁵Cf. Chris Anderson, *La longue traîne: la nouvelle économie est là*, trad., Paris, Village Mondial, 2007; Daniel H. Pink, *Free Agent Nation: the Future of Working for Yourself*, New York, Warner Business Books, 2002.

⁶Thomas Friedman, *La terre est plate: une brève histoire du XXI^e siècle*, trad., Paris, Saint-Simon, 2006.

⁷Cf. André Spiegel, *Die Befreiung der Information: GNU, Linux und die Folgen*, Berlin, Matthes & Seitz, 2006; Eric S. Raymond, *The Cathedral & the Bazaar: Musings on Linux and Open Source by an Accidental Revolutionary*, Sebastopol, O'Reilly, éd. rev. 2001.

⁸Cf. les entrées *leaderless resistance* et *lone wolf* dans Wikipedia.

⁹Cf. Don Tapscott/Anthony D. Williams, *Wikinomics*, *Wikipédia, Linux, You Tube: comment l'intelligence collaborative bouleverse l'économie*, Paris, Village Mondial, 2007.

¹⁰On remarque, au passage, combien un tel système est éloigné de la doctrine réseau-centrée (C4star) des armées conventionnelles et combien il favorise en quelque sorte l'*Auftragstaktik*. En revanche, on sait depuis les premières utilisations par l'armée israélienne (opération Paix en Galilée, 1982) de systèmes de commandement électronique en temps réel que ceux-ci ont pour effet induit de renforcer la centralisation des responsabilités à l'échelon supérieur, de priver les petites unités de leur capacité d'initiative et finalement de renforcer la *Befehlstaktik*. L'armée US en est actuellement un exemple particulièrement frappant.

de celui-ci, en respectant les mêmes conditions: moyens de communication (portable, blog, site web) + culture commune (idées, objectifs, discours). D'ailleurs, en observant attentivement, les germes de cette culture commune sont déjà présents dans nos sociétés: prolifération des cours de self-défense, évolution et simplification des techniques de combat à mains nues pour les mettre à la portée de tous, solidarités de voisinage (*neighbour watch*), publications sur la préparation et les attitudes «défensives» à adopter (*secuperso, power kid*), filmographie (*Fight Club, Outlaw*). Les bases du développement d'une véritable *culture de l'autodéfense* sont donc bel et bien présentes, il suffit de les encourager (adage: *lorsque les armes sont hors-la-loi, seuls les hors-la-loi sont armés*), sans oublier du point de vue doctrinal que le droit de chaque individu d'assurer lui-même sa propre sécurité est considéré comme un *droit naturel* dans la pensée politique occidentale (Hobbes).

«L'obligation des sujets envers le souverain s'entend aussi longtemps, et pas plus, que dure la puissance grâce à laquelle il a la capacité de les protéger. En effet, le droit que, par nature, les humains ont de se protéger eux-mêmes, quand personne d'autre ne peut le faire, ne peut être abandonné par aucune convention.» Thomas Hobbes, *Léviathan*

3. La structure «starfish»

A ces nouvelles libertés et à l'émergence d'une intelligence collective, correspond évidemment une nouvelle forme d'organisation appelée *starfish* (en raison de la capacité de cet animal – l'étoile de mer – de se reproduire à partir de certaines de ses parties et par opposition à l'araignée dominant sa toile de manière centralisée).¹¹ Cette structure se caractérise par la décentralisation, l'autonomie et une hiérarchie plate. Chaque étoile de mer est ainsi indépendante des autres: sa destruction n'entraîne pas celle du reste du réseau car ce qui les fédère n'est pas un organe central mais une idée forte, un objectif commun. Les étoiles de mer sont donc capables de se reproduire un peu partout, même si la cellule première a disparu. La composante essentielle en est l'idée forte. On peut citer des exemples très divers mettant en évidence le rôle fédérateur d'une idée dans la création d'une dynamique d'ensemble: le mouvement abolitionniste aux Etats-Unis, la résistance des indiens Apaches, les Alcooliques Anonymes et, aujourd'hui, Al Quaïda. L'important consiste donc à faire comprendre l'idée, à en souligner l'intérêt et la valeur, et à inciter les individus et les groupes à se l'approprier (*open source, copy left*), à en prendre la responsabilité: *confiance, inspiration et tolérance* sont donc les valeurs de réfé-

rence dans ce processus d'apprentissage et d'appropriation; de même le rôle du *catalyseur*, une personnalité emblématique à l'origine de l'idée dont la fonction n'est pas celle d'un chef mais d'un «conseiller-inspirateur»; un *champion* passionné peut également servir de modèle et stimuler l'émulation et la motivation (n'oublions pas: à côté de Ben Laden, à côté du côté obscur de la force, il y a aussi un côté clair pour reprendre la terminologie *starwars*); enfin un *réseau préexistant* de groupes décentralisés peut se saisir de l'idée et lui fournir une première plate-forme. Ensuite, il suffit de laisser agir l'intelligence collective, le reste intervenant «par surcroît». On peut ainsi synthétiser le fonctionnement du système *starfish* par la formule suivante: *lancer l'idée et laisser faire les «hommes de bonne volonté»!*

Les 5 composantes du système *starfish*

Organisation: groupes autonomes (bande de copains, club d'amis, ...)

Conduite: non pas un chef mais un *catalyseur* (personnalité) apprenant aux groupes à prendre en main leurs responsabilités (confiance, inspiration, tolérance)

Discipline et esprit de corps: une *idée forte* et partagée constituant le ciment des groupes décentralisés (ceux qui interfèrent avec l'idée de base sont considérés comme l'ennemi)

Motivation: un *champion* passionné (un modèle)

Tactique: bâtir l'action sur un réseau préexistant de groupes décentralisés (*in from the margins*).

ses structures: d'où l'importance, dans le cas présent, d'appréhender correctement les nouvelles libertés et les formes d'organisation s'y rattachant.

C'est pourquoi les forces morales occupent une position clef: une personnalité emblématique, une idée, un courant artistique et culturel, mais aussi un slogan ou un symbole peuvent jouer un rôle central dans cette capitalisation des énergies et cette reconquête des allégeances. Dans l'optique de la guerre non conventionnelle, *trois principes* essentiels doivent être respectés avec la plus grande rigueur même si, comme c'est souvent le cas, ils entrent en conflit avec ceux appliqués par les armées régulières dans la guerre conventionnelle. C'est du respect de ces principes (*la reconnaissance précède la connaissance*) que dépend, en grande partie, le succès ou l'échec de la guerre non conventionnelle.

La guerre non conventionnelle

Définition: action dans une zone hostile ou sensible au moyen des forces et ressources locales

Zone grise entre paix et guerre conventionnelle (société dans laquelle la violence a fait irruption sans prendre cependant la forme de la guerre conventionnelle, c.-à-d. la situation actuelle d'un Etat postnational en voie de féodalisation et la montée concomitante des groupes armés – mafias, gangs, mouvements terroristes)

But: regagner l'allégeance des populations

Pseudo-Mao: la guerre non conventionnelle doit être conduite par des unités non conventionnelles

Selon le premier: *la guerre non conventionnelle doit être conduite par des unités non conventionnelles*. Il est impératif de s'appuyer sur les forces locales (milices d'autodéfense, groupes paramilitaires, sociétés militaires privées), d'abord, d'un point de vue pratique en raison de leur connaissance du milieu et des populations, ensuite, parce que c'est de la part de l'Etat une marque de confiance qui fédère les différentes initiatives et les renforce, enfin et surtout, parce qu'elles sont les plus aptes à trouver des solutions à la fois appropriées et originales (non conventionnelles) à des situations délicates. En d'autres termes, la réponse apportée par la guerre non conventionnelle doit être avant tout *citoyenne* et

¹¹Cf. Ori Brafman/Rod A. Beckstrom, *The Starfish and the Spider the Unstoppable Power of Leaderless Organizations*, New York, Portfolio, 2006.

¹²Etant donné l'abondance de la littérature sur le sujet, on se contente de renvoyer à l'ouvrage suivant établissant un bon état de la question: Hy S. Rothstein, *Afghanistan & the Troubled Future of Unconventional Warfare*, Annapolis, Naval Institute Press, 2006.

paramilitaire plutôt que policière et militaire. Le deuxième principe vient expliciter cette dernière proposition.

Selon le deuxième: *l'Etat doit éviter de se centraliser*. C'est une des principales leçons de la lutte contre-insurrectionnelle menée par les puissances occidentales dans les longs conflits de la décolonisation qui ont marqué la seconde moitié du XX^e siècle (Indochine, Malaisie, Algérie, Vietnam, Afrique australe). Car, l'Etat confronté au conflit de basse intensité (guérilla, terrorisme) a une fâcheuse tendance à réagir en renforçant sa centralisation, c'est-à-dire en accroissant les contrôles, les mesures de police et de coercition (surveillance, dénonciation, etc.) ainsi qu'en désarmant systématiquement les citoyens. En agissant de la sorte, l'Etat se coupe progressivement de tout soutien de la population et finit par s'aliéner les honnêtes citoyens. Ce faisant, il s'isole prenant de plus en plus l'allure d'un Etat policier. Les expériences de la France en Algérie, des Etats-Unis au Vietnam et d'Israël au Liban montrent combien cette dérive centralisatrice est pernicieuse et conduit, à terme, à l'échec de la contre-insurrection.¹³ En ce sens, le deuxième principe représente en quelque sorte l'envers du premier permettant de mieux comprendre pourquoi la réponse apportée doit être d'abord citoyenne et paramilitaire plutôt que policière et militaire: le *Minuteman* prime sur *Robocop*!

5 leçons de la contre-insurrection

1. «assécher la mer» (contrepied du principe maoïste voulant que le guérillero soit dans le peuple comme un poisson dans l'eau, par conséquent regagner le soutien de la population pour priver le guérillero de son milieu «naturel»)

2. «ne pas vouloir en finir rapidement» (accepter un conflit dans la durée, le Royaume-Uni maintient sa présence militaire en Irlande du Nord pendant trente ans)

3. éviter l'escalade des moyens militaires (comme la puissance de feu, les moyens lourds notamment selon la pratique israélienne de l'emploi des chars pour le contrôle des foules: outil techniquement efficace mais transmettant une image négative de guerre livrée contre la population civile)

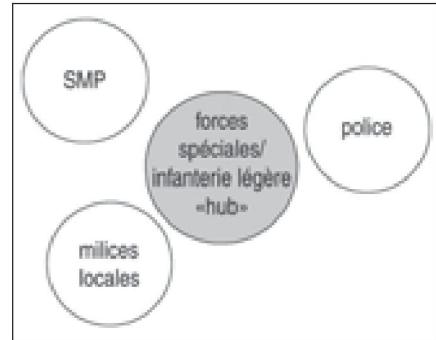
4. ne pas se centraliser

5. travailler avec la population (faire confiance: milices d'autodéfense, groupes paramilitaires, citoyens en armes, starfish; adage: «chasser le loup afghan avec un chien d'Afghanistan»)

Selon le troisième: *créer les conditions propices et laisser la population faire le travail*. Si l'Etat doit éviter de se centraliser, il ne doit pas non plus céder au corollaire habituel de cette centralisation, à savoir le dirigisme. On l'a dit, la guerre non conventionnelle est affaire de conviction et de motivation;

autrement dit, elle est dépendante d'une culture commune que les groupes et les réseaux concernés sont en mesure de développer eux-mêmes pour répondre à la menace et prendre leur destin en main. Un Etat postmoderne et une société post-nationale ne sont pas capables, par définition, de donner aux individus la «cause» indispensable pour se battre: c'est là qu'interviennent les structures starfish et la méthode de travail qui les accompagnent (créer la culture, donner les moyens, laisser faire le travail). C'est pourquoi dans le cadre de la guerre non conventionnelle, si l'Etat doit bel et bien travailler avec les populations, il doit en revanche s'abstenir de tout dirigisme. Son rôle est de créer les conditions favorables (par action ou par omission).

(*chasser le loup afghan avec un chien d'Afghanistan*). L'archétype du soldat des forces spéciales n'est donc pas celui d'un *Rambo* capable de tout faire tout seul, mais celui du combattant en mesure, selon l'expression, «de s'enfoncer en zone hostile ou sensible, armé d'un seul couteau, et d'en ressortir trois mois plus tard à la tête d'une armée».



La méthode starfish

Créer la culture commune (changer l'horizon)

Donner les moyens (matériels la plupart du temps)

Laisser faire le travail

d'où: dans le cas qui nous occupe ici;

1. Encourager une culture de la légitime défense et de la responsabilité de chacun pour sa propre sécurité (principe hobbesien susmentionné); 2. Permettre à ceux qui le veulent d'acquérir les moyens nécessaires (*lorsque les armes sont hors-la-loi, seuls les hors-la-loi sont armés*); 3. Faire confiance à la règle des 5% (loi des petits nombres, le salut vient des marges)

Il importe encore de préciser ce que l'on entend par SMP, étant donné l'image colportée à ce sujet dans les médias. Car, à côté des «grosses cylindrées américaines» (Blackwater, DynCorp) dotées de moyens impressionnantes et d'importantes ressources financières, il est possible de considérer une option plus «légère» en meilleure adéquation avec une conception civique et citoyenne de l'organisation de la société (Moment machiavélien). Conformément à la tradition des milices des républiques urbaines du Moyen Age où des groupes de citoyens (corporations, sociétés de porte, capitaine de la jeunesse) offraient leur service (garde, corvées de fortification) aux autres en échange de prestations d'entretien (repas, vivres, etc.), on peut aisément envisager aujourd'hui des SMP fonctionnant sur ce modèle, c'est-à-dire non pas dans un but commercial et lucratif de mercenariat mais en vue de l'autodéfense et de l'assistance mutuelle. En fonction du contexte que nous avons décrit, trois cas d'emploi se profilent pour ces SMP «à petit budget»: 1. face à une situation de chaos (catastrophe naturelle, lorsque les structures en place et les institutions ne fonctionnent plus, cf. *Die Hard 4*); 2. en cas de défaillance de l'Etat (destruction de l'intérieur), 3. là où l'Etat ne peut pas intervenir directement (parce que c'est politiquement impossible) – autrement dit, dans de nombreux cas caractéristiques du nouveau Moyen Age.

¹³Cf. Gil Merom, *How Democracies Lose Small Wars: State, Society, and the Failure of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam*, Cambridge, Cambridge University Press, 2003.

Une SMP à «petit budget» ou le retour du Minuteman

Rappelons brièvement que dans sa longue histoire (près de 500 ans), l'Etat moderne s'est pendant longtemps appuyé sur des entrepreneurs militaires qu'il ne contrôlait pas directement (milices urbaines, corsaires, armées privées) et dont il s'attachait les services selon les besoins. A cet égard, la période des armées nationales dépendant entièrement de l'Etat est relativement courte et correspond à l'époque des grandes guerres interétatiques. (cf. Charles TILLY, *Contrainte et capital dans la formation de l'Europe, 990-1990*, trad. Paris, Aubier, 1992.)

Actuellement, il est pleinement possible d'envisager des SMP efficaces, «à bas prix», à la portée des citoyens. Pour des missions d'autodéfense et d'assistance mutuelle, des moyens simples suffisent largement: p. ex. les armes de chasse présentent une efficacité suffisante (calibre 12, fusil à lunette, carabine à répétition). Mais, il ne s'agit pas en priorité de penser en termes d'armes (qui doivent rester la solution ultime). Il importe d'abord de penser en termes d'*assistance mutuelle*, c.-à-d. premiers secours, transport, communication, protection: là aussi des moyens simples – mais ingénieux! – suffisent (radio pour palier à la défaillance des réseaux téléphoniques; génératrice et panneaux solaires pour palier aux coupures de courant électrique, ULM et autres paramoteurs dont le prix et l'entretien ne dépassent pas ceux d'une automobile pour palier à la rupture des réseaux routiers et ferroviaires, etc.). Même simples, ces moyens nécessitent néanmoins une infrastructure de base: d'où le besoin d'une SMP pour en assurer l'acquisition et l'instruction. En d'autres termes, il s'agit en quelque sorte d'une adaptation du système du *Minuteman* à l'ère numérique.

Par conséquent, tant dans la perspective du nouveau Moyen Age que dans celle du Moment machiavélien, il apparaît non seulement nécessaire (autonomie, redondance), mais également légitime (liberté civique) de prévoir des SMP à petit budget au service des citoyens.

Vers l'ordre oblique: la «sous-traitance»

Si l'IRA parvient à contraindre le Royaume-Uni à s'asseoir à la table des négociations, si le mouvement néo-zapatiste parvient à représenter aux yeux de l'opinion mondiale une alternative à la mondialisation néo-libérale, alors force est d'admettre que l'interaction local-global est bel et bien une des caractéristiques stratégiques fondamentales de notre temps.

C'est dans l'optique d'une interaction similaire, «au profit» de l'Etat, que nous parlons ici d'*ordre oblique*, par référence à l'ordre de bataille inventé dans l'Antiquité par Epaminondas et repris au XVIII^e siècle

par Frédéric-le-Grand afin, dans les deux cas, de soustraire le corps de bataille principal au choc initial de l'adversaire. A l'époque des guerres mondiales, l'ordre oblique prend la forme d'un recours au sous-sol pour échapper au feu en surface tout en se donnant une profondeur tactique. A l'âge de l'infoguerre («Révolutions oranges», déstabilisations diverses), on peut avancer que c'est précisément dans l'interaction local-global que réside la formulation de l'ordre oblique, c'est-à-dire d'une part, dans la nécessité de soustraire l'Etat à la pression de la communauté internationale et, d'autre part, dans la capacité d'une organisation locale d'agir à l'échelle globale. Mutatis mutandis, on rejoint la notion de manœuvre extérieure conçue par André Beaufre comme condition sine qua non de l'existence stratégique de l'Etat et de sa liberté d'action (présence sur l'échiquier mondial). Cette nouvelle interprétation de l'ordre oblique repose sur les trois constats suivants:

– S'il est nécessaire de soustraire l'Etat à la déstabilisation par l'infoguerre, c'est principalement parce que dans le contexte actuel, l'Etat a tort. On peut avancer en effet que, depuis 1945, l'Etat a été progressivement déconsidéré, perçu de plus en plus comme fauteur de guerre (en raison des guerres mondiales) et comme appareil d'oppression (en raison des totalitarismes). En outre, tant les mouvements de libération nationale dans le Tiers-monde que l'échec de l'Etat-providence en Occident et des jeunes Etats du Sud ont provoqué une vague mondiale d'anti-étatisme (Immanuel Wallerstein) dont le néo-libéralisme ou la notion d'Etat failli constituent certaines des expressions. De ce fait, l'Etat a passé peu à peu du statut de «seul souverain» sur la scène internationale à celui d'une entité que la communauté internationale doit surveiller, voire au besoin mettre sous tutelle (monitoring international). C'est pourquoi, aujourd'hui, son intervention sur l'échiquier mondial est strictement encadré. Dès lors, dans un contexte où la guerre interétatique a été mise hors-la-loi, on peut dire que l'alternative stratégique a radicalement changé: il ne s'agit plus de vaincre ou mourir (dogme de la guerre conventionnelle), mais de se soumettre ou se soulever (pour échapper à la mise sous tutelle). Ceci nous amène au deuxième constat.

– Si l'Etat postmoderne a besoin de chevaliers pour assurer sa défense, c'est aussi parce que, comme on l'a dit, il n'est plus en mesure de fournir aux individus la «cause» dont ils ont besoin pour se battre. John Keegan résume ainsi cette évolution: «Les jeunes ont déjà choisi. La conscription leur paraît inutile, et l'armée, pour eux, ne sert à rien. Les plus militants d'entre eux vont plus loin: ils ne veulent se battre que pour leurs propres causes, non pour un appareil

d'Etat flanqué de son armée. Au besoin ils lutteront contre ces derniers par les méthodes de la guérilla et de la clandestinité.» (*Anatomie de la bataille*) Corollaire du déclin de sa souveraineté, l'Etat postmoderne est donc aussi «en panne» de culture et de symboles susceptibles de créer motivation et émulation. Et, comme le relève Pierre Bourdieu, le monopole étatique de la violence symbolique va de pair avec celui des moyens de contrainte, lorsque l'un se défait l'autre s'étoile: d'où l'importance pour l'Etat de s'appuyer sur les structures starfish (idée forte, culture commune) et d'accepter de leur «sous-traiter» certaines tâches stratégiques. Il ne s'agit pas d'un abandon supplémentaire de souveraineté, mais d'une manœuvre destinée à accroître la marge d'initiative de l'Etat, c'est-à-dire sa liberté d'action matérielle et concrète – la souveraineté n'étant plus à ce stade qu'une enveloppe formelle (distinction entre rapports de fait et rapports de droit).

– Le troisième constat porte sur la sous-traitance, à savoir sur l'étonnante «capacité stratégique» des groupes ou réseaux locaux de type starfish à mettre en œuvre *culture*, *idée*, mais également *action* aptes à «faire le poids» (principe: se battre à arme égale ou équivalente) sur l'échiquier mondial. A titre d'exemple, à la Renaissance les tyrans successifs gouvernant Milan (Visconti, Sforza) déclaraient qu'ils redoutaient plus les écrits des humanistes florentins (sur l'idéal républicain et la liberté) qu'un escadron de cavalerie lourde. Par conséquent, mener la guerre non conventionnelle avec des unités non conventionnelles ne signifie pas seulement s'appuyer sur des partisans, mais aussi sur des réseaux à forte valeur symbolique et culturelle: comme à la Renaissance, blogs, websites et travail *open source* valent une coalition militaire multilatérale (free software = free society)!

En conclusion, l'Etat n'est plus en mesure de créer la culture (motivation) indispensable aux groupes et réseaux décentralisés pour agir. Il doit aussi prendre garde à ne pas se centraliser de manière excessive pour compenser ce déficit de «cause» (cf. *How Democracies Lose Small Wars*). Par ailleurs, si la césure historique considérée ici est bien celle d'un nouveau Moyen Age, on l'a dit au début, la réponse apportée doit avoir la même envergure: un *système d'arme* en adéquation avec le nouvel ordre politique. Ce système d'arme, c'est le *combattant individuel* enraciné dans son groupe et son réseau lui donnant le goût et la volonté de se battre: désormais, c'est dans ce type de structure et d'organisation que se situe la culture commune nécessaire au fonctionnement et au rayonnement (local-global) du système starfish.

Armeeaufträge aus militärethischer Sicht

Armeeaufträge können unter anderem aus nationalistischer, machtpolitischer, idealistischer oder militärethischer Perspektive betrachtet werden. Je nach Sichtweise werden sie anders bestimmt und konkretisiert. Der vorliegende Artikel nimmt eine militärethische Sichtweise ein. Dieser Ansatz geht von der grundsätzlichen menschlichen Gewaltfähigkeit in einem Umfeld begrenzter Ressourcen und zunehmender internationaler Abhängigkeiten aus und versucht zu definieren, wann und wie die Androhung oder Anwendung von rechtsstaatlich-legitimer Gewalt widerrechtliche Gewalt rechts- und verhältnismässig verhindern oder beenden kann. Die zu Grunde liegende normative Leitperspektive ist ein auf den Menschenrechten und dem (Völker-)Recht basierendes Sicherheits- und Friedenskonzept, das einen internationalen gerechten Frieden zum Ziel hat. Armeen werden in einem solchen Kontext als staatliche Institutionen der (inter-)nationalen Rechtserhaltung und Rechtsdurchsetzung verstanden. Dies hat einen Funktionswandel der Institution Armee zur Folge und entsprechende Konsequenzen für die daraus abgeleiteten Armeeaufträge.¹

Dieter Baumann*

Im ersten Teil wird dargestellt, was unter der militärethischen Sicht zu verstehen ist, in einem zweiten Teil werden daraus abgeleitete Armeeaufträge formuliert und im dritten Teil einige Konsequenzen für Armeen und Soldaten gezogen.

Teil I: Integrative Militärethik

Hinführung: Ethik versucht, das moralisch Gute zu definieren und entsprechende Handlungs- und Verhaltensweisen abzuleiten. Es ist jedoch umstritten, wie das «moralisch Gute» genau zu bestimmen ist. Der vorliegende Ansatz geht davon aus, dass das moralisch Gute das «Gute für den Menschen als Gemeinschaftswesen»² ist, es wird deshalb sowohl auf den Menschen als Individuum mit seinem Gewissen (Individualethik) wie auch auf die menschliche Gemeinschaft mit dem bestehenden Recht, den Sitten und Konventionen (Sozialethik) bezogen. Ethik – als kritische Reflexion der Moral – will einen überparteilichen Standpunkt einnehmen und universalisierbare Werte, Normen sowie Prinzipien formulieren. In der heutigen Zeit orientiert sich die ethische Reflexion vor allem an der allen Menschen unveräußerlichen Menschenwürde mit den daraus abgeleiteten elementaren Menschenrechten. Militärethik als angewandte Ethik konkretisiert dieses moralisch Gute in Bezug auf die Institution Armee und die Soldaten.

Integrierte Militärethik: Unter «Militärethik» beziehungsweise «militärethischer Sicht» wird deshalb die kritische Reflexion über das richtige und gute Handeln und

Verhalten von Soldaten sowie die kritische Reflexion über das friedensfördernde Verhältnis zwischen Armeen, Staaten und der internationalen Gemeinschaft verstanden.³ Diese Definition beinhaltet bereits wichtige materielle Weichenstellungen und Prämissen. Die Institution Armee wird als *staatliches Macht- und Gewaltmittel* auf die *internationale* Gemeinschaft und dabei konstitutiv auf die Friedens- und Rechtswahrung bezogen. Ziel einer dieser Ethik entsprechenden Sicherheitskonzeption ist eine gerechte internationale Friedensordnung. Militärethik ist dabei ein Teil einer übergreifenden Friedens- und Rechtsethik bzw. einer Ethik der internationalen Beziehungen. Sie will ihren Beitrag – vor allem in Bezug auf die Institution Armee – zu einer Reform im Sicherheitsbereich leisten, wie sie heute von sicherheitspolitischer und diplomatischer Seite unter dem Stichwort «*Security Sector Reform*» gefordert wird. Unter *Sicherheitssektor* wird in dieser Debatte ein umfassender Bereich verstanden:⁴

«The security sector – or the security system as it is referred to by developmental actors – is defined as including all those institutions, groups, organizations, and individuals – both State and non-State – that have a stake in security and justice provision.»⁵

Auch aus militärethischer Sicht werden «integrierte Missionen» innerhalb umfassender Sicherheitsoperationen zum Schlüsselkonzept für militärische Aufträge und Operationen.⁶

Bei einer integrierten Militärethik findet auch keine grundsätzliche Trennung zwischen einer soldatischen Individualethik, einer militärischen Institutionenethik sowie einer Ethik der internationalen Beziehungen statt. Es reicht nach diesem Ansatz nicht aus, ein guter Soldat in einem illegalen Einsatz zu sein, genauso wie es bei

legitimen Einsätzen unethisches Verhalten von Soldaten oder illegitime Operationen von Truppenteilen geben kann.

Die vier Ebenen: Eine integrative Militärethik will auf vier Fragen eine Antwort geben:⁷

1. Ebene (Gesellschaft): Zu welchen Zielen (wozu) und in welcher Situation (wann) ist die Anwendung militärisch organisierter Gewalt *ethisch* gerechtfertigt?

2. Ebene (Armee): Wenn militärische Gewalt legitimiert werden kann, welchen Normen (wie) unterliegt militärisches Handeln und speziell die Anwendung militärischer Gewalt vor, während und nach einem Einsatz? Wie ist eine diesen Normen entsprechende Armee zu gestalten und innerhalb der Gesellschaft zu verankern?

3. Ebene (Führung und Ausbildung): Was ist eine gute militärische Führungs- und Ausbildungsperson? Welches sind die normativen Grenzen der militärischen Führung, Ausbildung und Erziehung?

4. Ebene (Soldat): Wie soll ein heutiger Soldat sein und sich verhalten? Welche Fähigkeiten, charakterlichen Dispositionen und Verhaltensweisen (Tugenden) der Soldaten sind wünschenswert oder sogar notwendig und wie können diese ausgebildet werden?

Die folgenden Ausführungen befassen sich schwergewichtig mit Fragen zur ersten Ebene.

¹Die Ausführungen stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar. Die vorliegenden Gedanken werden ausführlich in der Publikation Baumann, D., Militärethik. Theologische, menschenrechtliche und militärwissenschaftliche Perspektiven, Stuttgart: Kohlhammer 2007 begründet.

²Vgl. Tugendhat, E., Vorlesungen über Ethik, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1993, 49–64.

³Baumann, D., Militärethik, 17; vgl. auch Stadler, Ch., Military Ethics as Part of General System of Ethics, in: E. Micewski (Ed.), Civil-Military Aspects of Military Ethics, Vienna 2003, 9; Ebeling, K., Militär und Ethik, Stuttgart: Kohlhammer 2006.

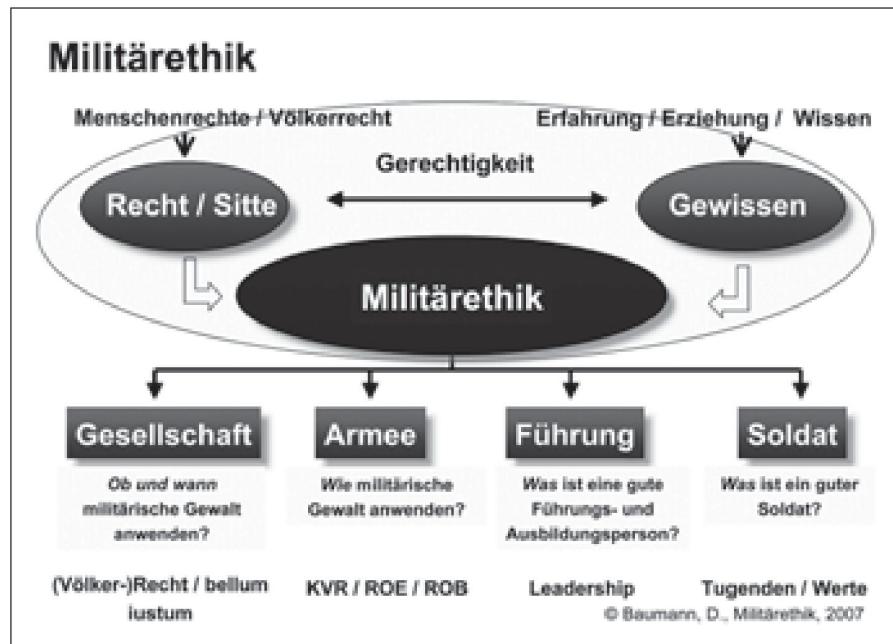
⁴Vgl. Winkler, Th., The Shifting Face of Violence, in: Military Power Revue Nr. 2-2007, 5–15; Greminger, Th., Streitkräfte und zivile Akteure in komplexen multilateralen Friedensoperationen, in: Military Power Revue Nr. 1-2007, 6–17; Dahinden, E., Gerber, U., Defence Diplomacy als Herausforderung für die Schweizer Armee, in: Military Power Revue Nr. 1-2007, 18–29; OSCE (Ed.), Code of Conduct on Politico-Military Aspects of Security, unter: www.osce.org/documents/fsc/1994/12/4270_en.pdf [3. Januar 2008].

⁵Annex to the Letter dated 8 February 2007 from the Permanent Representative of Slovakia to the United Nations addressed to the Secretary-General, S/2007/72, 2.

⁶Vgl. Winkler, Th., a. a. O., 12–15; Greminger, Th., a. a. O., 10f.; Dahinden, E., Gerber, U., a. a. O., 20–22.

⁷Vgl. in Anlehnung an L. Bendel Baumann, D., Militärethik, 141 f.; Bendel, L., Soldat und Ethik, in: O. Hoffmann, A. Prüfert (Hrsg.), Innere Führung 2000, Baden-Baden: Nomos 2001, 9–24.

* Dieter Baumann, Berufsoffizier, Oberst i Gst, Dr. theol., Lehrverband Logistik, Heer, 3000 Bern 22.



Integrierte Militärehethik – Ebenen, Aspekte und Bezugspunkt.

Legitime Gewalt⁸

Zum Begriff *Gewalt*: Unter Gewalt wird im Zusammenhang mit Aufträgen von Streitkräften primär eine enge Definition im Sinne von «aktive und individuelle oder kollektive Anwendung von *physischem* Zwang durch den Körper oder ein Mittel, um ein bestimmtes Ziel durchzusetzen»⁹ verstanden. Eine umfassendere Definition von Gewalt, wie zum Beispiel diejenige von J. Galtung «Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung»¹⁰ ist für die Frage nach militärisch organisierter Gewaltanwendung problematisch. Liegt ein solches Gewaltverständnis der ersten militärehethischen Ebene zu Grunde, lassen sich von unterschiedlichen Interessengruppen zahlreiche Einsätze legitimieren, was letztlich zu noch mehr Gewalt führen würde. *Physische*

Gewalt ist in das System eingebaut und äussert sich in ungleichen Machtverhältnissen.

Gewaltanwendung von Menschen gegen Menschen ist ein Handeln, das lediglich *unterlassen* werden muss. Dies kann sich jeder Mensch, wenn er will, gegenüber allen Menschen leisten. Hingegen «strukturelle» oder sogar «kulturelle Gewalt» in Form von sozialer Ungleichheit oder ungleicher Entwicklungschancen zu beheben, erfordert den aktiven Einsatz von beschränkten Ressourcen mit den dahinterstehenden Fragen der Zuteilung von Mitteln sowie der Verteilgerechtigkeit.¹¹ Trotzdem ist gerade auch für das Militär die strukturelle Gewalt ernst zu nehmen. Bei struktureller Gewalt «tritt niemand in Erscheinung, der

einem anderen direkt Schaden zufügen könnte; die Gewalt ist in das System eingebaut und äussert sich in ungleichen Machtverhältnissen».¹² Diese strukturelle Gewalt ist bei der Institution Armee immer auch mitgegeben und kann, wenn sie nicht kontrolliert wird, negative Folgen auf die Institution und die Soldaten selber, aber auch auf das Umfeld haben, wie die negativen Begleitumstände bei einigen militärischen Einsätzen zeigen (zum Beispiel Waffen-, Drogen-, Frauenhandel, sexuelle Übergriffe, ungewollte Verflechtung mit der organisierten Kriminalität).

Legale Gewalt: Um die Gewaltfähigkeit des Menschen zu kontrollieren und weil die gesellschaftlichen Selbstregulierungen nach den bisherigen Erfahrungen in der Regel keine Gewaltfreiheit oder sogar einen gerechten Frieden mit sich bringen, ist die Gesellschaft auf Institutionen angewiesen, die mittels legaler Gewalt auf widerrechtliche Gewalt reagieren können, um damit das ethisch anzustrebende gewaltfreie und gerechte Zusammenleben von Menschen in einem begrenzten Lebensraum mit begrenzten Ressourcen zu sichern. Diese Notwendigkeit führte zu einer Monopolisierung der Gewalt bei einer Zentralinstanz und zur Ausbildung einer Rechtsordnung (u. a. gegen Rache, Lynchjustiz, Selbstjustiz). Seit dem Westfälischen Frieden übernehmen grundsätzlich Territorialstaaten die Sicherung des friedlichen Zusammenlebens einer Gesellschaft.¹³ Die Grundstruktur einer solchen legalen staatlichen Gewalt ist dabei *reagierend-verteidigend*: als rechtserhaltende Gewalt zur Abwehr oder Wiedergutmachung von Unrecht.¹⁴

Damit dieses System funktioniert, ist einerseits die grundsätzliche Bereitschaft der Menschen notwendig, auf private Gewalt zu verzichten und die Androhung und Anwendung von Gewalt dem Staat zu de-

legieren, sowie andererseits die Bereitschaft der Staatsgewalt, die Menschen mit ihren Macht- und Zwangsmitteln vor der missbräuchlichen Anwendung von Gewalt durch andere oder den Staat selbst zu schützen. Als Konsequenz ist in einem Rechtsstaat private Gewaltanwendung zur Gefahrenabwehr in Form der Notwehr, Notwehrhilfe oder des Notstands als so genanntes «Jedermannsrecht» oder in Form des Hausrechts im privaten Raum nur noch dann nötig und zulässig, wenn die staatlichen Akteure nicht zeitgerecht das Gewaltmonopol durchsetzen können, weil sie nicht allgegenwärtig sind und auch gar nicht sein sollen. Illegal ist in diesem System jede Form von Gewalt, die nicht entsprechend rechtmässig gesetzt wurde. Jede Gesellschaft eines Rechtsstaates ist deshalb auf die Bildung des Gewaltmonopols sowie entsprechende Institutionen wie Justiz, Polizei und Armee angewiesen. Das Militär ist in diesem Kontext eine Institution der staatlich-kollektiven Gewalt gegen widerrechtliche Gewalt.¹⁵

Legitime Gewalt: Aber auch das positiv gesetzte Recht und die ihm entsprechende legale Gewalt können korrumpern und dadurch illegitim werden, wie dies totali-

Es braucht daher ein weiteres Kriterium: dasjenige der Legitimität von legaler Gewalt.

täre Regimes gezeigt haben. Es braucht daher ein weiteres Kriterium: dasjenige der Legitimität von legaler Gewalt. Diese Diskussion wurde früher unter dem Begriff des Naturrechts geführt. Mit Rückgriff auf

⁸Vgl. Smith, R., *The Utility of Force*, London: Penguin 2006, 377–383; Lienemann, W., *Kritik der Gewalt*, in: W. Dietrich, W. Lienemann (Hrsg.), *Gewalt wahrnehmen – von Gewalt heilen*, Stuttgart: Kohlhammer 2004, 10–30; Nunner-Winkler, G., *Überlegungen zum Gewaltbegriff*, in: W. Heitmeyer, H.-G. Soeffner (Hrsg.), *Gewalt*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2004, 21–61; Imbusch, P., *Der Gewaltbegriff*, in: W. Heitmeyer, J. Hagan (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, 26–57; Kälin, W., Lienhard, A., Wytenbach, J., *Auslagerung von sicherheitspolitischen Aufgaben auf private Sicherheitsunternehmen* in der Schweiz, Bern 2006, v. a. 7–20.

⁹Schweizerische Eidgenossenschaft (Hrsg.), *Extremismusbericht vom 25. August 2004*, 5019 f. (Hervorhebung D. B.).

¹⁰J. Galtung, zitiert bei Nunner-Winkler, G., a. a. O., 23.

¹¹Vgl. Nunner-Winkler, G., a. a. O., 43 f.

¹²J. Galtung zitiert bei Nunner-Winkler, G., a. a. O., 23.

¹³Vgl. Kälin, W. et al., a. a. O., 16 f.

¹⁴Vgl. Höffe, O., *«Königliche Völker»*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2001, 141–143.

¹⁵Vgl. Imbusch, P., a. a. O., 45–51.

Legitime Gewalt



ein so genanntes «Naturrecht» wurde versucht, Kriterien zu definieren, an denen das positive Recht geprüft werden konnte, und die ihrerseits nicht auf einer menschlichen Rechtsetzung beruhen. Die Diskussion um die Begründung, den Inhalt und die Reichweite des Naturrechtsgedankens ist verzweigt und kann an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden. Obwohl von Rechtspositivisten bestritten, hat ein transformierter Naturrechtsgedanke aus meiner Sicht jedoch auch heute noch seine Notwendigkeit. Den Massstab, an dem sich das positive Recht und die legale Gewalt heute messen lassen müssen, bildet ein Gerechtigkeitskonzept, das sich an den universellen menschlichen Gemeinsamkeiten, den *basic human needs and rights*, und somit an den menschenrechtlich geforderten Grund- und Freiheitsrechten orientiert.

Universal-elementares Gerechtigkeitskonzept

Grundsatz: Um das legale Recht von einem verallgemeinerungsfähigen Standpunkt aus zu kritisieren, wird eine Art universelles Leitbild oder globale Gerechtigkeitsvorstellung benötigt. Es handelt sich dabei bezogen auf militärische Gewaltan-

Es ist zu verhindern, dass die Kriterien für die Anwendung militärisch organisierter Gewalt ausgeweitet werden.

wendung um ein universal-elementares Gerechtigkeitskonzept. *Universal*, weil das Konzept allgemeine Gültigkeit beansprucht und nicht in staatlichen oder gruppenspezifischen Partikularinteressen aufgehen darf. Letztlich muss aus militärischer Sicht jede staatliche Zwangsbefugnis einer

Legitime Gewaltanwendung.

Trotz der vielfach vorgetragenen relativistischen und pluralistischen Einwände lassen sich solche interkulturell gültigen anthropologischen Konstanten auf Grund der *Conditio humana* definieren.¹⁸ Dies kann einerseits empirisch über den Weg menschlicher Grund- und vor allem Unrechts erfahrungen oder über den Vergleich der verschiedenen Strafrechtssysteme geschehen, andererseits über theoretische Gedanken zur Bestimmung von unverzichtbaren Bedingungen menschlicher Handlungsfähigkeit.¹⁹ Daraus folgt: Menschen aller Kulturen und Religionen sind leibliche aggressions- und sprachfähige Reflexionswesen, die grundsätzlich für ihre Handlungen Verantwortung tragen können, auf eine Gemeinschaft angewiesen und sterblich sind. Dieser Grundbestimmung des Menschen korrespondieren die Menschenrechte und die daraus abgeleiteten Grund- und Freiheitsrechte, wie sie heute in den verschiedenen Menschenrechtserklärungen und den entsprechenden Pakten kodifiziert sind.

Doch welche Menschenrechte sollen nun *international* unter Umständen mit Gewalt geschützt werden? Ich gehe in diesem Zusammenhang von einer notwendigen *Stufung* der Menschenrechte aus. Die Menschenrechte als Ganzes sollen als politische und diplomatische Zielvorstellung gelten und *innerhalb* von Staaten umgesetzt und geschützt werden. An diesen haben sich die Staatengemeinschaft, der einzelne Staat und entsprechend die Armeen zu orientieren. Als Kriterium zur Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt ist diese umfassende Sammlung jedoch problematisch, da ihre konsequente globale militärische Sanktionierung die Gründe für militärische Gewalt ausweiten würde. Damit steigt auf Grund der Eigendynamik der Gewalt die Gefahr, Konflikte zu eskalieren anstatt zu deeskalieren sowie das Recht auf

¹⁶Vgl. Baumann, D., Militäretik, 354 f.

¹⁷Als Textsammlung empfiehlt sich: Simma, B., Fas tenrath, U. (Hrsg.), Menschenrechte. Ihr internationa ler Schutz, München: dtv, 5. neubearbeitete Auflage 2004 (=SiFa); vgl. auch International Commission on State Sovereignty and Intervention (ICISS), The Responsibility to Protect, Ottawa 2001; International Law Commission, State Responsibility, UN Doc.A/CN.4/L.602/Rev. 1 (26 July 2001).

¹⁸Vgl. Mathwig, F., Der Mensch – die Menschen – die Menschheit, in: «Was ist der Mensch?», Stuttgart: Kohlhammer 2004; Nussbaum, M., Nicht-relative Tugenden, in: K. P. Rippe, P. Schaber (Hrsg.), Tu gendethik, Stuttgart: Reclam 1998, 114–165; Baumann, D., Militäretik, 337.

¹⁹Vgl. Höffe, O., Vernunft und Recht, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1996; ders., Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München: C. H. Beck 2002, 58–64, 352–375; Lienemann, W., Partikulare und universale Geltung der Menschenrechte, in: Ökumenische Rundschau 45 (1996), 301–311; Baumann, D., Gerechtigkeit und soldatische Tugenden, in: ASMZ 2/2006.



Integrierte Missionen stehen im Zentrum zukünftiger Krisenbewältigungsinstrumente.

Foto: Schweizer Armee/ZEM

Leben der eingesetzten Soldaten und unbeteiligter Dritter zu Gunsten von weniger elementaren Rechten zu riskieren. Global – unter Umständen mit (militärischer) Gewalt – schützenswert sind für mich hingegen die *elementaren* Menschenrechte: das Recht auf Leben, Freiheit und körperliche

Infofern weitet sich der Fokus auf ein umfassendes Konzept von Sicherheit.

Integrität sowie die Anerkennung als Rechtssubjekt (mit dem Verbot der Willkür sowie der Diskriminierung), das Verbot der Sklaverei, der Folter, der Vergewaltigung und Verstümmelung,²⁰ denn ohne diese lassen sich auch die weiteren Menschenrechte gar nicht erst wahrnehmen.²¹ Zum Recht auf Leben wird in der heutigen Zeit und in Zukunft nicht nur das Verbot der willkürlichen Gewalt gehören, sondern auch der Zugang zu natürlichen Ressourcen (vor allem Wasser). Infofern weitet sich der Fokus auf ein umfassendes Konzept von Sicherheit.

Sicherheit: Sicherheit besteht in der heutigen Zeit ausgehend von der Menschenwürde und den elementaren Menschenrechten im Schutz der natürlichen Lebensgrundlage, dem Schutz vor materieller Not, vor willkürlicher bzw. widerrechtlicher Gewalt sowie einem Minimum an religiöser, kultureller und politischer Freiheit. Das dahinterstehende Sicherheitskonzept ist dasjenige der «*humanen Sicherheit*»:

«Human security means the security of people – their physical safety, their economic and social well-being, respect for their dignity and worth as human beings, and the protection of their human rights and fundamental freedoms. (...) The emphasis in the security debate shifts, with this focus, from territorial security, and security through armaments, to security through

human development with access to food and employment, and to environmental security.»²²

Dieser Ansatz geht von der Grundüberlegung aus, dass in der heutigen Zeit die Bedrohungsformen durch die Interdependenzen zwischen den Staaten, aber auch zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren oder zwischen ausschliesslich nichtstaatlichen Akteuren, globalisierte und internationalisierte Ausmassen angenommen haben, die ein einzelner Staat nicht mehr alleine bewältigen kann. Sicherheit kann langfristig nur noch global und international sichergestellt werden, benötigt dazu jedoch ein starkes rechtsstaatliches Fundament in den einzelnen Staaten sowie ein griffiges Völkerrecht mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten. Um diese Thesen zu plausibilisieren, reicht ein kurzer und nicht vollständiger Blick auf die heutigen Bedrohungsformen:²³

a) Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten und Bürgerkriegssituationen innerhalb von Staaten haben einen

**Elementare
Menschenrechte als
Grundlage eines
universal-elemen-
taren Gerechtig-
keitskonzepts.**
Foto: Schweizer
Armee/ZEM

direkten Einfluss auf den Weltfrieden, den Welthandel, die globalen Finanzmärkte und die weltweite Bewegungsfreiheit. Dabei nimmt vor allem der Einfluss von Warlords, Piraten und der organisierten Kriminalität stetig zu. Diese Organisationen sind global vernetzt und können nur international bekämpft werden.

b) Religiöser und politischer Fundamentalismus mit dem Phänomen von terroristischen (Selbstmord-)Anschlägen richtet sich nicht mehr ausschliesslich gegen bestimmte Länder, sondern gegen «*Andersgläubige*», «*Schurkenstaaten*», Ethnien oder Religionsgemeinschaften. Auch hier sind territoriale Grenzen nicht zentral.

c) Der Zerfall oder die Korrumperung von Regierungen sowie die Folgen der Privatisierung und Ökonomisierung der Gewalt führen zu gewollten und ungewollten Verflechtungen zwischen Staaten, der Wirtschaft, der Rüstungslobby, der organisierten Kriminalität sowie Hilfsorganisationen und haben unter anderem illegalen Drogen-, Rohstoff- und Menschenhandel zur Folge.

²⁰Vor allem die Art. 1-11 AllgErklMenschenR (SiFa 2/6 f), Art. 6–10, 16 IPbürgR (SiFa 13/46 f); Art. 7 IStGH; Art. 4, 5, 13 Arabische Charta der Menschenrechte (SiFa 85/722-724); Art. 4–6 AfrMRK (SiFa 84/708 f); Art. 3–6 AMRK (SiFa 83/686 f). Vgl. Lienemann, W., a. a. O.; vgl. auch Schweizer Armee, Rechtliche Grundlagen für das Verhalten im Einsatz, Ziff. 16–19; dies., Grundschulung 07, Ziff. 28–34.

²¹Vgl. Höffe, O., Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, 58–94.

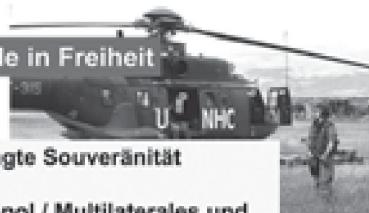
²²CISS, a. a. O., 15.
²³Vgl. Winkler, Th., a. a. O.; University of British Columbia, Human Security Center (Ed.), Human Security Report 2005, Oxford, New York: University Press 2005; Oxford Research Group (Ed.), Global Responses to Global Threats, 2006 (www.oxford-researchgroup.org.uk [3. Jan. 2008]); United Nations, A more secure world: Our shared responsibility, 2004; UN General Assembly, In larger freedom, UN Doc.A/59/2005/Add.2 (23 May 2005).

Minimales Gerechtigkeitskonzept



- Menschenwürde / Gleichheit (Art. 1)
- Verbot der Diskriminierung (Art. 2)
- Recht auf Leben und Freiheit (Art. 3)
- Verbot der Sklaverei (Art. 4)
- Verbot der Folter (Art. 5)
- Anerkennung als Rechtsperson (Art. 6)

Friedensvölkerrecht



Ziel: Gerechter Friede in Freiheit

Gewaltverbot und bedingte Souveränität

Nationales Gewaltmonopol / Multilaterales und internationales Gewaltlegitimierungsmonopol

Schutz der elementarsten Menschenrechte

Militär als ein Instrument des (Völker-)Rechts

Integrierte Missionen (Responsibility to Protect)

Konsequenzen eines Friedensvölkerrechts.

Foto: Schweizer Armee/ZEM

Benötigt wird deshalb in den internationalen Beziehungen ein auf starken Staaten basierender internationaler Institutionalismus, der den Ansatz der *«balance of powers»* oder den Gedanken einer Suprematie einer Super- oder Hegemonialmacht abzulösen hat.²⁷

Staatliche, suprastaatliche sowie internationale Institutionen ermöglichen es auch, moralische und rechtliche «Pflichten auf Distanz» gegenüber anderen Menschen indirekt wahrzunehmen, indem der Einzelne via Steuern diese Aufgabe an die Institutionen und ihre Vertreter delegiert. Es kommt zu einer gestuften Verantwortung. Armeen und ihre Soldaten übernehmen dabei stellvertretend für die Gesellschaft mit anderen Institutionen die Aufgabe des Rechtsschutzes, mit der dahinterstehenden moralischen Grundpflicht, dem anderen nicht willkürlich zu schaden oder die eigenen Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Dies hat Auswirkungen auf das Souveränitätsverständnis von Staaten und die zufordernden Armeeaufträge.

*Lehre des gerechten Krieges oder Pazifismus als Alternative?*²⁸ Anstelle eines solchen Gerechtigkeitskonzeptes, verbunden mit dem Völkerrecht, tritt teilweise die Renaissance der Lehre vom gerechten Krieg oder die gegensätzliche Position des Pazifismus.

Es geht in der hier vertretenen militärischen Position darum, die Institution des Krieges zu achten und letztlich mit

Es geht um die Definition von Kriterien der legitimen und rechtmässigen Anwendung von militärischer Gewalt.

Hilfe des Völkerrechts zu überwinden. Dazu wird militärische Gewalt ausschliesslich an das Recht gebunden, um damit widerrechtliche Gewalt zu unterbinden. Aus die-

durchzusetzen ist. Die entsprechend notwendige Sanktionsbevollmächtigung für gewaltsame Massnahmen soll auf der (reformbedürftigen) UNO basieren, da nur eine internationale Institution überparteilich und ohne verkürztes nationales Eigeninteresse beurteilen und entscheiden kann, und die UNO die Institution ist, die «vom Geltungsanspruch ihrer Normen und von ihrer Mitgliedschaft her auf Universalität angelegt ist».²⁵ Dabei bleiben Staaten als Akteure dennoch zentral, da primär sie die existenziellen Probleme ihrer Bevölkerung lösen müssen und auch nur sie letztlich die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen für internationale Einsätze bereitstellen können. Ohne ihre Erkenntnis, dass diese Art der Konfliktregelung letztlich ihrem aufgeklärten Eigeninteresse nützt, also gerade «Realpolitik» ist, werden alle Bemühungen ins Leere laufen. Auch bleibt in diesem System das staatliche Recht, das die kulturellen Unterschiede berücksichtigt, zentral, es muss jedoch durch das internationale Völkerrecht ergänzt und erweitert werden, damit die globalen Interdependenzen nicht einfach dem Faktor Macht überlassen werden.

Aus diesen Gründen benötigt es einerseits *rechtsstaatliche Gewaltmonopole* sowie andererseits ein *internationales Gewaltlegitimierungsmonopol*. Dies hat in der Sicherheitspolitik eine Verflechtung von unterschiedlichen nationalen, supranationalen und transnationalen Komponenten und Rahmenbedingungen zur Folge, wie sie B. Zangl und M. Zürn erarbeitet haben:

- «die zentralen Sicherheitsprobleme sind heute vornehmlich auf der transnationalen Ebene zu finden;
- das *Regieren* findet heute in internationalen Sicherheitsinstitutionen vermehrt auf *supranationaler* Ebene statt;
- die *Ressourcen*, die für die Sicherheitspolitik entscheidend sind, verbleiben weiterhin auf der *nationalen* Ebene;
- die auch für die Sicherheitspolitik wichtigen *Legitimierungsprozesse* haben sich zunehmend auf die *transnationale* Ebene verlagert.»²⁶

²⁴Vgl. Höffe, O., a. a. O., 13–36.

²⁵Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, München: Gütersloher Verlagshaus, 70.

²⁶Zangl, B., Zürn, M., Frieden und Krieg, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2003, 272 (Hervorhebungen im Original).

²⁷Vgl. Zanetti, V., Menschenrechte und humanitäre Intervention, in: H.-C. Wolf (Hrsg.), Humanitäre militärische Intervention zwischen Legalität und Legitimität, Freiburg: Univ.-Verlag 2000, 83–108 (im Anschluss an Th. Pogge, An Institutional Approach to Humanitarian Intervention).

²⁸Vgl. die Aufsätze in Strub, J.-D., Grotfeld, St. (Hrsg.), Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg, Stuttgart: Kohlhammer 2007; Kreis, G. (Hrsg.), Der «gerechte Krieg», Basel: Schwabe 2006; Janssen, D., Quante, M. (Hrsg.), Gerechter Krieg, Paderborn: mentis 2003; Bleisch, B., Strub, J.-D. (Hrsg.), Pazifismus, Bern: Haupt 2006; Evangelische Kirche in Deutschland, a. a. O., 65–70.

Völkerrechtliche Institutionalisierung: All diese Szenarien zwingen die Staaten zunehmend in eine «Schicksals-, Gewalt-, Kooperationsgemeinschaft»²⁴ mit der Notwendigkeit eines griffigen internationalen

Es gibt weltweit «keine strategischen Ghettos» mehr.

Krisenmanagements. Es gibt weltweit «keine strategischen Ghettos» (Th. Winkler) mehr. Die Bedrohungen betreffen Güter, die durch nationales und internationales Recht geschützt sind oder geschützt sein sollten.

Wie soll die Staatenwelt darauf reagieren? Ich bin überzeugt, dass das Konzept der «humanen Sicherheit» mit Hilfe des Völkerrechts institutionell zu sichern und

sem Grund ist eine Renaissance der Lehre des gerechten *Krieges* oder sogar der Lehre des heiligen Krieges, die als eigenständige Rechtfertigung von militärischer Gewalt neben das Völkerrecht tritt, zu kritisieren. Auch sollten die klassischen Begriffe *jus ad bellum*, *jus in bello* und *jus post bellum*, die immer noch Krieg (bellum) als etwas Normales oder sogar als ein Mittel der Politik suggerieren, heute nicht mehr in dieser Form verwendet werden. Da aber auch das bestehende Völkerrecht weiterentwickelt werden muss und nicht einem internationalen Positivismus überlassen werden darf, wird eine Lehre von der legitimen militärischen Gewaltanwendung benötigt. Es geht um die Definition von Kriterien der legitimen und rechtmässigen Anwendung von militärischer Gewalt, was heute etwas anderes ist als Krieg.

Auf der anderen Seite ist auch die Position des Pazifismus differenzierter zu betrachten. Allen pazifistischen Positionen gemeinsam sind die prinzipielle Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik («anti-warism»)²⁹ und damit verbunden auch alle Formen des Bellizismus und Militarismus. Auch wird von pazifistischer Seite die gefährliche Dynamik der Kriegs- und Waffenindustrie angeprangert, es werden umfassendere und kreativere Lösungen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung gefordert. Diesen Grundpositionen kann die hier vertretene Militärethik zustimmen. Ein kategorischer Pazifismus, der militärisch organisierte Gewalt in jeder Form ablehnt, ist mit der vorliegenden militärethischen Sicht jedoch nicht vereinbar, da er die Realität der widerrechtlichen Gewalt zu wenig ernst nimmt. Anschluss- und diskussionsfähig ist hingegen die von Teilen der friedensethischen Seite vertretene Position des Rechtpazifismus (*legal pacifism*) bzw. Verantwortungspazifismus, die an der Ächtung und Überwindung der Institution Krieg als Ziel festhält, jedoch militärisch-polizeilicher Gewalt zur völkerrechtlichen Rechtswahrung und Rechtsdurchsetzung unter strengen Kriterien als *Ultima Ratio* zustimmen kann.

Die unterschiedlichen Aufgaben sind in eine umfassende Friedens- und Sicherheitsstrategie zu integrieren:

«Wenn es stimmt, dass da, wo privatisierte und kommerzialisierte Gewalt überhand nimmt, erst Soldaten das Morden beenden und verhindern müssen, damit Friedensstifter überhaupt tätig werden können, ziehen diese Soldaten dann nicht am selben Strang wie die Pazifisten? Sind nicht beide aufeinander angewiesen? Beide können, was der jeweils andere nicht kann. Die Pazifisten können das Morden nicht verhindern, die Soldaten keinen Frieden schaffen, aber beide zusammen?»³⁰

Militärische Aufträge

Militärische Aufträge

Sicherung des nationalen rechtsstaatlichen Gewaltmonopols (inkl. territoriale Verteidigung eines Rechtsstaates)

Sicherung des internationalen völkerrechtlichen Gewaltlegitimierungs- und Gewaltdurchsetzungsmonopols

Subsidiäre militärische Beiträge zur Bewältigung ausserordentlicher nationaler und internationaler Ereignisse



Drei Armeeaufträge aus militärethischer Sicht.

Teil II: Folgerungen für die Armeeaufträge

Grundsatz: Aus vorliegender militärethischer Sicht sind Armeen (zusammen mit der Polizei und der Justiz) Institutionen mit dem Auftrag der nationalen und internationalen Rechtserhaltung und Rechtsdurchsetzung innerhalb einer (inter-)nationalen umfassenden Friedens- und Sicherheitsstrategie.³¹ Entsprechende Operationstypen könnten als Rechtserhaltungs- und Rechtsdurchsetzungsoperationen bezeichnet werden. Im Folgenden wird jedoch zur besseren Darstellung in drei Armeeaufträge differenziert:

1. Sicherung des nationalen rechtsstaatlichen Gewaltmonopols (inkl. territoriale Verteidigung eines Rechtsstaates)

Sicherstellung des Gewaltmonopols: Eine erste Aufgabe der Institution Armee ist – zusammen mit der Polizei und weiteren staatlichen Sicherheitsinstitutionen – die

Dabei unterscheidet er zwischen einer Privatisierung von oben und einer Privatisierung von unten.

Repräsentation und die Sicherstellung des rechtsstaatlichen Gewaltmonopols. Das staatliche Gewaltmonopol ist in der heutigen Zeit nicht mehr einfach gegeben. E. Eppler verweist auf die Gefahren seines Zerfalls hin zu einer Art Gewaltmarkt. Dabei unterscheidet er zwischen einer Privatisierung von oben und einer Privatisierung von unten. Bei der Privatisierung von unten wird das Gewaltmonopol von Revolutionären, Rebellen, Bürgerkriegsparteien, Terroristen, der organisierten Kriminalität, Räuberbanden oder Gangs zerstellt. Während Revolutionäre, politische

Rebellen sowie Bürgerkriegsparteien in der Regel mindestens noch einen Bezug zum Staat haben, nämlich dass sie ein in ihren Augen gerechteres oder anderes politisches System wollen, haben die organisierte Kriminalität, Gangs oder Räuberbanden gar kein Interesse mehr an einem funktionierenden Rechtsstaat. Diese Gruppierungen leben von Plünderei, Erpressung, Prostitution oder Piraterie auf den Weltmeeren. Terroristen missbrauchen staatliche Strukturen dann, wenn sie ihrem Ziel, der Verbreitung von Angst und Schrecken durch die willkürliche Tötung von Unbeteiligten, nützlich sind.

Bei der Privatisierung von oben geht die Privatisierung der Gewalt von Regierungen, Armeen und der besitzenden Oberschicht aus.³² Darunter lassen sich zum Beispiel «Paramilitärs», «Todesschwadronen» oder auch Teile von Geheimdiensten subsumieren, die die schmutzige Arbeit für bestimmte Kreise der Gesellschaft erledigen und das Gesetz selbst in die Hand nehmen. Parallel dazu lässt sich eine Tendenz zu einer steigenden Anzahl von privaten (militärischen) Sicherheitsfirmen feststellen. Das Hauptproblem dabei ist, dass diese Firmen unter marktwirtschaftlichen Überlegungen agieren und nicht mehr grundsätzlich dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

²⁹Vgl. Strub, J.-D., Bleisch, B., Einleitung, in: dies. (Hrsg.), a. a. O., 15–30.

³⁰Eppler, E., Pazifismus im 21. Jh., in: B. Bleisch, J.-D. Strub (Hrsg.), a. a. O., 300.

³¹Vgl. Müller, H., Militär, Rüstungsdynamik und Frieden, in: E. Jahn et al. (Hrsg.), Die Zukunft des Friedens, Bd. 2, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 235–252.

³²Vgl. Eppler, E., Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2002, 42–49; Schweizer Bundesrat, Bericht des Bundesrats zu den privaten Sicherheits- und Militärfirmen, unter: www.admin.ch/ch/d/ff/2006/623.pdf [5. Januar 2008]; Singer, P.W., Corporate Warriors, Cornell: University Press 2003; Uesseler, R., Krieg als Dienstleistung, Berlin: Ch. Link 2. Auflage 2006.

«Die Kommerzialisierung der inneren Sicherheit, die Auslagerung der staatlichen Schutzfunktion von der Polizei auf private Sicherheitsdienste geht ans Mark eines demokratischen Staates. Sie degradiert die Sicherheit, um derentwillen der moderne Staat einst geschaffen wurde, zur Ware am Markt, überdies zu einem Luxusgut, das sich nun einmal nicht jeder leisten kann.»³³

In diesem Armeeauftrag kommt es zu einer engen Kooperation von Armeen mit Polizeikräften. Dies führt nicht nur zu einer Art Verpolizeilichung der Streitkräfte, sondern auch zu einer Militarisierung der Polizei, weil sich durch den internationalen Terrorismus sowie die Mittel der organisierten Kriminalität die Polizeiaufgaben ebenfalls ausgeweitet haben. Polizei- und Militäraufgaben lassen sich nicht mehr kategorial trennen, beide Institutionen sind auf Sicherheit bezogen. Betreffend Taktik und Einsatzverfahren werden militärische Einsätze immer mehr Grundsätze der

Polizei- und Militäraufgaben lassen sich nicht mehr kategorial trennen.

Polizeitaktik übernehmen. Das bedeutet Rechtmässigkeit und Verhältnismässigkeit, Vorrang der Gewaltdeeskalation vor Eskalation, Überparteilichkeit, Einbindung in ein umfassendes Sicherheitskonzept sowie hohe Verantwortung auf unterer oder sogar unterster Einsatzstufe. Dabei ist die Polizei in der Regel für die normale Lage zuständig, das Militär für die ausserordentliche Lage, für das Monopol auf schweren Waffen (Panzer, Haubitzen, Kampfflugzeuge usw.), die territoriale Verteidigung sowie Operationen mit gezielter massiv-zerstörerischer letaler Gewalt, wenn dies das (Völker-) Recht auf Grund der Sicherheitssituation erfordert.

Ein Teil dieses Armeeauftrages ist die Verteidigung der territorialen Integrität eines Rechtsstaates. Ein militärischer Angriff auf ein funktionierendes und rechtsstaatliches Staatswesen darf in legitimer Weise verhältnismässig abgewehrt werden. Die dazu legitimierten Mittel sind von der Bedrohungslage und den Mitteln des Gegners bzw. der Gegenseite abhängig. Diese Mittel können von klassischer militärischer Verteidigung über Raumsicherungsoperationen bis hin zu Widerstandsbewegungen im besetzten Gebiet reichen. Dabei ist völkerrechtlich auch ein eng begrenzter militärischer Präemptivschlag erlaubt, jedoch kein Präventivkrieg auf Verdacht. Aber auch dieser Armeeauftrag kann letztlich nur gemeinsam mit Polizeikräften und Nachrichtendiensten erfüllt werden, da die Gegenseite immer versuchen wird, den inneren Zusammenhalt und Widerstandswillen eines Staates zu zersetzen.

Grenzen der Staatsgewalt: Kernaufgabe eines Staates ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch die Gewährung und den Schutz der Menschenrechte, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie die Verteidigung der territorialen Unversehrtheit des Staates mit rechtmässigen Mitteln.³⁴ Die genannten Pflichten erlauben es dem Staat jedoch gerade nicht, alle Mittel anzuwenden oder sich selber absolut zu setzen. Der Staat ist kein Selbstzweck. Wenn ein Staat nicht mehr seine Schutzverpflichtung gegen innen und aus-

Der Staat ist kein Selbstzweck.

sen wahrnehmen kann und die Grund- und Freiheitsrechte schützt, weil die funktionierenden Regierungsstrukturen zusammengebrochen oder korrumpt sind (*failed/failing states*), oder wenn er selbst zur Ursache von Verbrechen gegen die elementaren Menschenrechte wird (Terrorstaat), verliert er seine Souveränitätsrechte, vor allem das Recht auf Nichtintervention, und muss sich aus militärischer Sicht vor der internationalen Gemeinschaft bzw. der internationalen Gerichtsbarkeit verantworten.³⁵ Auch kann ein solcher Staat nicht mehr die Loyalität seiner Soldaten einfordern.

Doch auch hier gilt: Ohne entsprechendes Gewaltmittel ist eine internationale Rechtsordnung zahnlos. Dies führt zur zweiten Aufgabe von Armeen:

2. Sicherung des internationalen völkerrechtlichen Gewaltlegitimierungs- und Gewaltdurchsetzungsmonopols

Bedingte Souveränität: Das Völkerrecht hat sich hin zu einem «Friedensvölkerrecht» (D. Senghaas) entwickelt. Grundsätze des heutigen Völkerrechtes sind das Gewaltverbot in internationalen Beziehungen, die Nichtintervention in einen

souveränen Staat sowie der Schutz des Friedens, wozu in der heutigen Zeit auch der Menschenrechtsschutz gehört. Das geltende Völkerrecht verbietet daher – im Unterschied zum klassischen Völkerrecht –

Doch auch das Recht zur Selbstverteidigung ist lediglich ein «Notrecht».

militärische Gewalt, ausser zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung (UN-Charta Artikel 51) oder auf Grund eines Mandates durch den UN-Sicherheitsrat beim Vorliegen einer Angriffshandlung, eines Friedensbruches oder einer Friedensbedrohung (Artikel 39; 42). Doch auch das Recht zur Selbstverteidigung ist lediglich – analog zum innerstaatlichen Notwehrrecht – ein «Notrecht», das heißt, es ist nur so lange gültig, bis die internationale Gemeinschaft aktiv wird.

Die staatliche Souveränität wird dabei jedoch nicht mehr absolut verstanden, sondern an die Schutzverpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern gebunden:

«(...) sovereign states have a responsibility to protect their own citizens from avoidable catastrophe – from mass murder and rape, from starvation – but (...) when they are unwilling or unable to do so, that responsibility must be borne by the broader community of states.»³⁶

³³Eppler, E., a.a.O., 120; vgl. auch Kälin, W. et al., a.a.O., 21–109.

³⁴Vgl. Artikel 8 IStGH, Abs. 3, unter: www.icecpi.int [3. Jan. 2008].

³⁵Vgl. von Schorlemmer, S., The Responsibility to Protect, in: G. Beestermöller et al. (Hrsg.), «What we are fighting for ...», Stuttgart: Kohlhammer 2006, 87; Merkel, R. (Hrsg.), Der Kosovokrieg und das Völkerrecht, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2000.

³⁶ICISS, a.a.O., VII.

Die Schweizer Bauleitung isst gemeinsam mit den einheimischen Arbeitern, die am Wideraufbau-projekt der Swisscoy tätig sind.
Foto: Schweizer Armee/ZEM



Mit der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) sind nun auch die Straftatbestände umfassend kodifiziert, gegen die kein Politiker (und Soldat) verstoßen darf. Dazu zählen das Verbrechen der Aggression (jedoch noch ohne inhaltliche Definition), der Völkermord, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und – für Soldaten entscheidend – eine umfassende Auflistung von Kriegsverbrechen.³⁷ Gleichzeitig wurde deutlich gemacht, dass diese Straftatbestände auch auf bewaffnete Konflikte Anwendung finden, die keinen internationalen Charakter haben, und dass auch Einzelpersonen völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

*Militärische Einsätze:*³⁸ Gründe zur militärischen Gewaltandrohung und Gewaltanwendung innerhalb dieses Armeeauftrages, der wiederum nur innerhalb umfassender Sicherheitsoperationen sinnvoll ist, sind aus vorliegender militärischer Sicht:

a) Militärische Interventionen auf Anfrage dazu legitimierter Regierungen beim Zerfall staatlicher Strukturen mit sich abzeichnenden humanitären und menschenrechtlichen Katastrophen.

b) Durch den UN-Sicherheitsrat festgestellte schwerste Verletzungen *elementarer* Menschenrechte wie Massenmord, Genozid, Völkerverreibung, Versklavung oder die eindeutig und langfristig gewollte oder ungewollte staatliche Unfähigkeit, eine minimale Rechtsordnung auf einem Staatsgebiet durchzusetzen (*failed states*).

c) Militärische Operationen, die zur Sicherung von «humanitären Schutzzonen» eingesetzt werden, um die humanitäre Hilfe in Krisengebieten überhaupt erst zu ermöglichen.³⁹

d) Eindeutige, durch den UN-Sicherheitsrat bestätigte Verflechtungen von terroristischen Organisationen oder der organisierten Kriminalität mit staatlichen Strukturen, die eine *massive* Bedrohung für den Weltfrieden oder die natürlichen Lebensgrundlagen darstellen.

e) Eine durch den UN-Sicherheitsrat bestätigte Verweigerung von Regierungen oder Gruppierungen zum Zugang zu für die Menschheit überlebenswichtigen natürlichen Ressourcen (vor allem Wasser).

f) Weitere Einsätze unter UN-Mandat oder mit dem Einverständnis aller beteiligten Parteien vor, während und nach einem Konflikt in der Ausbildung von rechtsstaatlichen Armeen, der Konfliktprävention (Präsenz, Inspektionen usw.) sowie in Rechtsschaffungs- und Rechtserhaltungsoperationen (Waffenstillstandsüberwachungen, Präsenz des Gewaltmonopols, Sicherungs- und Stabilisierungsaufgaben, Minenräumung, Verfolgung von Verbrechern usw.).⁴⁰

g) Heftig umstritten: ausschliesslich *multilaterale* Interventionen ohne UN-Mandat bei eindeutigen, massenhaften, systematischen und schwersten Verletzungen *elementarer* Menschenrechte wie Massenmord, Genozid, Völkerverreibung oder Versklavung sowie die systematische Anwendung von Folter in Form der *Notwehrhilfe*. Wenn möglich ist – bei einer Blockade des UN-Sicherheitsrates – dazu eine Mehrheit der Stimmen der UNO-Generalversammlung zu erreichen und vom Internationalen Gerichtshof ein Gutachten über die Zulässigkeit einer solchen Intervention zu verlangen.⁴¹ Wird jedoch von diesem «Notrecht» von Staaten oder Bündnissen Gebrauch gemacht, ist *zwingend* durchzusetzen, dass die entsprechenden Handlungen im Nachhinein durch internationale Gerichte beurteilt und die beteiligten Politiker und Militärs bei einem Machtmissbrauch oder unverhältnismässigem Vorgehen zur Verantwortung gezogen werden.

Militärische Ressourcen: Die oben erwähnten Bedrohungsformen gefährden die internationale Sicherheit. Vielfach wird in diesem Zusammenhang von den «neuen Kriegen» gesprochen. Dieser Begriff kann aber irreführend sein, da die Gewaltphänomene, die darin zum Ausdruck kommen, nur noch bedingt durch den Begriff «Krieg» gedeckt sind. Es handelt sich vielmehr um gewaltsame Konflikte und Konfrontationen.⁴² Deshalb ist von «*widerrecht-*

Entscheidend aber ist, dass die internationale Gemeinschaft militärische Mittel benötigt.

lichem Gewaltphänomen» zu sprechen, um auch damit die Bindung aller militärischen Gewalt an das Völkerrecht auszudrücken und gleichzeitig – gerade auch gegenüber pazifistischen Argumenten – deutlich zu machen, dass trotz der völkerrechtlichen Unzulässigkeit und der anzustrebenden Überwindung des Krieges militärische Gewalt notwendig sein kann, um eine internationale Rechtsordnung zu schützen und durchzusetzen. Damit ein solches internationales Gewaltlegitimierungs- und Gewaltdurchsetzungsmonopol wirksam werden kann, benötigt die internationale Gemeinschaft jedoch Ressourcen von staatlichen Armeen. Es kann hier offen bleiben, welches Land welchen Beitrag erbringen soll. Ebenfalls ist einleuchtend, dass nicht jeder Staat den gleichen Beitrag leisten muss und kann. Je nach politischem Willen, finanziellen Fähigkeiten und Ressourcen können es militärische, polizeiliche, diplomatische oder humanitäre Mittel sein. Entscheidend aber ist, dass die inter-

nationale Gemeinschaft militärische Mittel benötigt.

Entziehen sich die Staaten dieser Aufgabe und kann die internationale Gemeinschaft ein solches Gewaltlegitimierungsmonopol nicht durchsetzen, entstehen rechtsfreie Räume. Die internationale Gemeinschaft hat dafür zu sorgen, dass nicht international agierende militärische Sicherheitsfirmen diese Sicherheitsaufgabe übernehmen, sondern staatlich besoldete Soldaten und Polizisten, die einen entsprechend rechtlich privilegierten Status haben, aber auch Rechenschaftspflicht haben. Söldner sind dagegen Privatpersonen, die Gewalt lediglich zu Notwehr und Notwehrhilfe anwenden dürfen. Staaten haben dafür zu sorgen, dass sie bei einem Missbrauch entsprechend zur Verantwortung gezogen werden.

3. Subsidiäre militärische Beiträge zur Bewältigung ausserordentlicher nationaler und internationaler Ereignisse

Eine zunehmende Bedrohung der Sicherheit stellen in der heutigen Zeit die natur-, technologie- und zivilisationsbedingten Ereignisse und Katastrophen dar. Die Gründe sind vielfältig. Sie reichen von der Klimaerwärmung über das Bevölkerungswachstum, die teilweise hohe Siedlungsdichte und Urbanisierung in Teilen der Welt bis hin zu den steigenden technologischen Möglichkeiten (z. B. Atomkraft). Hinzu kommt durch die globale Vernetzung die Gefahr durch biologische und chemische Stoffe sowie industrielle Schadstoffe mit der Möglichkeit von Epidemien oder sogar Pandemien. Bei diesen Bedrohungen müssen vielfach innerhalb kurzer Zeit viel «Manpower» und viele Mittel eingesetzt werden können.

Armeen verfügen auf Grund der ersten beiden Aufträge über Personen und Mittel, die sie einsatzbereit halten müssen. Es drängt sich daher auf, dass auf diese Personen und Mittel subsidiär für die Bewältigung von technologie- oder umweltbedingten Ereignissen zurückgegriffen wird.

³⁷Vgl. vor allem Artikel 5–8 IStGH; Werle, G., Völkerstrafrecht, Tübingen: Mohr Siebeck 2003.

³⁸Vgl. auch Haspel, M., Friedensethik und humanitäre Intervention, Neukirchen-Vluyn: Neukirchner 2002, 144 f.; Hirsch, W., Janssen, D., Menschenrechte militärisch schützen, München: C. H. Beck 2006, 113–117; Höffe, O., Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, 393–398; allgemein: Meggle, G. (Ed.), Ethics of Humanitarian Interventions, Frankfurt: ontos verlag 2004; Holzgrefe, J. L., Keohane, R. O. (Ed.), Humanitarian Intervention, Cambridge: University Press 2003.

³⁹Vgl. Steiger, E., Die Schweizer Armee des 21. Jahrhunderts?, in: ASMZ Nr. 6/2007, 10–13.

⁴⁰Vgl. Greminger, T., a. a. O., 8 f.

⁴¹Vgl. von Schorlemer, S., a. a. O., 81–112.

⁴²Vgl. Smith, R., a. a. O., 394 u. ö.



Zivil-militärische Zusammenarbeit als wichtiger Teil von militärischen Operationen.

Foto: Schweizer Armee/ZEM

Dies einerseits, weil der finanzielle und logistische Aufwand, neben den Armeen parallel noch eine hohe Anzahl permanenter ziviler Rettungskräfte für ausserordentliche Lagen auch in ordentlichen Lagen bereitzustellen, zu hoch und wenig sinnvoll wäre. Andererseits besteht bei solchen Ereignissen immer die Gefahr, dass Situationen entstehen, die das Soldatenhandwerk benötigen (z. B. Plünderungen). Der Übergang von Existenzsicherungsoperationen hin zu Raumsicherungs- bzw. Stabilisierungsoperationen ist fließend.⁴³

Teil III: Konsequenzen für Armeen und Soldaten

Armeen als Teil von integrierten Missionen: Aus militärischer Sicht ist das legitime politische und strategische Ziel, das militärische Gewaltanwendung rechtfertigt, ein stabiler und einigermassen gerechter Friede in Freiheit innerhalb von Staaten und der Staatengemeinschaft untereinander. Dieser Friede ist durch eine sanktionsbehaftete (internationale) Rechtsordnung zu

Das zivile und militärische Denken muss zu einem einheitlichen Sicherheitsdenken integriert werden.

schützen. Transformierte und auf den konkreten Auftrag massgeschneiderte Armeekontingente (*combined joint task forces*) werden dabei Teil von umfassenden nationalen und vor allem internationalen Sicherheitsoperationen (*integrated missions; CIMIC-operations*), bei denen sie mit ganz unterschiedlichen Akteuren zusammenarbeiten und in der Regel nur noch – wenn überhaupt – auf unterer taktischer Ebene eigenständig agieren werden. Das zivile und militärische Denken muss zu einem einheitlichen Sicherheitsdenken integriert werden, bei dem unter anderem diplomatische, humanitäre, ethnische, militärische, polizeiliche, religiöse sowie wirtschaftliche

Akteure einbezogen werden.⁴⁴ Ab Stufe Bataillon sind CIMIC-Offiziere einzusetzen.

Wandel der operativen Faktoren: Durch die Entwicklung im sicherheitspolitischen Bereich und die Zugrundelegung der oben dargestellten militärischen Sicht lassen sich in den klassischen 3(+1) Faktoren der operativen Führung (Kraft, Raum, Zeit, Information) Schwereigewichtsverschiebungen feststellen und es sind Veränderungen vorzunehmen:⁴⁵

Der Faktor «Kraft» wird beeinflusst durch die Asymmetrie der Stärke zu seinem Pendant, der Asymmetrierung der organisatorisch wie technologisch Unterlegenen (H. Münkler).⁴⁶ Technologisch gut gerüstete Soldaten und militärische Verbände von Atommächten treffen auf zunehmend nichtstaatliche Akteure wie unter anderem Einzelkämpfer oder kleine Gruppen mit leichten Waffen, Mobs mit Macheten oder fanatische Selbstmordattentäter/-innen, die die mangelnde Ausrüstung durch ihre «Kampfmoral» und religiöse oder politische Ideologien kompensieren. Sie treten in einer zellenförmig-horizontalen Organisationsform auf, die zu zerschlagen sehr schwierig ist. Operationen mit den klassischen Elementen Schock, Feuer, Bewegung und Schutz lassen moderne Armeen Schlachten gegen Armeen oder armeeähnliche Verbände gewinnen, aber keine Konfliktgegenden langfristig befrieden oder sogar für stabile rechtliche Verhältnisse sorgen. In den «wars amongst the people» (R. Smith)⁴⁷ benötigt es immer mehr Stabilisierungsoperationen bzw. *Rechtsdurchsetzungsoperationen*, die die betroffene Bevölkerung in die Lösung mit einbinden und die auf ihre «Herzen und Köpfe» zielen bzw. zuverlässige lokale Netzwerke etablieren können.

Das Hintergrundparadigma der heutigen Konflikte ist weniger ein huntingtonischer «clash of civilisations», sondern eher ein smithscher «clash of wills».⁴⁸ Dabei sehen sich so genannte «entherosiertes» Gesellschaften, bei denen Opfer unter den eigenen Soldaten immer weniger akzeptiert werden, vielfach mit einer neuen Idealisie-

rung und Heroisierung von «Helden» und «Opfern» der Gegenseite oder Teilen der Bevölkerung konfrontiert, bei der Gewalt wieder vermehrt religiös oder ideologisch begründet und dadurch enthemmt wird.⁴⁹ Eine daraus folgende und durchaus verständliche überstiegene «Force Protection»-

Moral, Wille und Integrität werden zu entscheidenden Faktoren in diesen Konflikten.

Reaktion schadet jedoch gerade auch. Soldaten dürfen von der betroffenen Bevölkerung nicht als von aussen kommende «Warriors» wahrgenommen werden, sondern als «Sicherheitsgaranten», die mit und in der Bevölkerung leben und denen man vertrauen kann.⁵⁰ Moral, Wille und Integrität werden zu entscheidenden Faktoren in diesen Konflikten.

Gleichzeitig findet eine schleichende Privatisierung, Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Gewaltmonopols statt, in der immer mehr Akteure (Kindersoldaten, Warlords, Söldnerverbände, organisierte Kriminalität) involviert sind, die grundsätzlich kein Interesse an einer raschen Lösung von Konflikten haben.

Der letzte Punkt führt zum Faktor «Zeit». Hier trifft die Tendenz der Beschleunigung auf diejenige der Entschleunigung.⁵¹ Regierungen, Bündnisse und staatliche Armeen versuchen in der Regel, militärische Operationen rasch und gezielt durchzuführen, währenddem es terroristischen Akteuren, Partisanen oder Widerstandsgruppen genügt, «militärisch nicht zu verlieren, um politisch zu gewinnen».⁵² Warlords sowie private Militär- und Sicherheitsunternehmen ihrerseits sind an lang andauernden Konflikten interessiert, da sie dadurch ihre finanziellen Interessen

⁴³Vgl. Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Ed.), Guidelines on the Use of Military and Civil Defence Assets in Disaster Relief, Geneva, 1994; Greminger, Th., a. a. O., 13–15.

⁴⁴Vgl. Smith, R., a. a. O., v. a. 387–390; Greminger, Th., a. a. O., 6–15.

⁴⁵Vgl. zu Folgendem vor allem Münkler, H., Der Wandel des Krieges, Weilerswist: Velbrück 2006; ders., Die neuen Kriege, Reinbek: Rowohlt 2. Auflage 2002; Smith, R., a. a. O.; Kaldor, M., Neue und alte Kriege, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2000; Ignatieff, M., Die Civilisierung des Krieges, Hamburg: Rotbuchverlag 2000; Schweizer Armee, Operative Führung XXI, 14–24.

⁴⁶Münkler, H., Der Wandel des Krieges, 66.

⁴⁷Vgl. Smith, R., a. a. O., v. a. 394–404, 1–26.

⁴⁸Vgl. Huntington, S., Kampf der Kulturen; Smith, R., a. a. O., 278, 390, 399 u. ö.

⁴⁹Vgl. Münkler, H., a. a. O., 310–354.

⁵⁰Vgl. Smith, R., a. a. O., 398–404.

⁵¹Vgl. Münkler, H., a. a. O., 169–188.

⁵²R. Aron zitiert bei Münkler, H., a. a. O., 184.

befriedigen können. Es kommt von dieser Seite teilweise zu einer bewusst gesuchten «strategischen Entschleunigung» (H. Münker) mit der Konsequenz der «*low intensity conflicts*». Die Beendigung oder zumindest Stabilisierung von solchen Konflikten benötigt Zeit, gerade auch, weil die angestrebten politischen Ziele rein militärisch gar nicht erreichbar sind und oft Staatsbildungs- und Versöhnungsprozesse beinhalten.

Auch der Faktor «Raum» wird erweitert: Einerseits nimmt der Cyberspace neben den klassischen Elementen Land, Wasser, Luft und Weltraum eine immer zentralere Rolle ein. Wenige Akteure können mit lediglich einem Netzzugang eine enorme Wirkung erzielen. Andererseits findet eine Entterritorialisierung sowie Rezivilisierung der Konflikte statt. Global agierende Terrornetzwerke, die organisierte Kriminalität oder Söldnerbanden sind in der Regel nicht auf die Inbesitznahme von Gelände oder staatlichen Territorien aus, sondern wollen ein Klima von «Angst und Schrecken» verbreiten und die Gegenseite zu unverhältnismässigen Aktionen provozieren, um dadurch ihre politischen und religiösen Ziele zu erreichen, finanziellen Profit zu erzielen oder ganz archaisch ihre Machtgier und Lust zu befriedigen. Dazu tragen sie gleichzeitig die Konflikte gezielt in die Bevölkerung hinein, was die Unterscheidung zwischen Beteiligten und Betroffenen zu einem grossen Problem macht und die Operationsräume «verzivilisiert». Drittens findet im Faktor «Raum» eine Multikulturalisierung statt. Multikulturelle Armeekontingente agieren in kulturell verschiedenen Räumen mit unterschiedlichen Rechtsordnungen sowie Sitten und Gebräuchen. Verstösse gegen entsprechende moralische, religiöse oder rechtliche Empfindungen können strategische oder sogar politische Dimensionen annehmen.

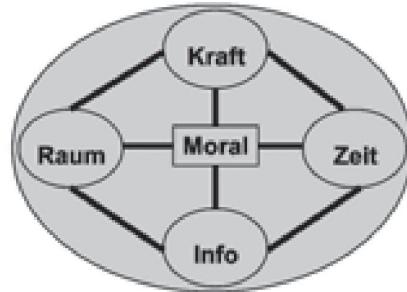
Der Faktor Information wird zunehmend entscheidend und immer mehr zu einem selbstständigen Faktor. Einerseits müssen Informationen aus der betroffenen Bevölkerung und zu ihren Führungsperso-

Der Faktor Information wird zunehmend entscheidend und immer mehr zu einem selbstständigen Faktor.

nen beschafft werden. Die Entscheidungsträger müssen ihr Einsatzgebiet betreffend politische, kulturelle, ethnische, religiöse, geografische, wirtschaftliche usw. Eigenheiten kennen. Andererseits müssen die betroffenen Akteure mittels Informationsoperationen und vertrauensbildender Massnahmen so beeinflusst werden, dass sie eine positive Haltung gegenüber den Sicher-

Konsequenzen für Operationen

Asymmetrie (der Stärke)
Asymmetrierung (der Schwäche)
Privatisierung (von oben)
Privatisierung (von unten)
Ökonomisierung / Kommerzialisierung



Idealisierung / Ästhetisierung
(Ent-)Heroisierung
Re-Moralisierung
Re-Religiosierung

Vgl.
Münker, H., Der Wandel des Krieges, 2006
Smith, R., The Utility of Force, 2008
Epple, E., Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?, 2003

Entschleunigung
Beschleunigung
Real-Time

Medialisierung
Real-Time

Wandel innerhalb der operativen Faktoren.

heitsoperationen einnehmen, weil sie einsehen, dass eine funktionierende Rechtsordnung mittel- und langfristig ihrem Eigeninteresse dient. Die Einsätze und Bilder aus solchen Konflikten werden in Echtzeit übermittelt und durch die Medien der Weltöffentlichkeit und der betroffenen Bevölkerung zugänglich gemacht, die mit ihrer Zustimmung oder ihrem Protest ihrerseits Elemente des Faktors «Kraft» werden.

Einige Konsequenzen für Armeen:

1. Armeen unterliegen einem Funktionswandel hin zu Instrumenten des (inter-)nationalen Rechts. Entsprechend ist die Rechtmässigkeit und Verhältnismässigkeit ihres Handelns entscheidend. Dies bedingt erstens, dass sich die Politiker, die Armeen einsetzen, uneingeschränkt an das geltende Landes- und Völkerrecht halten. Die Rechtmässigkeit eines jeden Einsatzes muss zweifelsfrei nachgewiesen werden, und beteiligte Staaten und Armeen haben sich aus diesem Grund subsidiär der internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Längerfristig dient die rechtliche Legitimierung durch die internationale Gemeinschaft den Eigeninteressen der beteiligten Staaten und schützt die Soldaten vor ungerechtfertiger Kritik. Zweitens ist es nicht nur notwendig, dass Armeen und ihre Soldaten das humanitäre Völkerrecht (Kriegsvölkerrecht) einhalten, sondern Streitkräfte müssen für jeden Einsatz mit entsprechenden Einsatzregeln versehen werden, die den Einsatz von und die Art und Weise der Gewalt regeln. Drittens haben sich Soldaten auch untereinander an das geltende Recht zu halten und sich jederzeit bewusst zu sein, dass sie mit ihrer Uniform eine (Völker-)Rechtsordnung vertreten.

2. Die Menschenwürde und die Menschenrechte als staatliche Grundprinzipien

fordern von Armeen, dass sie ihren Soldaten die Grund- und Freiheitsrechte gewähren und nur dort einschränken, wo dies notwendig und gesetzlich geregelt ist. Der Kerngehalt der Grundrechte steht dabei nicht zur Disposition. Soldaten dürfen von Politikern und der Armeeführung nie

In der Einsatzplanung und Einsatzführung sind auch die (Menschen-)Rechte der Gegenseite zu berücksichtigen.

leichtsinnig eingesetzt und in Gefahr gebracht werden. In der Einsatzplanung und Einsatzführung sind auch die (Menschen-) Rechte der Gegenseite zu berücksichtigen, sogar dann, wenn sich diese selber nicht daran hält. Dies schränkt die Art und Weise der militärischen Handlungsmöglichkeiten ein. Entsprechend sind die Führungs- und Ausbildungsprinzipien zu formulieren sowie das Ethos in Armeen zu prägen.

3. Armeen werden in solchen Rechtsdurchsetzungsoperationen vermehrt mit Ordnungsdiensteinsätzen und Stabilisierungsoperationen (oder klassisch: *counter-insurgency operations*) konfrontiert, bei denen das Ziel nicht zerstören, sondern schützen lautet. Der englische Brigadegeneral Nigel R. F. Aylwin-Forster folgert aus seinen Erfahrungen im Irak zwei erweiterte Fähigkeiten von Streitkräften:

«(...) a COIN [= counterinsurgency operations, D.B.] force must have two skills that are not required in conventional war-fighting. First, it must be able to see issues and actions from the perspective of the domestic population; second, it must under-

stand the relative value of force and how easily excessive force, even when apparently justified, can undermine popular support.⁵³

Armeen und ihre Soldaten sind entsprechend zu schulen. Dies wird zu einer weiteren «Konstabilisierung» (M. Janowitz) der Streitkräfte führen und vor allem zu einem differenzierten Umgang mit Gewalt und Gewaltmitteln. Im Einsatz ist immer danach zu fragen, welche Handlungsviariante die gewaltärmste noch vertretbare Option ist. Im Einsatz sind die Einsatzgrundsätze der Verhältnismässigkeit, der Unparteilichkeit (besser: Überparteilichkeit), der Transparenz und der Zusammenarbeit mit allen Beteiligten anzuwenden.⁵⁴

4. Um den multikulturellen Gegebenheiten gerechter zu werden und den Vorwurf eines «Neokolonialismus» (N. Chomsky) durch militärische Interventionen zu verhindern, sind, wenn immer möglich, *regionale*, rasch verfügbare Truppenkontingente unter der Führung der UNO oder einer regionalen Suborganisation einzusetzen, was aber wieder zur Folge hat, dass Staaten grundsätzlich Armeen unterhalten und diese der UNO für Einsätze zur Verfügung stellen. Eine UN-basierte, globale Führungsstruktur, die umfassende Sicherheitsoperationen planen und führen kann, ist einzurichten.

5. Die existenzielle Dimension militärischer Gewalt ist von den (politischen und militärischen) Verantwortungsträgern ernst zu nehmen, und entsprechend haben sie sich zu verhalten. Eine beschönigende Sprache ist ebenso wie eine Ästhetisierung von Gewalt zu verhindern. Es darf nie ausgeblendet werden, worum es auch bei einem legitimen Einsatz immer gehen kann: das Töten oder schwer Verwunden von Menschen, was gerade nicht sein sollte,

Eine beschönigende Sprache ist ebenso wie eine Ästhetisierung von Gewalt zu verhindern.

aber unter Umständen zum Rechtsschutz unvermeidlich wird. Aus diesem Grund ist auch der Begriff «humanitäre Intervention» für militärische Gewaltanwendung ungeeignet. Es handelt sich um «militärisch-polizeiliche Interventionen». Zum Umgang mit der Sprache gehört weiter, dass der Tendenz gewehrt werden muss, die Gegenseite mittels rhetorischer Mittel zu entmenschen oder sogar zu dämonisieren.

Einige Konsequenzen für Soldaten:

1. Soldaten werden in dieser Perspektive zu Vertretern des (inter-)nationalen Rechts in umfassenden Sicherheitsoperationen. Sie repräsentieren das staatliche Gewaltmonopol und das internationale Gewaltlegitimierungsmonopol. Dazu gehören kulturelle Sensibilität und Empathiefähigkeit. Soldaten müssen ein entsprechendes Selbstverständnis ausbilden. Was das für Konsequenzen für Soldaten hat, bringt David J. Kilcullen in Bezug auf Stabilisierungsoperationen auf den Punkt:

«(...) this [= counterinsurgency, D. B.] is a competition with the insurgent for the right and the ability to win the hearts, minds and acquiescence of the population. (...) You have more combat power than you can or should use in most situations. Injudicious use of firepower creates blood feuds, homeless people and societal disruption that fuels and perpetuates the insurgency. The most beneficial actions are often local politics, civic action, and beat-cop behaviours. For your side to win, the people

do not have to like you but they must respect you, accept that your actions benefit them, and trust your integrity and ability to deliver on promises, particularly regarding their security. In this battlefield popular perceptions and rumor are more influential than the facts and more powerful than a hundred tanks.»⁵⁵

Er geht sogar so weit, auf Grund seiner Erfahrungen Teile von solchen Operationen als «*armed social work*» zu bezeichnen.⁵⁶

2. Das notwendige Set an Fähigkeiten von Soldaten wird in solchen «Full Spectrum»-Operationen (D. Petraeus) immer grösser. Der heutige «Miles Protector»⁵⁷ muss vermitteln, deeskalieren, helfen, mit zivilen Akteuren zusammenarbeiten oder aber (tödliche) Gewalt anwenden und innerhalb dieses Spektrums innert Sekundenbruchteilen wechseln können. Dies in einem Umfeld, das zunehmend unübersichtlich wird und von zahlreichen Ak-

Die Reaktionszeit für Entscheide wird dabei immer kürzer.

teuren und den omnipräsenten Medien beherrscht wird. Die Reaktionszeit für Entscheide wird dabei immer kürzer. Oft muss auf unterster Stufe entschieden werden, wie im Sinne des Auftrages gehandelt werden soll, und entsprechend ist die Verantwortung zu übernehmen. Diese Entscheide können strategische Dimensionen annehmen. Es kommt zum Phänomen des «strategischen Soldaten». Jedem einzelnen Soldaten kann eine strategische Dimension zukommen.

3. Soldaten sollen ein Selbstverständnis des *kosmopolitischen Staatsbürgers in Uniform* ausbilden.⁵⁸ Das heisst, Soldaten sind als *Staatsbürger* dem eigenen Staat verpflichtet und übernehmen für die entsprechende Gesellschaft Stellvertreterfunktionen. Sie



Eine bewaffnete Swisscoy (MP) Patrouille im Kosovo kreuzt bei einem Kontrollgang Zivilisten.

Foto: Schweizer Armee/ZEM

⁵³ Aylwin-Foster, N., *Changing the Army for Counterinsurgency Operations*, in: *Military Review* 85 (Nov/Dec 2005), 4. Vgl. U. S. Army, *Field Manual 3-24* unter: www.fas.org/irp/doddir/army/fm3-24.pdf [5. Januar 2008]; Nagl, J., *Counterinsurgency. Lessons from Malaya and Vietnam*, New York: Praeger 2002.

⁵⁴ Vgl. Schweizer Armee, *Taktische Führung*, Ziff. 369; RVE, Ziff. 49–54; GS 07, Kapitel 2.

⁵⁵ Kilcullen, D., *Twenty-Eight Articles. Fundamentals of Company-level Counterinsurgency*, 1, unter <http://smallwarsjournal.com/documents/28articles.pdf> [5. Januar 2008].

⁵⁶ Kilcullen, D., a. a. O., 8.

⁵⁷ Däniker, G., *Wende Golfskrieg*, Frankfurt a. M.: Report-Verlag 1992.

⁵⁸ Vgl. zum Staatsbürger in Uniform Baudissin, W., *Soldaten für den Frieden*, München: Pieper 1969; Dörfler-Dierken, A. (Hrsg.), *Graf von Baudissin*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006.

Fähigkeiten des Soldaten



«The Strategic Soldier»

- (Inter-)nationale Ordnungsdiensteinsätze
- Eindämmung und Überwindung asymmetrischer Gewalt
- (Di-)symmetrischer Verteidigungskampf
- Existenzsicherung, Hilfeleistungen
- Deeskalieren bis Töten
- Im Umfeld verschiedenster Akteure / Medien
- Langandauernde Konflikte

Schützen – Kämpfen – Retten – Wirken

The Strategic Soldier – Fähigkeiten von heutigen Armeeangehörigen.

leisten das, was eigentlich jedes Mitglied der Gesellschaft leisten müsste, durch die Institutionalisierung der Lebensverhältnisse jedoch nicht zu leisten braucht: Sie garan-

Es sind keine kosmopolitischen Krieger, sondern «Staatsbürger in Uniform».

tieren Rechtssicherheit. Es sind *kosmopolitische* Staatsbürger, weil sie zwar dem eigenen Staat verpflichtet sind, aber nur so lange, wie dieser das Landesrecht *und* das Völkerrecht einhält. Blinder Gehorsam wird durch eine wachsam-kritische Loyalität

ersetzt. Es sind keine kosmopolitischen Krieger, sondern «Staatsbürger in Uniform». Das will betonen, dass es in der heutigen Zeit zwar professionelle Soldaten braucht (Miliz- wie Berufsverbände), diese aber keine eigene Kriegerkaste oder Söldnergruppe mit eigenen Regeln bilden, sondern zur Gesellschaft mit ihren Werten und Normen gehören. Sie haben grundsätzlich die gleichen Grund- und Freiheitsrechte. Für die heutigen Bedrohungsformen sind *Soldaten* mit einem ausgeprägten «Rechtsethos», nicht Krieger mit einem «Söldner-Habitus» notwendig, und einer gesellschaftlichen Überhöhung des Militärs (Militarismus) ist genauso wie einer Marginalisierung (Pazifismus) entgegenzutreten.

Kosmopolitische Staatsbürger in Uniform

Soldat als Funktionär des (inter-)nationalen Rechts Soldat als Stellvertreter



Der kosmopolitische Staatsbürger in Uniform – Leitbild eines heutigen Soldaten als Funktionär des (inter-)nationalen Rechts.

Am Schluss bleibt das Gewissen

Eine Gesellschaft kann sich unmenschliche Gesetze geben. Das Recht kann korrumpern und ungerecht werden. Regierungen können pervertieren und gegen das eigene Volk agieren. Institutionen können von Mächtigen missbraucht werden, und in Institutionen kann der Mensch oft wider seinen eigenen Willen zu einem blosen (uniformierten) Funktionär des Systems mutieren und dabei zwar institutionell korrekt, aber trotzdem moralisch oder sogar rechtlich falsch handeln. Die Gefahr der Selbstabschliessung und gesellschaftlichen Entfremdung ist Institutionen inhärent. Empfindungen und Intuitionen können durch die Allgegenwart von gewaltförmigen Strukturen oder mangelnder Aufmerksamkeit verrohen.⁵⁹ Vor all diesen Gefahren ist die moderne Gesellschaft mit ihren

Die Gefahr der Selbstabschliessung und gesellschaftlichen Entfremdung ist Institutionen inhärent.

Institutionen nicht gefeit und gerade Armeen, die als gesellschaftliche Institutionen die staatlich-kollektive Gewalt verwalten, androhen und teilweise anwenden, müssen dies sorgsam beachten. Als eine Möglichkeit, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, steht ein Rechtssystem, das die Gewalten-teilung etabliert hat und Verantwortungsträger zur Verantwortung zieht. Andererseits steht als Korrekturfaktor der einzelne Soldat mit seinem *Gewissen*. Im Gewissen wird der Mensch auf existentielle Weise mit seinem eigenen Handeln und Verhalten konfrontiert. Es ermöglicht die Einheit des Menschen mit sich selbst und ist die Stimme im Menschen (und Soldaten), die ihn unruhig werden lässt und auch Gegebenes von Zeit zu Zeit hinterfragt und zum Handeln drängt. Das Gewissen der Soldaten ist in modernen Armeen zu schützen.

Aber auch das Gewissen kann irren oder verrohen, und oft sind gerade die «Gewissenstäter» diejenigen, die schrankenlose Gewalt anwenden. Deshalb muss auch das Gewissen immer wieder gebildet und kultiviert werden. Dazu benötigt es ein kulturelles Umfeld, das dies ermöglicht und immer wieder der Frage nachgeht, was ein menschenwürdiges Zusammenleben ausmacht und welche Rolle dabei das Militär zu übernehmen hat.

⁵⁹Vgl. Arendt, H., Über das Böse, München: Piper 2006, 9–44.

Die Rolle der Luftstreitkräfte im neuen sicherheitspolitischen Umfeld

In den vergangenen Jahren hat sich das sicherheitspolitische Umfeld laufend verändert. Infolgedessen wandelten sich auch die Anforderungen an die sicherheitspolitischen Instrumente. Dieser Artikel soll der Frage nachgehen, welche Rolle Luftstreitkräfte in diesem neuen sicherheitspolitischen Umfeld einnehmen und inwiefern möglicherweise die Aufgaben der Schweizer Luftwaffe davon betroffen sind. Gründe für einen allfälligen Wandel der Rolle sind ein verändertes Bewusstsein von Sicherheit und eine veränderte Bedrohungslage. Die Mittel von Luftstreitkräften sind meist mehrrollenfähig und werden somit den Anforderungen des neuen sicherheitspolitischen Umfelds zu einem grossen Teil bereits jetzt gerecht. Die Luftwaffe verfügt ebenfalls über polyvalent einsetzbare Mittel und ist deshalb schon heute gewappnet, zumindest einen Teil der aus der veränderten Bedrohungslage resultierenden Aufgaben zu bewältigen. Sie arbeitet daran, ihre Prozesse und Mittel den gewandelten Gegebenheiten weiter anzupassen.

Jürg Studer*

Einleitung

Wohl kaum ein interessierter Betrachter der politischen Lage wird abstreiten, dass sich die globale Situation seit dem Fall der Berliner Mauer grundlegend verändert hat. Fachleute sind sich einig, dass der Wegfall der bipolaren Machtblöcke zunehmend Instabilität hervorgebracht hat. Die Bedrohung ist diffus und dadurch unberechenbar geworden. Dieser Erdruß in der globalen, politischen Landschaft hat auch die Schweiz erfasst. Der Bundesrat hat dieser Entwicklung seit der Wende mit dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) Rechnung getragen.¹

Im SIPOL B 2000 hat der Bundesrat erkannt, dass eine Sicherheitspolitik, welche sich gemäss dem ehemaligen Bericht 90 «auf die machtpolitisch bedingten Bedrohungen bezieht» nicht mehr aktuell sein kann.² Er hat die neue Ausrichtung der Sicherheitspolitik als «Prävention und Bewältigung von Gewalt strategischen Ausmasses» bezeichnet und meint damit «Gewalt, die überregionale, nationale oder internationale Auswirkungen hat und damit erhebliche Teile von Staat und Gesellschaft betrifft».³ Der Bundesrat hat aber auch festgestellt, dass sich die sicherheitspolitischen Herausforderungen nur bewältigen lassen, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel vernetzt und in Kooperation im In- und Ausland eingesetzt werden. Mit dem Begriff *Sicherheit durch Kooperation* hat der Bundesrat dies unterstrichen und dem Bericht damit ein Leitmotiv gegeben.⁴

*Jürg Studer, Oberstlt, Berufsmilitärpilot, Master of Military Operational Art and Science, Stv C Dokturforschung und -lehre, Luftwaffenstab, 3003 Bern.

Seit dem Erscheinen des SIPOL B 2000 sind jedoch schon beinahe zehn Jahre vergangen und das Umfeld hat sich weiter gewandelt. Die Terroranschläge vom 11. September 2001, jene von Madrid und von London, die Entwicklung in Afghanistan,

Seit dem Erscheinen des SIPOL B 2000 sind jedoch schon beinahe zehn Jahre vergangen und das Umfeld hat sich weiter gewandelt.

in Irak und im Nahen Osten sowie die Lage im Sudan, in Nordkorea und im Iran sind nur einige der Ereignisse, welche in der Zwischenzeit das Weltgeschehen geprägt haben bzw. prägen. Der vorliegende Artikel soll untersuchen, welche Rolle Luftstreitkräfte allgemein und insbesondere die Schweizer Luftwaffe in diesem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld einnehmen.

Das neue sicherheitspolitische Umfeld

Um das neue sicherheitspolitische Umfeld besser verstehen zu können, müssen zuerst der Begriff Sicherheit und das persönliche Sicherheitsempfinden etwas genauer betrachtet werden. Meyer's online Lexikon definiert Sicherheit als «das Freisein von Bedrohung, bezogen einerseits auf den Einzelnen und seine soziale Situation, andererseits auf ein Kollektiv, auf Staat und Gesellschaft und ihre Ordnungen, nicht zuletzt die militärische Absicherung».⁵ Interessant an dieser Definition ist der Umstand, dass die militärische Absicherung als integraler Bestandteil von Sicherheit betrachtet wird. Dies ist kein Einzelfall, sondern eine Betrachtungsweise, welche auch

von anderen Enzyklopädien geteilt wird.⁶ Daher ist es nicht erstaunlich, dass während des Kalten Krieges Sicherheit mehr oder weniger mit *nationaler Sicherheit* gleichgesetzt wurde und sich hauptsächlich an militärischen Parametern orientierte.⁷

Nachdem die direkte militärische Bedrohung für die Schweiz durch die Auflösung des Warschauer Pakts und der Neuorientierung der NATO in den Hintergrund getreten ist, wurde der Begriff Sicherheit zunehmend mit wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, ökologischen oder technologischen Aspekten ergänzt.

Die Entstaatlichung des Gewaltmonopols in weiten Teilen der Welt führte zu einer weiteren Anpassung des Begriffes Sicherheit.

Risiko- und Bedrohungsbeurteilung umfasste plötzlich auch Themen wie Migration, Klimawandel, Überalterung und innere Sicherheit.⁸ Die Entstaatlichung des Gewaltmonopols in weiten Teilen der Welt führte zu einer weiteren Anpassung des Begriffes Sicherheit. Immer mehr beeinflussten nicht mehr nur Staaten oder multinationale Machtblöcke, sondern auch fundamental-religiöse Gruppen, internationale Gesellschaften oder gar Individuen die Sicherheitspolitik unseres Landes.⁹

Wie Sicherheit durch den Einzelnen interpretiert wird, ist sehr schwierig auszudrücken, da Sicherheit so unterschiedlich empfunden und priorisiert werden kann, wie es Individuen gibt. Man könnte versuchen, in Analogie der Maslow'schen Bedürfnispyramide, das Streben nach Sicherheit hierarchisch auszudrücken. Studien der ETH Zürich in den letzten fünf Jahren scheinen ein solches Modell zumindest teilweise zu bestätigen, für ein abschliessen-

¹Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999.

²ibid, S 10.

³ibid, S 10.

⁴ibid, S 10.

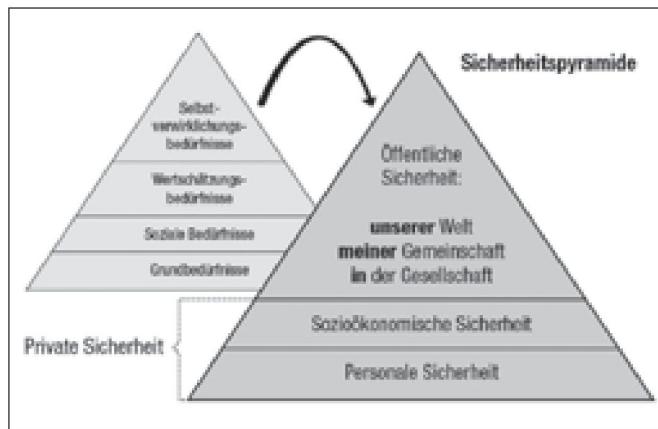
⁵Meyer's Lexikon online, <http://lexikon.meyers.de/meyers/Sicherheit>.

⁶The American Heritage® Dictionary of the English Language, in The Free Dictionary by Farlex, <http://www.thefreedictionary.com/security> und Merriam-Webster's Online Dictionary, <http://www.m-w.com/dictionary/security>.

⁷Beat Habegger, Von der Sicherheits- zur Risikopolitik: Eine konzeptionelle Analyse für die Schweiz, in Bulletin 2006 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, Center for Security Studies (CSS), ETH Zurich (2006), S 147.

⁸ibid, S 147.

⁹ibid, S 148.



des Urteil wäre jedoch eine Untersuchung über einen längeren Zeitraum notwendig.¹⁰

Ein Vergleich von 14 Sicherheitsaspekten auf Verwandtschaft ergibt eine leicht modifizierte Struktur.¹² Diese Sicherheitsaspekte können in den drei Sphären «Persönliche und ökonomische Sicherheit», «Sicherheit in meiner Gesellschaft» und «Sicherheit meiner Gesellschaft» zusammengefasst werden und damit ergibt sich, wie in der oben stehenden Grafik dargestellt, eine Verschiebung der Aufteilung gegenüber der oben gezeigten Pyramide.¹³

Fassen wir also kurz zusammen. Das neue sicherheitspolitische Umfeld umfasst mehr als nur eine militärische Komponente und die Mitwirkenden sind nicht mehr nur Staaten, sondern auch nichtstaatliche Akteure. Zusätzlich wird es von jedem Einzelnen unterschiedlich aufgefasst und priorisiert.

Bedrohung¹⁵

Was ist nun aber die konkrete Bedrohung, welche von diesem neuen sicherheitspolitischen Umfeld ausgeht. So manigfältig, wie sich dieses präsentiert, so vielfältig sind die Bedrohungsformen. Sie alle aufzuzählen, würde aber den Rahmen dieses Artikels sprengen. Hier sollen, ohne

Anspruch auf Vollständigkeit, einige Bedrohungsformen etwas näher beleuchtet werden, welche aus Sicht der Luftwaffe bedeutend sind. Aus der Optik der Luftwaffe interessiert natürlich vor allem das Bedrohungspotenzial im und aus dem Luftraum, da es sich hier um das Kerngeschäft der Luftwaffe handelt. Daneben gibt es aber zahlreiche weitere Bedrohungsformen, welche meist mittelbar und zuweilen auch unmittelbar mit den Aufgaben und Möglichkeiten der Luftwaffe zusammenhängen. Sie sollen hier ebenfalls kurz erwähnt werden.

Bedrohungspotenzial im und aus dem Luftraum

Nichtstaatliche Akteure machen immer häufiger Gebrauch vom Luftraum. Der Einsatz von unbemannten Flugobjekten (UAV/ unmanned aerial vehicle) zur Aufklärung durch die Hisbollah oder der Angriff der Tamil Tigers auf Stützpunkte der Armee mit bewaffneten, zivilen Kleinflugzeugen sind Beispiele dafür.¹⁶ In der aktuellen Bedrohungslage für die Schweiz kann man das Gefahrenpotenzial im und aus dem Luftraum zusammenfassen auf die nicht-autorisierte Benutzung des Luftraumes durch Überflüge mit bemannten oder unbemannten Luftfahrzeugen, auf die Bedrohung des Luftverkehrs durch boden-

gestützte Waffen oder auf sogenannte «Renegade»-Flugzeuge.¹⁷ Ein Renegade kann ein entführtes Grossflugzeug, aber auch ein zweckentfremdetes Kleinflugzeug sein. Beispiele dafür sind 9/11 (Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon), aber auch der Vorfall, als ein Schweizer Pi-

Nichtstaatliche Akteure machen immer häufiger Gebrauch vom Luftraum.

lot mit seinem Kleinflugzeug in Mailand in das Pirelli-Hochhaus flog.¹⁸ Im weitesten Sinne könnte man auch Angriffe mit Kurzstreckenraketen und Minenwerfer unter den Begriff Bedrohung aus dem Luftraum subsumieren, obwohl es sich hierbei um Boden-Boden-Waffen handelt.

Eine nichtautorisierte Benutzung des Luftraumes hat auch eine Störung/Gefährdung des zivilen Luftverkehrs zur Folge. Sie kann sich als Überflug eines ausländischen Staatsluftfahrzeugs ohne diplomatische Freigabe oder mit nichtbewilligter Fracht bzw. Zuladung (Bewaffnung) manifestieren. Mit einer solchen Problematik wurde die Luftwaffe in den letzten Jahren wiederholt konfrontiert, als die Schweiz während der Balkankonflikte den Überflug für bewaffnete ausländische Staatsluftfahrzeuge oder für solche, die Waffen transportierten,

¹⁰ Karl Haltiner, Andreas Wenger et al., Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend, Center for Security Studies (CSS), ETH Zurich (2007), S. 64–68.

¹¹ ibid, S 65.

¹² ibid, S 67 ff.

¹³ ibid, S 67.

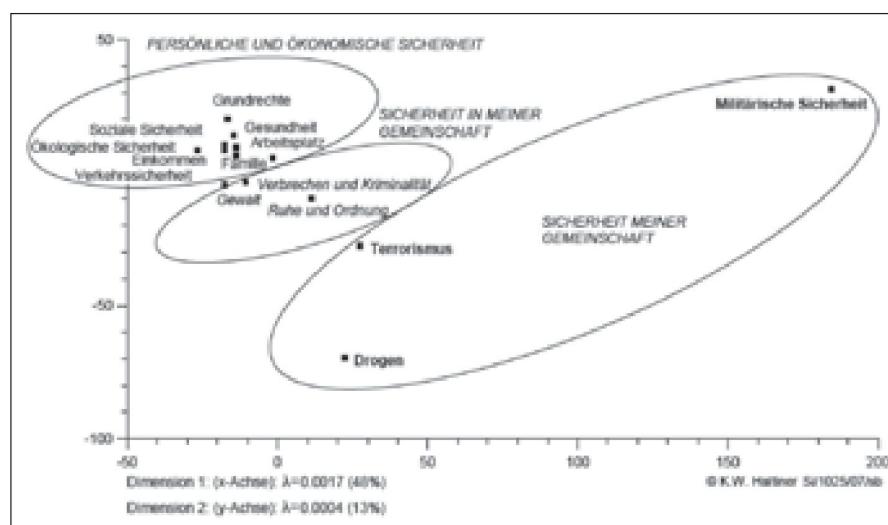
¹⁴ ibid S 70.

¹⁵ Die nachfolgenden Betrachtungen über die Bedrohung sind ein Konzentrat aus dem noch unveröffentlichten Optionenpapier der mittelfristigen Entwicklung der Luftwaffe des Kdt Luftwaffe. Der Autor hat zuletzt für die Erstellung und Redaktion dieses Papiers verantwortlich gezeichnet.

¹⁶ Für Hisbollah UAV siehe David Eshel, Israel Intercept Two Attack UAV Launched by Hezbollah, Defense Update, Internet: <http://www.defense-update.com/2006/08/israel-intercept-two-attack-uav.html>, für Tamil Tigers siehe BBC Online-News vom 24.04.07, Internet: http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/6586283.stm.

¹⁷ Ein Flugzeug wird als Renegade bezeichnet, wenn es gestohlen oder entführt wurde, um einen terroristischen Akt zu begehen oder um es als Massenvernichtungswaffe einzusetzen (Definition nach UK Interim Joint Doctrine Publication 02 vom Dezember 2004).

¹⁸ Dieser Vorfall fällt zwar letztendlich nicht unter obige Definition, doch war zu Beginn das Motiv für die Zweckentfremdung unklar und die Behörden mussten vom schlimmsten Fall, einem Terrorangriff, ausgehen. Für weitere Informationen siehe <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1938461.stm> oder <http://archives.cnn.com/2002/WORLD/europe/04/18/italy.milan/>.



Grafische Darstellung einer zweidimensionalen multivariaten Korrespondenzanalyse der Wichtigkeitsbeurteilung von 14 vorgegebenen Sicherheitsaspekten.¹⁴



Abgeschossene Ababil-Drohne der Hisbollah.

Foto: IAF

nicht freigab. Ebenfalls in diese Kategorie fallen die in der Presse erwähnten Überflüge der CIA-Gefangenentransporte.

Terrororganisationen haben bewiesen, dass sie sowohl zivile als auch militärische Ziele mit schultergestützten Boden-Luft Lenkwaffen angreifen können. Die Vorfälle in Mombasa 2002 und in Bagdad 2003 legen Zeugnis davon ab.¹⁹ Es ist durchaus denkbar, dass sich ein Vorfall dieser Art auch in der Schweiz ereignen kann; im Jahr 2006 wurde ein Verdächtiger verhaftet, der möglicherweise dabei war, einen solchen Anschlag zu planen.²⁰

Terrorismus

Zurzeit ist die Bedrohung der Schweiz durch grössere Terroranschläge relativ gering. Im Jahr 2006 konnten in der Schweiz keine konkreten Handlungen zur Vorbereitung von gravierenden Terroranschlägen, wie sie beispielsweise die Al Kaida-Bewegung in London oder Madrid durchführte, nachgewiesen werden.²¹ Es ist aber eine Tatsache, dass auch in der Schweiz Personen leben, welche solche Terrorzellen aktiv unterstützen.²² Eine Verschlechterung der Lage liegt also durchaus im Bereich des Möglichen. Eine solche Lageänderung kann jederzeit, innert kurzer Zeit und ohne längere Vorwarnung Tatsache werden. Von allen möglichen Terroranschlägen sind für die Luftwaffe primär die Bedrohung aus der Luft (z.B. Selbstmordanschläge mit entführten Verkehrsflugzeugen oder Privatflugzeugen) sowie die Bedrohung der Luft-

fahrt (z.B. durch schultergestützte Flablenkwaffen) bedeutsam.

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen²³

Obschon bedeutende Wissenschaftler der Meinung sind, wir müssten dankbar sein, dass Terrororganisationen bisher noch keine Atomwaffen oder schmutzige Bomben eingesetzt haben, ist eine direkte und akute Bedrohung der Schweiz durch Massenvernichtungswaffen gegenwärtig nicht gegeben.²⁴ Die weltweite Proliferation potenzieller, weitreichender Trägersysteme (Ballistische Lenkwaffen und Marschflugkörper) mit bedeutenden Einsatzdistanzen schreitet jedoch unaufhörlich fort. In einer Zeit, wo die Hisbollah in der Lage ist, eine bewaffnete Kampfdrohne einzusetzen, ist es durchaus denkbar, dass Terrororganisationen in naher Zukunft sowohl über Trägersysteme als auch Zuladung verfügen, um einen Anschlag mit Massenvernichtungswaffen zu begehen. Eine entsprechende Lageänderung kann daher viel schneller eintreten als im Zusammenhang mit einer Bedrohung durch konventionelle Streitkräfte. Unter diesem Gesichtspunkt muss man zwar vor allem ein Augenmerk auf die Staaten Nordkorea und Iran halten, man darf aber auch die politische Entwicklung in Pakistan nicht ausser Acht lassen. Pakistan ist eine islamische Atommacht mit gegenwärtig beunruhigend instabilen Verhältnissen. Solche oder andere Länder könnten als potenzielle Lieferanten von waffen-

fähigem, spaltbarem Material durchaus in Frage kommen. Deshalb muss die Schweiz in diesem Bereich aktiv und äusserst wachsam sein und die Entwicklung und Verbreitung nuklearen Materials und möglicher Trägersysteme sowie die Evolution der potenziellen Abwehrmassnahmen aufmerksam verfolgen.

Aufgrund der technologischen Möglichkeiten und Grenzen ist die Abwehr weitreichender Lenkwaffen und Marschflugkörper durch einen Kleinstaat nicht mehr auf rein nationaler Ebene lösbar. Eine solche Abwehr kann nur in Kooperation mit internationalen Partnern erfolgen. Al-

**Die Abwehr weitreichender
Lenkwaffen und Marschflugkörper
(ist) durch einen Kleinstaat nicht
mehr auf rein nationaler Ebene lösbar.**

lerdings ist hier zu berücksichtigen, dass trotz erfolgreicher Testschüsse gegenwärtig noch kein Staat oder Staatenbündnis weltweit über eine operationelle und robuste Fähigkeit zur Abwehr von weitreichenden Lenkwaffen oder Marschflugkörpern verfügt.

Regionale Konflikte, humanitäre Katastrophen und Umwelteinflüsse

Trotz der stabilen Situation in Europa darf nicht vergessen werden, dass in anderen Teilen der Welt und teils unweit unseres Kontinentes regionale Konflikte und Kriege, ethnische Säuberungen, Folterungen, Menschenhandel, Unterdrückung politischer Gegner und andere Untaten zur Tagesordnung gehören. Kriegerische Ereignisse und Umwelteinflüsse führen in

¹⁹ Für den Vorfall in Mombasa siehe Time online Edition 1.12.02, http://research.lifeboat.com/surface_to_air.htm; für den Vorfall in Bagdad siehe US DoD Defense Link News online vom 23.11.03, <http://www.defenselink.mil/news/newsarticle.aspx?id=27733>.

²⁰ Bundesamt für Polizei, Bericht innere Sicherheit der Schweiz 2006, EJPD (2007), S. 31.

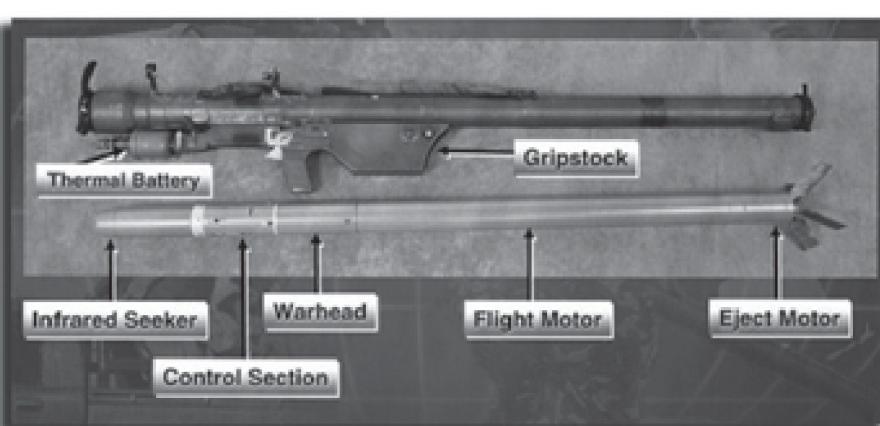
²¹ ibid, S. 10.

²² ibid, S. 10.

²³ Massenvernichtungswaffen sind militärische Waffen oder Kampfstoffe, deren Einsatz zur massenhaften und unterschiedslosen Tötung von Menschen und zur Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen führen würde. Zu den Massenvernichtungswaffen werden heute in der Regel die ABC-Waffen gezählt.

²⁴ Ken Gewertz, Interview mit Prof. Graham Allison in Harvard University Gazette, 14.10.04, online edition: <http://www.hnq.harvard.edu/gazette/2004/10.14/11-allison.html>.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) definiert als Schmutzige Bombe einen konventionellen Sprengsatz, der bei seiner Explosion radioaktives Material freisetzt.



This image identifies the main components of a typical MANPADS.

Schultergestützte Einmann-Fliegerabwehrlenkwaffe.

Foto: US Department of State



Einsatz eines Super-Pumas in friedensförderndem Einsatz.

Foto: Luftwaffe

Entwicklungsländern oft zu wirtschaftlichen Notlagen und Armut. Die Folge davon ist eine Zunahme von Migrationsströmen, mit einer daraus resultierenden Verschärfung der Lage in Durchgangs- und Zielländern. Die vorab aus dem afrikanischen Kontinent stammenden Flüchtlingswellen führen insbesondere in Sizilien, Süditalien und Südspanien zu erheblichen Problemen, welche von den betroffenen Ländern nur noch mit Hilfe des Einsatzes von Streitkräften bewältigt werden können. Drittstaaten müssen um Hilfe ersucht werden.

Der Einsatz der Armee kann in dieser Situation eine zweifache Funktion übernehmen. Einerseits können die zivilen Behörden direkt durch den subsidiären Einsatz der Armee unterstützt werden, andererseits kann aber ein friedensfördernder Armeeeinsatz in den betroffenen Regionen den internationalen Organisationen oder den Non-Governmental Organisations (NGO) das nötige sichere Umfeld für die humanitäre Hilfeleistung und für echte Entwicklungshilfe Projekte schaffen und so weitere Flüchtlingswellen und Migration eindämmen.²⁵

Schwache und scheiternde Staaten

Obwohl es bislang keine exakte Definition eines schwachen und scheiternden Staates gibt, versteht man darunter im Allgemeinen Länder, welche staatliche Dienstleistungen wie Sicherheit, Gesetz, medizinische Versorgung, Bildung und kritische Infrastruktur nur unzureichend oder kaum mehr anbieten können. Kurz, es sind Staaten, welche ihr Gewaltmonopol verloren haben. Schwache und scheiternde Staaten sind einerseits immer wieder Ausgangsbasis oder Zufluchtsorte für Terrorismus und organisierte Kriminalität und andererseits sind sie viel anfälliger für Armut und die daraus resultierende Flüchtlingsproblematik.

Organisierte Kriminalität

Unter organisierter Kriminalität sind

Aktivitäten international tätiger, krimineller Vereinigungen zu verstehen, welche sich hauptsächlich mit dem Handel von Betäubungsmitteln, dem Menschen-smuggel oder -handel befassen. Als Beispiele mögen die italienische, die albanische und die russische Mafia oder chinesische Triaden dienen. In letzter Zeit häufen sich auch Anzeichen, dass terroristische Gruppierungen und kriminelle Vereinigungen eigentliche Zweckbündnisse eingehen, wie dies in der sogenannten Tri-Border Area in Südamerika beobachtet werden kann.²⁶

Folgerungen für die Luftwaffe

Für die Luftwaffe kommt der Wahrung der Lufthoheit höchste Priorität zu. Die Lage und die Entwicklung in unserem unmittelbaren und erweiterten Umfeld bedingt eine relativ robuste Architektur von verbundenen Sensoren und Effektoren, welche es ermöglichen, die vollständige Palette der Leistungen zur Wahrung der Lufthoheit innerhalb kurzer Zeit und in Permanenz, mit Unterstützung der Milizfor-

mationen über einen Zeitraum von einigen Monaten zu erbringen.²⁷ Eine umfassende Bedrohungsanalyse bedingt aber auch eine Fähigkeit zur Früherkennung und zur Risikobeurteilung. Dies geschieht im Verbund mit verschiedenen Sensoren und der nachrichtendienstlichen Auswertung und Bewertung der damit erfassten Daten.

Dieses System der verbundenen Sensoren und Effektoren dient dazu, eine nicht-autorisierte Benutzung unseres Luftraumes im Rahmen der oben beschriebenen Bedrohungsformen zu erkennen und zu bekämpfen. Die Einsätze zur Wahrung der Lufthoheit sind eine tägliche Aufgabe, welche die Luftwaffe bereits heute mit boden- und luftgestützten Mitteln wahrnimmt.

Im Zusammenhang mit den wahrscheinlichsten Aufgaben der Armee erbringt die Luftwaffe zusätzlich vor allem Luftransportleistungen im subsidiären Einsatz. Friedensfördernde Aufgaben, humanitäre Einsätze und Rettungsmissionen im

²⁵NGO (Non-Governmental Organisations) sind juristisch konstituierte Organisationen, welche von Einzelpersonen oder Organisationen ohne Beteiligung einer Regierung gegründet wurden. Sie engagieren sich meistens im humanitären oder ökologischen Bereich. Beispiele für weltweit zirka 40000 existierende NGO sind das Internationale Rote Kreuz, Caritas, Médecins sans Frontières, OXFAM, Greenpeace usw.

²⁶Rex Hudson, «Terrorist and Organized Crime Groups in the Tri-Border Area (TBA) of South America,» ed. Federal Research Division (Library of Congress, 2003), S. 1. Die Tri-Border Area ist eine Region in Südamerika mit drei Populationszentren, wobei sich jedes in einem anderen Land befindet. Diese Populationszentren sind Puerto Iguazú (Argentinien), Foz do Iguaçu (Brasilien), Ciudad del Este (Paraguay).

²⁷Die aktuelle Anzahl Kampfflugzeuge lässt jedoch über einen so langen Zeitraum keine 24/7 Permanenz in der Luft zu.



Einsatz F/A-18 zum Schutz des WEF

Foto: Luftwaffe

Einsatz von Kampfflugzeugen im neuen sicherheitspolitischen Umfeld (Einsatztypen und -rollen)		Subtotal Rollen	Total Typ
Einsatztyp	Einsatzrollen	%	%
Nichtletal	Elektronische Kriegsführung	17	21
	Relais für Informationen	4	
Nichtkinetisch	Bewaffnete Aufklärung	52	78
	Bewaffneter Begleitschutz	1	
	Präsenz im Luftraum (zur direkten Unterstützung von Trp am Boden)	4	
Kinetisch	Show of Force	21	1
	Waffeneinsatz	1	

Zusammenstellung von Luftmacht-Einsatztypen und -rollen integrierter Luftoperationen im neuen sicherheitspolitischen Umfeld.³⁰

In- und Ausland runden das Leistungspotfolio ab. Die Luftwaffe leistet somit einen wichtigen Anteil an der Lösung der täglich konkret stattfindenden Sicherheitsprobleme in Europa und in der Schweiz.

Die Mittel der Luftwaffe können zu weit mehr als nur zur Abwehr eines militärischen Angriffs eingesetzt werden. Die Luftwaffe stellt dies bereits heute täglich im subsidiären Einsatz mit oder ohne mögliche Gewaltanwendung und in friedensfördernden Einsätzen ohne Einsatz von Gewalt unter Beweis. Dabei spielen nebst den fliegenden und bodengestützten Waffensystemen vor allem die Fähigkeiten Mobilität und Führung (ISTAR) eine grosse Rolle.²⁸ Tatsächlich bilden die Missionen mit Waffeneinsatz in Operationen gegen die Akteure im neuen sicherheitspolitischen Umfeld eine verschwindende Minderheit.²⁹

Im Zusammenhang mit den eingangs erwähnten Bedrohungsformen stellt der interessierte Leser fest, dass sich humanitäre Katastrophen meist in einem unsicheren Umfeld manifestieren. Die Helfer im humanitären Einsatz werden oft mit Problemen der Sicherheit konfrontiert. Hilfsgüter kann man dank Luftransport auch in Katastrophengebieten mit unterbrochenen Verkehrswegen den Bedürftigen rasch und

relativ schnell einen Überblick über die Lage vor Ort verschaffen. Es können damit auch aktuelle Karten erstellt werden, welche beispielsweise das Ausmass von Naturkatastrophen und unterbrochene Verkehrsträger berücksichtigen. Die Aufklärungs- und Überwachungsmittel können zusätzlich dazu dienen, die Einhaltung von Abkommen, beispielsweise in einer entmilitarisierten Zone, zu überprüfen, Flüchtlingsströme zu überwachen oder die Entwicklung der Nahrungssituation (Versteppung, Ernteausfälle) zu verfolgen.

Kernkompetenzen Luftwaffe heute

Zu den Kernkompetenzen der Luftwaffe gehören Leistungen, welche direkt im Zusammenhang mit den aus den Armeeaufträgen abgeleiteten Aufträgen an die Luftwaffe stehen. Es sind dies:

- Schutz des Luftraumes durch permanentes Erstellen der identifizierten Luftlage (RAP) zugunsten der politischen und militärischen Führung und der Flugsicherung, Gewährleistung der Lufthoheit und Sicherstellung der Luftverteidigung,³¹
- Durchführung von Luftransporten,
- Beschaffung und Verbreitung von Nachrichten für die politische und militärische Führung,
- Bereitschaft, auf Befehl des Chefs der Armee zusätzliche Aufträge zu übernehmen.

Es gibt nun verschiedene Methoden, diese Aufträge weiter herunterzubrechen, zu konkretisieren und mit dem neuen sicherheitspolitischen Umfeld zu vergleichen. Man könnte, wie dies in der TF XXI gemacht wird, diese Aufträge anhand der Operationstypen präzisieren und den oben erwähnten Bedrohungsformen gegenüberstellen.³² Eine andere Methode wäre, sich anhand der international gebräuchlichen Luftmachtfunktionen zu orientieren. Eine weitere Möglichkeit, welche hier zum Zuge kommen soll, ist eine fähigkeitsorientierte Betrachtungsweise, welche auf die luftwaffenrelevanten Fähigkeitskomponenten beschränkt werden soll.

Eine Operationelle Fähigkeit ist die Eignung eines Verbandes, Systems oder Prozesses zur Erbringung einer bestimmten Leistung im Hinblick auf die Erzeugung einer angestrebten Wirkung. Sie wird aus konkreten Aufgaben abgeleitet, welche der absehbaren Entwicklung des geostrategischen und technologischen Umfeldes Rechnung tragen.³³ Die Gesamtarchitektur der operationellen Fähigkeiten besteht aus 15 modularen Operationellen Fähigkeiten. Die Operationellen Fähigkeiten sind die Grundbausteine der fähigkeitsorientierten Planung der Armee.³⁴ Diese Operationellen Fähigkeiten lassen sich wiederum in Fähigkeitskomponenten unterteilen, welche aus Detaillierten Operationellen Fähigkeiten bestehen.³⁵ (Grafik Seite 36)

Basis

Im Bereich der drei Basisfähigkeiten Antizipation, Führung (C4I) und Führung (ISTAR) leistet die Luftwaffe Beiträge, um für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im neuen sicherheitspolitischen Umfeld gewappnet zu sein.³⁷ Konkret zu nennen ist hier die Mitarbeit in der Streitkräfte- und Unternehmensentwicklung, das Betreiben von Führungseinrichtungen und -mitteln sowie die Nachrichtenbeschaffung, -auswertung und -verbreitung mit unterschiedlichen Mitteln.

²⁸Unter ISTAR (Intelligence, Surveillance, Target Acquisition, Reconnaissance) versteht man jenen Teil der Führung, welcher die Grundlageninformationen zur Einsatzplanung, Einsatzführung und Entscheidfindung liefert.

²⁹Harry Kemsley et al., Combat Air Power Joint Effects Database, UK Joint Force Air Component Headquarter, in Harry Kemsley, Combat Air Power in Irregular Warfare, in RAF Air Power Revue, Vol. 10 Nr. 2 (2007), S. 27 ff.

³⁰Tabelle nach Harry Kemsley, Combat Air Power in Irregular Warfare, in RAF Air Power Revue, Vol. 10 Nr. 2 (2007), S. 29, Übersetzung durch Autor. Die Daten dazu wurden aus tausenden, zufällig ausgewählten Einsätzen in Operationen weltweit und während drei aufeinanderfolgenden Monaten in den Jahren 2005/06 zusammengestellt.

³¹Unter RAP (Recognised Air Picture) versteht man die identifizierte Luftlage.

³²Chef der Armee, Reglement Taktische Führung XXI, 01.01.04 und Raumsicherung, Ergänzung zum Reglement Taktische Führung XXI, 01.08.07.

³³Bases doctrinales à moyen terme 07, S. 38.

³⁴ibid, S. 39.

³⁵ibid, S. 42.

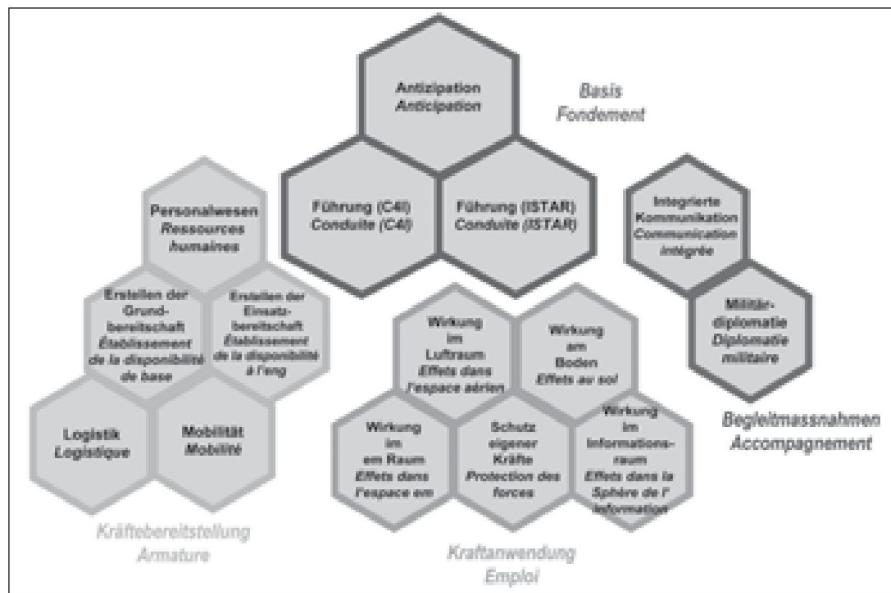
³⁶ibid, S. 39.

³⁷Unter Führung (C4I, Command, Control, Communication, Computer and Intelligence) versteht man die Nutzung und Übermittlung von Informationen, Nachrichten und Wissen im Rahmen der Entschlussfassung und Führung. Unter (ISTAR, Intelligence, Surveillance, Target Acquisition, Reconnaissance) bezeichnet man die Beschaffung von Informationen und Nachrichten über die Umwelt sowie über Standorte, Mittel, Tätigkeiten, Absichten, Fähigkeiten und Möglichkeiten von Akteuren sowie deren lageabhängige, auftragsbezogene und bedarfsgerechte Auswertung und Verbreitung die Voraussetzungen für die laufende Entschlussfassung auf allen Stufen zu schaffen.

Die Helfer im humanitären Einsatz werden oft mit Problemen der Sicherheit konfrontiert.

direkt zukommen lassen. Einer möglichen Bedrohung durch militärische Angriffe oder Plünderer ist man in der Luft viel weniger ausgesetzt als auf dem Landweg. Zudem können mittels Luftransport auch Polizei oder militärische Sicherungskräfte unterstützt werden, welche das günstige Umfeld für den humanitären Einsatz von NGO schaffen.

Mittels abbildender Aufklärung oder Überwachung aus der Luft oder dem Weltall kann man sich bei Naturkatastrophen



Gesamtarchitektur der Operationellen Fähigkeiten.³⁶

Auf das neue Sicherheitspolitische Umfeld umgesetzt heisst dies, dass die Luftwaffe im Bereich der Antizipation mit Stabsoffizieren aktiv im Bereich Streitkräfteentwicklung und -planung tätig sein muss und mittels des Masterplanprozesses die Voraussetzungen zu schaffen hat, um auf allfällige neue oder veränderte Bedrohungsformen rasch und effektiv reagieren zu können.

Im Rahmen der Führung (C4I) muss die Luftwaffe fähig sein, falls nötig, 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche ihre Führungseinrichtungen und -mittel einzusetzen, um ihre Operationen im In- und Ausland sicherzustellen. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass die Übertragungsnetze von der Führungsunterstützungsbasis ebenfalls im 24/7-Rhythmus bereitgestellt, betrieben und allenfalls repariert werden. Im Zusammenhang mit dem neuen sicherheitspolitischen Umfeld ist dazu ein besonderes Augenmerk auf den Schutz und auf Redundanz der hochwertigen Führungseinrichtungen zu legen.

Im Bereich Führung (ISTAR) ist ameewelt erkannt worden, dass die Schweiz einen Nachholbedarf aufweist. Massnahmen dazu sind mit dem Programm ISTAR bereits eingeleitet worden. Natürlich ist auch die Luftwaffe hier mitbeteiligt, sie ist als ausschliesslicher Betreiber der staatlichen, fliegenden Aufklärungsplattformen gleichzeitig zudem alleiniger Verantwortlicher für die militärische Nutzung des Schweizer Luftraumes und derzeit die einzige Organisation in der Armee, welche bereits Erfahrung in der Luftbildauswertung hat. Die Lokalisierung, Verfolgung und Zuweisung von zu bekämpfenden Zielen aus der Luft hat mit den neuen Bedrohungsformen eminent an Wichtigkeit gewonnen. Die Akteure im neuen sicherheitspolitischen Umfeld sind hoch mobil, meist alleine oder in kleinen Gruppen unterwegs und demaskieren sich nur für kurze Zeit. Dementsprechend schwierig ist das Auffinden und Bekämpfen solcher Ziele, wobei die Komprimierung des dazu zur



ADS-95-System im Einsatz.

Foto: Luftwaffe

Verfügung stehenden Zeitfensters eine zusätzliche Herausforderung darstellt. Zurzeit stehen der Luftwaffe für diese Aufgabe nur die Aufklärungsdrohnen ADS-95 und Helikopter mit FLIR-Sensoren zur Verfügung.³⁸

Kräftebereitstellung

Unter dem Fähigkeitscluster Kräftebereitstellung findet man das Personalwesen, das Erstellen der Grundbereitschaft, das Erstellen der Einsatzbereitschaft, die Logistik und die Mobilität. Obwohl die Luftwaffe in allen diesen Fähigkeiten Leistungen erbringt, soll sich die Betrachtung nur auf die Mobilität beschränken, wo der ganze Lufttransportbereich eingeordnet ist.

Um in der Lage zu sein, für Unterstützungsoperationen im Ausland massgebliche Leistungen zu erbringen, fehlen der Luftwaffe eigene Transportflugzeuge. Somit kann sie Leistungen im Rahmen von humanitärer Hilfeleistung oder zur Unterstützung von friedensfördernden Einsätzen nur mittels Einkauf von strategischen Transportkapazitäten erbringen.

Entsprechend verfügt die Luftwaffe lediglich über Mittel zum taktischen Lufttransport mit sehr eingeschränkten Möglichkeiten auf operativer Stufe. Mit den verfügbaren Helikoptern und Kleinstransportflugzeugen kann die Luftwaffe kleine Einsatzverbände bis Kompaniestärke in einem permissiven Umfeld bei Tag und bei Nacht an den Einsatzort oder zum Absprungort transportieren. Somit vermag die Luftwaffe zumindest teilweise die Transportkapazität bereitzustellen, welche benötigt wird, um mit schnellen Eingreiftruppen einen mobilen Akteur der Gegenseite zu neutralisieren.

Kraftanwendung

Der Bereich der Kraftanwendung besteht aus den Fähigkeiten Wirkung im Luftraum, Wirkung am Boden, Wirkung im elektromagnetischen Raum, Wirkung im Informationsraum und Schutz der eigenen Kräfte.

Die Fähigkeit Wirkung im Luftraum ist die Paradedisziplin der Luftwaffe und umfasst im Wesentlichen die Fähigkeitskomponenten Wahrung der Lufthoheit und Luftverteidigung. Der Wahrung der Lufthoheit kommt grosse Bedeutung zu, sind doch die neuen Bedrohungsformen, welche sich den Luftraum zu Nutzen machen könnten, mannigfaltig. Die Luftwaffe begiebt dieser Bedrohung mit einer auf die Lagebeurteilung abgestützten, angepassten Bereitschaft, um bei Bedarf mit Interventionsmitteln reagieren zu können. Der schweizerische Luftraum wird permanent

³⁸FLIR (Forward Looking InfraRed) sind Wärmebildgeräte, welche von Flugzeugen, Helikoptern oder Drohnen mitgeführt werden können.

mit Sensoren überwacht, und ausserhalb der normalen Betriebszeiten werden mit bewaffneten Flugzeugen stichprobenweise Überprüfungen der rechtskonformen Benutzung unseres Luftraumes gemacht. In besonderen Situationen wird der Luftverkehr in bezeichneten Gebieten eingeschränkt, und es werden bewaffnete Interventionsmittel in der Luft oder am Boden (inkl. BODLUV) bereitgehalten, um innert kürzester Zeit auf eine mögliche Bedrohung reagieren zu können.³⁹ Eine solche Bedrohung kann, wie weiter oben beschrieben, eine nichtautorisierte Benutzung des Luftraumes mit Luftfahrzeugen oder ein sogenanntes «Renegade»-Flugzeug sein.

Die Fähigkeitskomponente Luftverteidigung ist primär auf die Abwehr von gegnerischen Luftstreitkräften und damit auf ein konventionelles Bedrohungsbild ausgerichtet und soll hier nicht weiter erläutert werden.

Auch wenn der Titel der operationellen Fähigkeit Wirkung am Boden nicht direkt auf eine Beteiligung der Luftwaffe schliesst, so zeichnet sie doch hauptsächlich verantwortlich für die Komponente Führung des Gefechts: Counterland. Diese Fähigkeitskomponente, welche einen Teil des früher unter dem Begriff Erdkampf bekannten Bekämpfens von Erdzielen umfasst, wird seit der Ausserdienststellung der Hunterflotte 1994 nicht mehr abgedeckt. Es sind sich jedoch sämtliche führenden Luftmachtheoretiker einig, dass Luftmacht eine inhärente offensive Angelegenheit ist (selbst wenn die strategische Ausrichtung, wie in der Schweiz, eine rein defensive ist), welche es erlaubt, direkt oder indirekt die gegnerischen Zentren der Kraftentfaltung anzugreifen und dadurch eine strategische Wirkung hervorzurufen.⁴⁰

Unter der Wirkung im elektromagnetischen Raum werden primär aktive elektromagnetische Gegenmassnahmen verstanden, um der Gegenseite die Nutzung des elektromagnetischen Raums zu erschweren. Die Aufklärung elektronischer Signale ist unter der Fähigkeitskomponente Führung (ISTAR) subsummiert.

In der veränderten Bedrohungslage kommt dem Schutz eigener Kräfte eine grosse Bedeutung zu. Die Akteure im neuen sicherheitspolitischen Umfeld verstehen es ausgezeichnet, speziell Sicherheitskräfte wie Polizei und Armee oder deren Infrastruktur als mögliche Ziele zu identifizieren. Hier ist die Luftwaffe auf die Unterstützung der Armee bzw. des Heeres angewiesen, mit den zugewiesenen Sicherungseinheiten ist sie nicht in der Lage, ihre Flugplätze bei einer erhöhten Bedrohung autonom zu sichern.

Begleitmassnahmen

Der Fähigkeitscluster Begleitmassnah-

men umfasst die Fähigkeiten Integrierte Kommunikation und Militärdiplomatie. Auf Grund der Tatsache, dass die Fähigkeit der Integrierten Kommunikation noch nicht abschliessend beschrieben ist und dass sich die Militärdiplomatie vor allem mit Sicherheit und Zusammenarbeit mit konventionellen Streitkräften befasst, wird hier nicht weiter auf diesen Fähigkeitscluster eingegangen.

Zusammenfassung

Die Luftwaffe besitzt bereits einige multifunktionale Elemente, welche sich sowohl für die Verteidigung gegen einen klassischen militärischen Angriff eignen, als auch zur Abwehr von Bedrohungen im neuen sicherheitspolitischen Umfeld genutzt werden können. Sie hat aber erkannt, dass für beide der genannten Fälle noch erhebliche Lücken bestehen. Diese und mögliche Ansätze zur Deckung der erkannten Lücken sollen in der Folge kurz betrachtet werden.

Eine mögliche Ausrichtung der Luftwaffe im neuen sicherheitspolitischen Umfeld

Basis

Die Luftwaffe muss danach trachten, ihre Anstrengungen in der Operationellen Fähigkeit Antizipation weiter zu entwickeln. Das schnell wechselnde, polymorphe sicherheitspolitische Umfeld bedingt eine robuste Ausgestaltung der Bereiche Analyse, Doktrin und Streitkräfteentwicklung. Hierzu ist es notwendig, dass die Luftwaffe ihre eigenen Möglichkeiten und ihre Präsenz im Planungsstab der Armee mit kompetenten Mitarbeitern verstärkt.

Mit der Operationszentrale besitzt die Luftwaffe in der Operationellen Fähigkeit Führung (C4I) bereits die Voraussetzungen, um einem Teil der aus den neuen Bedrohungen resultierenden Anforderungen zu genügen. Die personelle Ausgestaltung dieser Operationszentrale lässt jedoch quantitativ noch zu wünschen übrig. Vermehrte

Die personelle Ausgestaltung dieser Operationszentrale lässt jedoch quantitativ noch zu wünschen übrig.

Anstrengungen sind ausserdem im Bereich der Interoperabilität, insbesondere in der Ausbildung des Personals und in der Organisationsstruktur dieser Operationszentrale, zu unternehmen. Ein weiterer Bereich, der vermehrt gefördert werden sollte, ist die Operationsplanung, welche kürzlich während der Stabsübung STABIL 07 geschult wurde. Die Luftwaffe muss zudem zusätzliche Anstrengungen unternehmen,

um auf militärstrategischer und operativer Stufe ihre Vertretung in der Armeeführung mit kompetenten Stabsoffizieren in genügender Anzahl sicherzustellen.

Für die Fähigkeit Führung (ISTAR) sind, wie bereits erwähnt, auch von der Seite der Luftwaffe bereits Massnahmen zur Weiterentwicklung und zur Anpassung an geänderte Bedrohungsformen getroffen worden. Mit der beschlossenen Überführung eines Teils des Luftwaffenachrichtendienstes und der daraus resultierenden Konzentration der Nachrichtenauswertung im strategischen Nachrichtendienst wird der Fokus erweitert und es werden Synergien gewonnen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass spezifische Bedürfnisse der Luftwaffe und der ungehinderte Zugang zu relevanten Informationen dabei auf der Strecke bleiben. Ein Bereich, welcher unbedingt ausgebaut werden muss, um der veränderten Bedrohungslage Rechnung zu tragen, ist der Sensor- zu Effektor-Zyklus. Hier hat man vor allem an fliegende Aufklärungsplattformen und den Targeting-Zyklus im Rahmen eines wirkungsorientierten («effect-based») Ansatzes zu Operationen (EBAO) zu denken. Für die Finalisierung und Umsetzung der in diesem Bereich begonnenen Studien und Programme muss die Luftwaffe alles daran setzen, ihre Mitarbeit aufrechtzuerhalten. Mittelfristig wird es darum gehen, dass in einigen Jahren auslaufende Systeme ADS-95 mit einer möglichst umfassenden Architektur von fliegenden und allenfalls Orbitalplattformen zu ersetzen. Leider wird auch hier der finanzielle Rahmen die Möglichkeiten einschränken.

Kräftebereitstellung

Eine höchst flexible und in genügendem Ausmass zur Verfügung stehende Mobilität ist eine unverzichtbare Voraussetzung, um den Akteuren im neuen sicherheitspolitischen Umfeld wirksam entgegentreten zu können. Diese Erkenntnis entstand bereits vor über hundert Jahren, als Callwell sein Buch «Small Wars – Their Principles and Practice» schrieb. Sie hat zudem den Briten im Malaya, wo Transportflugzeuge und Helikopter das Gros der Luftmacht ausmachten, massgeblich zum Erfolg verholfen.⁴¹ Luftmobilität erlaubt es, Eingreif-

³⁹Eine entsprechende Situation findet man jeweils während dem jährlich stattfindenden World Economic Forum (WEF) in Davos wieder.

⁴⁰Vergleiche dazu Giulio Douhet, The Command of the Air, 1927, S. 3, 12, 15, 53, 57; Hugh Trenchard und John Slessor in Philip Meilinger, Airwar – Theory and Practice, (2003), S. 37, 56, 69, John Warden, The Air Campaign (2000), S. 33 ff.

⁴¹Für Callwell siehe: C. E. Callwell, Small Wars – Their Principles and Practice, 3rd Edition 1906, Lincoln, University of Nebraska, 1996, S. 52 & 53; für Malaya siehe: J. G. Simpson, Not by Bombs alone – Lessons from Malaya, in Joint Forces Quarterly, Summer 1999, S. 95 ff.

truppen rasch und unabhängig von der Verkehrssituation vor Ort zu bringen. Dies ist eine der Voraussetzungen, um dem Vorteil der hohen Beweglichkeit irregulärer Kräfte wirkungsvoll begegnen zu können. Taktische Transporthelikopter lassen sich zudem mit vergleichsweise geringem Aufwand verschiedenartig ausrüsten, beispielsweise mit einem FLIR-Sensor zur Personensuche oder mit laffetierten, automatischen Waffen zur Feuerunterstützung.

Das Fehlen eines eigenen Transportflugzeuges erlaubt es der Luftwaffe nicht, mit eigenen Mitteln und auf Abruf im Bereich der strategischen Mobilität, Einsätze zur humanitären Hilfeleistung, zur Unterstützung von friedensfördernden Operationen oder für andere Zwecke zu leisten. Der diplomatische und politische Gewinn, welcher sich durch weltweit in den Medien gezeigte Hilfeleistungen mit Flugzeu-

Heute muss strategische Transportkapazität eingekauft werden.

gen der Schweizer Luftwaffe in eine Krisenregion ergäbe, lässt sich leider nicht exakt bestimmen.⁴² Heute muss strategische Transportkapazität eingekauft werden und ist damit marktwirtschaftlichen Gesetzen und Grenzen unterworfen. Im Zusammenhang mit den neuen Herausforderungen im sicherheitspolitischen Umfeld hat sich im Sommer 2006 das Fehlen eines eigenen, militärischen Transportflugzeuges bei der Krise im Nahen Osten deutlich bemerkbar gemacht und die vorhandenen Möglichkeiten zur Evakuierung von Schweizern aus dem Libanon eingeschränkt. Die Luftwaffe als Betreiberin und Fachexpertin eines zu beschaffenden Transportflugzeuges hat sich dafür einzusetzen, dass dieses bezüglich der Transportkapazität den notwendigen Bedürfnissen der Verbraucher entspricht.

Kraftanwendung

Die qualitative Leistung der Luftwaffe im Bereich Wirkung im Luftraum gegen die neuen Bedrohungen, namentlich zur

Um eine Durchhaltefähigkeit von einigen Monaten aufrechterhalten zu können, sind zirka 60 bis 70 Kampfflugzeuge notwendig.

Wahrung der Lufthoheit, hat bereits ein hohes Niveau erreicht. Es fehlt jedoch die Durchhaltefähigkeit, welche es erlauben würde, eine nichtautorisierte Benutzung unseres Luftraumes über längere Zeit wir-

Entladen eines Radschützenpanzers aus Transportflugzeug.

Foto: US Army



kungsvoll verhindern zu können. Um eine Durchhaltefähigkeit von einigen Monaten aufrechterhalten zu können, sind zirka 60 bis 70 Kampfflugzeuge notwendig. Deshalb ist es für die Glaubwürdigkeit der Luftwaffe entscheidend, dass das Parlament der vorgesehenen Ersatzbeschaffung für die nur noch bedingt einsatzfähigen und ans Ende ihrer Lebensdauer angelangten F-5 Tiger zustimmt.

Eine weitere Bedrohungsform durch irreguläre Kräfte im neuen sicherheitspolitischen Umfeld ist der Einsatz von Raketen und Minenwerfern. Verschiedene Nationen haben in den letzten Jahren Programme zur Abwehr von Kurzstreckenraketen und Minenwerferschüssen eingeleitet. Mittels Sensoren wie Suchradar oder Ortungslasersystemen sollen Stellungen aufgespürt und Projekteile ausreichend schnell und zielgenau mit Gegenfeuer bekämpft werden. Bisher dazu eingesetzte Systeme verfügen über einen sehr eingeschränkten Wirkungsradius und erfüllen ihre Aufgabe der Bekämpfung von RAM-Zielen auf Grund der relativ kleinen Masse der Subprojekteile noch nicht zur Zufriedenheit.⁴³ In naher Zukunft wollen Herstellerfirmen jedoch den Beweis der Zerstörsicherheit gegen RAM-Ziele erbringen. Sollte sich die Wirksamkeit dieser Systeme nicht nur im Labor, sondern auch in der Praxis erweisen, müsste die Luftwaffe diese in ihre Planung mit einbeziehen.

Um den Vorgaben von Bundesrat und Armeeführung Rechnung zu tragen, muss die Luftwaffe wieder eine Kernkompetenz zur Bekämpfung von Erdzielen aufbauen.⁴⁴ Mit dem Erreichen einer Fähigkeit zur präzisen Bekämpfung von festen und mobilen Erdzielen wird vorab eine Lücke im Kampf gegen einen konventionellen Gegner geschlossen. Im neuen sicherheitspolitischen Umfeld wäre die Luftwaffe dadurch aber auch in der Lage, bei Bedarf einzelne, mobile Punktziele bekämpfen zu können. Dies bedingt jedoch eine klare Bereitschaft der Politik, diesen Schritt zu machen. Dies ist gegenwärtig und in der heutigen Sicherheitslage verständlicherweise nur schwer oder gar nicht vorstellbar. Die Anforderungen dafür sind extrem hoch, da die Ansprüche an die Faktoren Zeitkompression, Identifikationssicherheit und Vermeidung von Kollateralschäden immens sind.

Begleitmassnahmen ausserhalb der Operationellen Fähigkeiten

Die Gegenseite im neuen sicherheitspolitischen Umfeld ist sehr flexibel, hoch mobil und exponiert sich nur selten und kurz. Um einen solchen Gegner bekämpfen zu können, muss man versuchen, ihn mit den eigenen Waffen zu schlagen. Das heißt, die Luftwaffe muss nach höchstmöglicher Flexibilität streben. Flexibilität bedeutet, sich rasch an eine veränderte Lage anpassen, um einer modifizierten Bedrohung entgegentreten zu können. Die ge-



Die vier Bewerber für den Teilersatz der F-5 Tiger – TTE

Fotos: EADS, US Navy, Försvarsmakten, armée de l'air

genwärtigen Strukturen der Armee sind unter dem Finanzdruck zunehmend marktwirtschaftlichen Vorgaben unterworfen und die Luftwaffe hat mit der Auslagerung bedeutender Teile zur Logistikbasis der Armee und zur Führungsunterstützungsbasis viel an Flexibilität verloren. Würden die immer wieder laut gewordenen Forderungen nach Auflösung der Teilstreitkräfte Tatsache werden, hätte dies fatale Folgen für die noch vorhandene Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit der Mittel der Luftwaffe.

Sollte sich die Sicherheitslage in der nahen Zukunft durch eine Zunahme der neuartigen Bedrohungen manifestieren, würde dies eine Erhöhung der Bereitschaft erfordern. Dies bedingt einen Ausbau des Personalbestandes (beispielsweise zur Sicherstellung einer 24-Stunden-Bereitschaft) und des Finanzbedarfes. Um darauf vorbereitet zu sein und grösstmögliche Flexibilität zu wahren, sind die administrativen Abläufe zur Erhöhung des Personalbestandes und die Budgetvorgaben zu vereinfachen (etwa mit der Vergabe eines Global-budgets).

⁴²Dass solche «weichen Faktoren» ihre Bedeutung haben, zeigt die Tatsache, dass dem Autor 2005 in den USA persönlich von indonesischen Offizieren für die Hilfseistung in Sumatra gedankt wurde und dass 2007 der Task Force zur Unterstützung Griechenlands eine Auszeichnung der dortigen Regierung überreicht wurde.

⁴³Diese Aussage stützt sich auf ein Gespräch des Autors mit einem BODLUV-Fachexperten in Israel, welcher an einem solchen Projekt mitarbeitet. RAM-Ziele (Rocket, Artillery and Mortar) sind Kurzstreckenraketen, Artillerie- und Minenwerfergranaten.

⁴⁴Der Schweizerische Bundesrat, Botschaft über Änderungen der Armeeorganisation und des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes (Rechtliche Anpassungen zur Umsetzung des Entwicklungsschrittes 2008/11 der Armee), Bern, 31. Mai 2006, S. 6221f und Chef de l'état-major de planification de l'Armée, Bases doctrinales à moyen terme, Edition 2007, (BDMT-07), Bern, 18. April 2007, S. 36.

⁴⁵Zu Eckwerten siehe Sun Tzu, *The Art of War*, trans. Lionel Giles, InstaBook Corporation, Gainesville, (1997), S. 21, 94 ff; Charles Callwell, *Small Wars*, (1996) Kap. 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11; James Corum & Wray Johnson, *Airpower in Small Wars*, University Press of Kansas, (2003), S. 434 f; zu OODA-Loop siehe John Boyd, *Patterns of Conflict in A Discourse on Winning and Losing* (Maxwell AFB, Alabama: 1987), 131, 141, 175. AU Library, call Nr. M-U 43947.

⁴⁶Sun Tzu, *The Art of War*, trans. Lionel Giles, InstaBook Corporation, Gainesville, (1997), S 21.

⁴⁷Unter IMINT (Image Intelligence) versteht man die Auswertung und Bewertung von Bildmaterial.

⁴⁸Unter «show of force» versteht man das provokative zur Schau stellen der eigenen Möglichkeiten mit Kampfmitteln, ähnlich wie es bereits im 19. Jh. das Britische Empire und das Deutsche Kaiserreich mit ihrer Kanonenboot-Diplomatie gemacht haben.

⁴⁹Harry Kemsley et al., *Combat Air Power Joint Effects Database*, UK Joint Force Air Component Headquarter, in Harry Kemsley, *Combat Air Power in Irregular Warfare*, in *RAF Air Power Revue*, Vol. 10 Nr. 2 (2007), S. 35.

Zusammenfassung

Manch ein Leser, der die Zeit des Kalten Krieges noch erlebt hat, würde es wohl begrüssen, wenn das heutige sicherheitspolitische Umfeld so einfach zu definieren wäre wie damals. Damals hätte ein potenzieller, die Schweiz betreffender Konflikt aus dem Zusammenprallen der konventionellen Streitkräfte beider Blöcke resultiert. Diese «einfachen Zeiten» sind jedoch vorbei. Die Bedrohung im heutigen sicherheitspolitischen Umfeld ist diffus und schwammig. Die Akteure tragen nicht mehr alle Uniform, ihre Gruppierungen sind amorph und nur schwer zu fassen. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich die Sicherheitsexperten und die Politik in unserem Land schwer tun, klare Konzepte zu definieren, wie einer solchen Bedrohung begegnet werden soll.

Mangels klarer Visionen muss man sich deshalb an einige Eckwerte halten, welche es erlauben, sich der veränderlichen Bedrohung anzupassen. Dies sind vorab Flexibilität, Information, Wachsamkeit und Mobilität. Diese Eckwerte sind nicht zufällig gewählt, man findet sie bei allen Militärtheoretikern, welche sich mit der Bekämpfung irregulärer Kräfte befassen. Sie erlauben es, richtig umgesetzt, sich innerhalb des OODA-Loops (Observe-Orient-Decide-Act) des Gegners zu bewegen.⁴⁵

Im Bereich der Flexibilität ist die Luftwaffe bestrebt, ihre Führungsstrukturen so einfach und direkt wie möglich zu halten und so die nötige Reaktionszeit zu minimieren. Sie orientiert sich dabei nach den Strukturen befreundeter Staaten, welche ihrerseits Erfahrungen mit Akteuren im neuen sicherheitspolitischen Umfeld gemacht haben. Diese Flexibilität ist nötig, um beispielsweise rasch auf eine nicht-autorisierte Benützung unseres Luftraumes oder auf eine neue, bislang unbekannte Bedrohung reagieren zu können.

Das Thema Information hat für die Luftwaffe eine grosse Bedeutung. Um einen Akteur im neuen sicherheitspolitischen Umfeld wirksam bekämpfen zu können, muss man möglichst viel von ihm wissen.

Wenn man den Gegner und sich selbst kennt, muss man das Resultat einer Konfrontation nicht fürchten.

Wenn man den Gegner und sich selbst kennt, muss man das Resultat einer Konfrontation nicht fürchten.⁴⁶ Mit der Beteiligung am Programm ISTAR macht die Luftwaffe einen bedeutenden Schritt vorwärts auf dem Gebiet der Informations-

gewinnung. Zusätzlich sind Projekte zur Erhöhung der Informationsauswertung in Planung, vorab in den Bereichen Ziel- und Wirkungsanalyse (Targeting) und Bildauswertung (IMINT).⁴⁷

Wachsamkeit bedeutet die aktuelle Lage zu überwachen, um allfällige Veränderungen rasch und zweifelsfrei feststellen zu können. Mit ihren Sensoren leistet die Luftwaffe bereits heute rund um die Uhr einen intensiven Beitrag zur Wachsamkeit. Um die nötige Durchhaltefähigkeit bei den Effektoren zu erreichen, ist die Luftwaffe darauf angewiesen, das Kampfflugzeug F-5 baldmöglichst mit einem mehrrollenfähigen Kampfflugzeug ersetzen zu können. Dank des technologischen Fortschritts ist dieser Ersatz in einem Verhältnis von grob der Hälfte der Anzahl F-5 ausreichend.

Bezüglich Mobilität verfügt die Luftwaffe mit ihren taktischen Luftransportmitteln aktuell schon über eine gewisse Transportkapazität, um mit schnellen Ein greiftruppen einen mobilen Akteur der Gegenseite neutralisieren zu können. Um jedoch eine optimale Leistung bei Einsätzen zur humanitären Hilfeleistung, Friedensförderung oder zur Evakuierung von Schweizer Staatsbürgern aus Krisengebieten erbringen zu können, ist die Luftwaffe auf ein militärisches Transportflugzeug angewiesen.

Fazit

Luftstreitkräfte nehmen sehr wohl eine prominente Rolle im neuen sicherheitspolitischen Umfeld ein. Allerdings liegt der Schwerpunkt ihrer Beiträge oft auf Einsätzen ohne kinetischen Effekt, wie beispielsweise dem Sammeln von Informationen oder Transportieren von Personal und Material. Einsätze zum Markieren von Präsenz oder als «show of force» haben erfahrungsgemäss einen dissuasiven Charakter.⁴⁸ Untersuchungen haben gezeigt, dass solche «show of force»-Einsätze im neuen sicherheitspolitischen Umfeld zirka zu 60% erfolgreich sind und damit einen Waffeneinsatz zum Erreichen des gewünschten Effekts erübrigen.⁴⁹ Glaubwürdig ist ein «show of force»-Einsatz allerdings nur dann, wenn dabei die Fähigkeit vorhanden ist, nötigenfalls rasch zum Waffeneinsatz eskalieren zu können.

Als integraler Teil der Armee befasst sich die Schweizer Luftwaffe intensiv mit der neuen Sicherheitslage und arbeitet daran, sowohl Prozesse und Organisation als auch Mittel, Ausbildung und Training den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Der Erfolg dieser Bemühungen kann jedoch letztendlich nur anhand von Ereignissen beurteilt werden, deren Eintreffen sich niemand wünscht.

«WESERÜBUNG» Norwegen 1940: eine Joint Operation

«WESERÜBUNG» ist der Deckname der deutschen Invasion in Dänemark. («WESERÜBUNG SÜD») und Norwegen («WESERÜBUNG NORD») im Zweiten Weltkrieg. Die Operation begann am 9. April 1940 mit der Landung von Ad-hoc-Kampfgruppen an Häfen im gesamten Operationsraum. Der Norwegen-Feldzug endete am 10. Juni 1940 mit dem Sieg des Deutschen Reiches.

In der vorliegenden Studie sollen die allgemeinen Rahmenbedingungen des Feldzuges dargestellt, kurz auf seinen tatsächlichen Verlauf eingegangen und vor allem die für den heutigen Betrachter besonders interessanten Aspekte der operativen Planung herausgearbeitet werden. Der Operationsplan wird dabei schwergewichtig mit Blick auf die Joint Elemente untersucht – eine durchaus nahe liegende Zielsetzung, gilt doch der deutsche Einmarsch in Norwegen als erste joint, d. h. teilstreitkräfteübergreifende Operation von geschichtlicher Bedeutung.

In einem ersten Teil wird das allgemeine Umfeld der Operation, insbesondere der militärstrategische Rahmen, dargestellt. Dabei sollen namentlich der Verlauf der verschiedenen Planungsphasen sowie die zur Anwendung gelangten Führungsstrukturen untersucht werden. In einem zweiten Teil wird alsdann der Operationsplan vorgestellt, und zwar unter Verwendung moderner Begriffe und durch Zusammenfassung der in den Originalbefehlen¹ enthaltenen Informationen. Im letzten Teil schliesslich wird kurz der tatsächliche Operationsverlauf erläutert, wobei das Hauptaugenmerk auf der Anfangsphase liegt.

Jean-Paul Theler*

Operationsrahmen

Militärstrategischer Rahmen

1939 importierte das Dritte Reich zwei Drittel des für die eigene Rüstungsindustrie benötigten Metalls aus Skandinavien. Der Transport der Erze vom Abbaugebiet im Norden Schwedens (Gällivare) war auf zwei Wegen möglich. Der erste verband die Förderorte via Schiene mit dem schwedischen Ostseehafen Lulea, von wo aus das Erz mit Frachtschiffen nach Deutschland transportiert wurde. Die Tatsache, dass der Hafen von Lulea jeweils von Dezember bis April vom Eis eingeschlossen war, bedingte – zur Sicherstellung einer durchgehenden Versorgung über das ganze Jahr hinweg – einen zweiten Weg. Dieser verlief von Kiruna über den norwegischen Hafen Narvik an der Nordwestküste Norwegens entlang bis in die Nordsee (diese Route wurde «Leads» genannt), dann durch die Skagerrak genannte Meerenge zwischen Dänemark und Norwegen bis nach Deutschland. Obwohl die britische Royal Navy die Nordsee beherrschte, bestand für die deutschen Schiffe die Möglichkeit, die Route vom Polarkreis bis zum Eingang des Skagerrak durch die neutralen norwegischen Hoheitsgewässer relativ sicher zu durchfahren. Ab hier machte die Nähe zu



Die Eisenroute.

deutschen Luft- und U-Boot-Basen britische Interventionen schwierig.

Die Deckung, welche die norwegischen Fjorde boten, erleichterte umgekehrt auch den Zugang zum Atlantik. Tatsächlich wurde das Abfangen deutscher Frachter wesentlich unwahrscheinlicher von dem Moment an, in dem sie den Nordseeausgang zwischen Schottland und Norwegen passiert hatten. Unter Ausnutzung ihrer Vormachtsstellung zur See ging die britische Admiraltät ab Frühjahr 1939 zu einer indirekten Strategie über: Durch die Er-

richtung einer Seeblockade wollte sie eine Schwächung Deutschlands herbeiführen – eine Blockade, die sich jedoch als weitgehend wirkungslos erweisen sollte.

Eine Kontrolle der norwegischen Küsten wäre grundsätzlich für beide Lager von Nutzen gewesen. Zunächst hielten aber beide Kriegsparteien dafür, die norwegische Neutralität zu respektieren. Die Deutschen erachteten dies als vorteilhafter

Eine Kontrolle der norwegischen Küsten wäre grundsätzlich für beide Lager von Nutzen gewesen.

als eine Besetzung des Landes durch die Wehrmacht. Am 2. September 1939 teilte Hitler der norwegischen Regierung mit, er beabsichtige, die norwegische Neutralität zu respektieren,² unter der Bedingung, dass diese strikt eingehalten werde.

Auch die britische Regierung, die einen Einmarsch Deutschlands an der Westküste Norwegens für unwahrscheinlich hielt, wollte die norwegische Neutralität respektieren. Churchill erwog zwar ab September 1939 verschiedene Massnahmen, um den Transport des schwedischen Erzes abzufangen, das britische Kabinett jedoch war gegen jegliche Verletzung der norwegischen Neutralität. Die Norweger ihrerseits glaubten, dass sie ihre Neutralität wahren könnten, so lange sie keine der Parteien provozierten.

Am 10. Oktober 1939 machte Grossadmiral Erich Raeder, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, den Führer auf die Risiken für Deutschland aufmerksam. Eine Besetzung Norwegens durch die Alliierten würde die deutsche Erzversorgung einschränken. Gleichzeitig würden die britischen Streitkräfte Basen zur Führung des Luftkrieges gegen Deutschland gewinnen. Umgekehrt biete die norwegische Küste ausgezeichnete Plätze zur Errichtung deutscher U-Boot-Stützpunkte,³ was Operationen gegen den britischen Seehandel im Nordatlantik erleichtere. Die Wehrmachtsführung sprach sich demgegenüber einstweilen für eine Respektierung der norwegischen Neutralität aus, dies nicht zuletzt deshalb, weil die für den von Hitler zu diesem Zeitpunkt bereits befohlenen Westfeldzug vorgesehenen Kräfte nicht verteilt werden sollten.

¹Publiziert in: Hubatsch, Walther, Weserübung. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940. Göttingen 1960.

²Diese Absicht wurde in einem von Hitler am 9. Oktober 1939 verbreiteten geheimen Memorandum zur Kriegsführung bestätigt.

³Grossadmiral Raeder sprach sich insbesondere für die Errichtung eines U-Boot-Stützpunktes in Trondheim aus.

*Jean-Paul Theler, Oberst i Gst, Berufsoffizier, Leiter Joint Doktrin im Planungsstab der Armee, 3003 Bern.